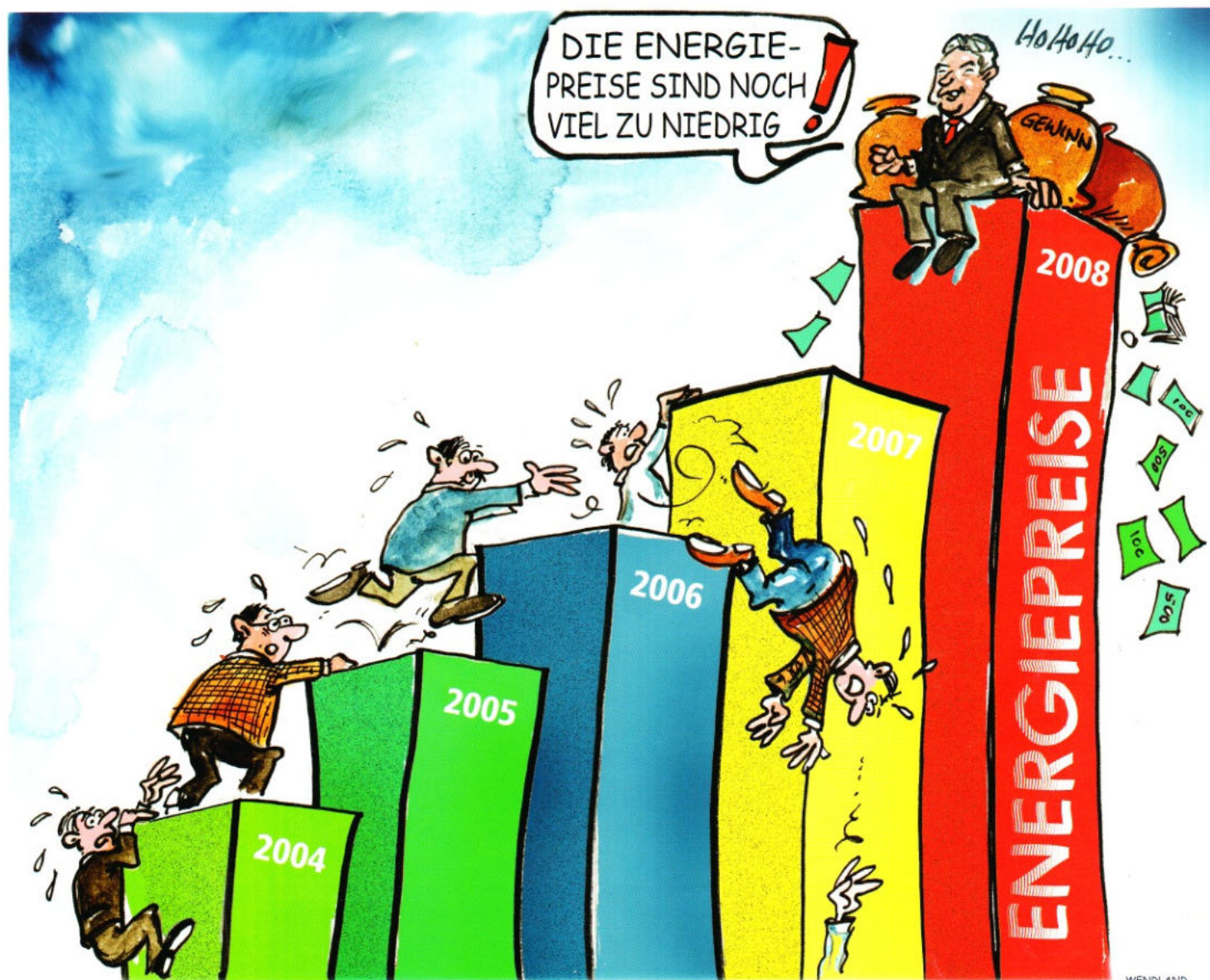


Informationen für Energieverbraucher



Der Preisschock

Wie Verbraucher sich wehren können

Blockheizkraftwerk im Wohnblock

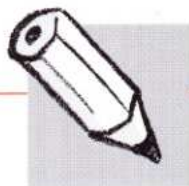
Strom selber machen

Der Helfer im Keller

Pufferspeicher spart Energie

Heizungspumpen

Bestnoten für Hocheffizienz



Liebe Leserinnen und Leser,

dumm gelaufen für E.on: Hatte der Konzern in den vergangenen Jahren seine Preiserhöhungen noch einfach durchgezogen, hört er nun von allen Seiten Schelte. Etwa 1.000 höhere Manager bei E.on und RWE hören ihre privaten Kassen klingeln, wenn dieser neue Milliardencoup gelingt. Alle übrigen Energiefirmen kassieren gleich mit ab – die Prügel haben ja die Großen schon dafür eingesteckt. Meine Analyse dieses mehr oder weniger legitimierten Diebstahls und seine Bedeutung für unsere Gesellschaft lesen Sie auf Seite 29.

Viele Energieverbraucher bewegt derzeit das Thema: Soll ich den Strom- und Gasanbieter wechseln? Können wir uns dadurch wirklich wehren und wenn ja, wie funktioniert das in der Praxis? Wer den Anbieter oder den Tarif ändert, kann tatsächlich eine Menge Geld sparen. Die Energiedepesche erklärt auf Seite 26, wie das geht und auf welche Punkte Sie unbedingt achten müssen. Wir bringen auch Ordnung und Übersicht in die vielen Tariffrechner im Internet. Mein ganz persönlicher Tipp: Lassen Sie sich nicht von den Lockangeboten der Billigstanbieter verführen! Sie werben mit Tarifen, die unter ihren Bezugskosten für Strom liegen. So kann kein Unternehmen auf Dauer wirtschaften. Der Bund der Energieverbraucher rät zudem: Hände weg von Tarifen mit Vorkasse, Kautions- und von Strompaketen! Wer nicht nur seinen Stromtarif, sondern auch seinen Gasanbieter wechseln will, erhält alle dazu notwendigen Infos auf Seite 23.

Man kann auch beim selben Anbieter bleiben und einfach die Rechnung kürzen. Viele Verbraucher verfahren längst so. Alle Neuigkeiten zum Preisprotest lesen Sie auf Seite 8.

Neue Ansatzpunkte für den Widerstand ergeben sich, wenn man sich auf das Kartellrecht beruft. Professor Kurt Markert erklärt auf Seite 10, welche Möglichkeiten sich bieten.

Sie kennen das aus dem Theater: Hübsche Kulissen gaukeln den Betrachtern vor, man sei an einem bestimmten Ort.



Ähnlich verhält es sich mit dem Strommarkt: Schöne, aber nutzlose Attrappen verschleiern erfolgreich, dass es auf diesem „Markt“ gar keinen Wettbewerb gibt. Vielmehr sind die Kunden den marktherrschenden Unternehmen ohnmächtig ausgeliefert. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat jetzt festgehalten, dass auf dem Elektrizitätsmarkt von freiem Wettbewerb nicht die Rede sein kann. Details dazu erfahren Sie auf Seite 24. Auch die Monopolkommission kommt zu diesem Schluss (Seite 25).

Ein besonderes Ärgernis sind die überhöhten Netzentgelte für Strom und Gas. Ab 2009 tritt die Anreizregulierung in Kraft. Was es damit auf sich hat und ob diese Regulierung wirklich dazu führt, dass die Preise für Verbraucher sinken, erfahren Sie auf Seite 32.

Auch mit den Illusionen vom Ökostrom und CO₂-Zertifikate für klimaneutrales Handeln kann man gutes Geld verdienen. Die Energiedepesche entlarvt den ökologischen Ablasshandel auf Seite 36.

Doch wozu sich mit wertlosen CO₂-Zertifikaten freikaufen, wenn man doch eine Menge selbst tun kann, um das Klima zu schützen? Zum Beispiel mit einem Blockheizkraftwerk im Mietshaus. Ein neues Modell macht BHKW für Mieter, Vermieter und Eigentümergemeinschaften gleichermaßen interessant (Seite 39).

Wer diese Möglichkeit nicht hat und wem weiterhin astronomisch hohe Heizkostenabrechnungen in die Wohnung flattern, der findet auf Seite 34 wichtige Informationen, worauf er bei der Rechnung achten sollte.

Bares Geld spart auch, wer beispielsweise eine neue Hocheffizienzpumpe erwirbt und einbaut (Seite 12). Der Kauf macht sich schon nach zwei Jahren bezahlt. Eine weitere Option ist die Montage eines großen Wasserspeichers für Heizungswasser. Dieser speichert ein Wärmeüberangebot für die spätere Nutzung – zum Beispiel, wenn die Sonne scheint und die Solaranlage Wasser erwärmt. Oder wenn im Keller ein zu großer Heizkessel steht, der sich im Minutentakt an- und ausschaltet. Worauf dabei zu achten ist, lesen Sie auf Seite 20.

Jetzt im Winter hat nicht nur die Heizung Hochkonjunktur, sondern an den kurzen Wintertagen und langen dunklen Abenden auch das Licht. Doch können Sie weiterhin mit gutem Gewissen Energiesparlampen leuchten lassen, oder geht von ihnen eine gesundheitlich bedenkliche Strahlung aus? Die Antwort finden Sie auf Seite 18.

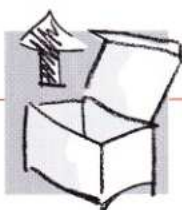
Und wer sich sorgt, dass ihn angesichts der astronomisch hohen Ölpreise die Heizung im Winter teuer zu stehen kommt, der kann einfach an anderer Stelle sparen. Zum Beispiel beim Waschen: Dank neuer waschaktiver Substanzen und immer effizienteren Maschinen reichen oft schon 20 Grad, um Kleidung oder Bettwäsche porzellanrein zu bekommen. Das kostet keinen einzigen Cent, spart aber dickes Geld – und zwar dauerhaft (Seite 14).

Ich verabschiede mich jetzt von Ihnen, um die Fugen der Fenster und Türen in unserem Haus abzudichten – das sollten Sie jetzt auch tun – denn dazu hatte ich in den letzten Tagen keine Zeit: Natürlich ging die Energiedepesche, liebe Leserin, lieber Leser, für Sie vor.

Für die Weihnachtszeit übersende ich Ihnen noch einen Spruch von Mahatma Gandhi: „Du musst die Veränderung sein, die du in der Welt zu sehen wünschst“, und wünsche Ihnen alles Gute

Ihr

Arbet Pöhl



Nr 4 Dezember 2007

www.energiedepesche.de

21. Jahrgang



Seite 14:
Cool: Mit 20 Grad sauber waschen.



Seite 18:
Den höchsten Strahlungsanteil
einer Energiesparlampe verursacht
die Stromanschlussleitung.



Seite 20:
Ein 200.000 Liter-Speicher macht von
den Ölscheichs unabhängig.

Editorial	2
Aktuelles	4
Preisprotest: Neue Urteile und Infos	8
Das Kartellrecht als Waffe: Prof. Markert im Gespräch	10
Impressum	11
Heizungspumpen: Bestnoten für Hocheffizienz	12
Abschied von der Kochwäsche	14
Leserbriefe	16
Strahlende Sparlampen? Unbegründete Panikmache	18
Pufferspeicher: Ein wahres Multitalent	20
Öl und Gas: Anbieterwechsel, Abschlagszahlungen	23
Richter entlarven Duopol	24
Monopolkommission kritisiert	25
Anbieterwechsel: Die Illusion eines Wettbewerbs	26
Kriegserklärung an die Zivilgesellschaft	29
Anreiz zum Scheinwettbewerb	32
Heizkostenverordnung: Nachhife	34
Ihr gutes Recht / Tipps	35
Gutes Geschäft mit dem schlechten Gewissen	36
Erneuerbare	38
BHKW: Bahn frei für Kleinstkraftwerke	39
Intern	40
Service	41
Beraterliste	42
Literatur / Veranstaltungen	43



Demonstrationen

Für den Klimaschutz auf die Straße

Als Startsignal für eine neue Klimaschutzbewegung in Deutschland ruft die Klima-Allianz am „Globalen Klima-aktionstag“ am 8. Dezember 2007 zu einer Großdemonstration in Berlin auf. Zeitgleich ist eine Menschenkette rund um das sich im Bau be-

Weitere Kurzmeldungen finden Sie auf den Seiten: 18 • 23 • 38

findende Kohlekraftwerk in Neurath bei Düsseldorf geplant. Die Forderung „Klimaschutz jetzt!“ richtet sich an die Delegierten der parallel stattfindenden Verhandlungen zum Kyoto-Nachfolgeabkommen auf Bali und an die deutsche Bundesregierung.

Zu den Forderungen der Klima-Allianz gehören der Aufruf zu wirksamen bundes- und weltweiten Maßnahmen gegen den Klimawandel.

Außerdem verlangen die Klimaschützer, Fehlentscheidungen wie den Neubau von Kohlekraftwerken rückgängig zu machen.

Infos im Internet unter: www.die-klima-allianz.de/aktionsseite.php

Energiepolitik

Fünf gute Nachrichten

Die EU-Kommission hat am 19. September 2007 ihr drittes Legislativpaket zur Energiepolitik verabschiedet. Es umfasst fünf Vorschläge zur Energiepolitik. Sie sollen den Verbrauchern mehr Wahl-

optionen ermöglichen, faire Preise sichern und eine saubere Energieerzeugung sowie die Versorgungssicherheit gewährleisten. So schlägt die Kommission vor, „die Stromerzeugung und -versorgung von den Übertragungsnetzen zu trennen“, ein Vorgang, der allgemein als „Entflechtung“ bekannt ist. Aus den Vorschlägen geht dabei klar hervor, dass die Kommission die eigentumsrechtliche Entflechtung bevorzugt. Bei diesem Modell darf ein Unternehmen nicht mehr gleichzeitig sowohl Eigentümer der Übertragungsnetze als auch Energieerzeuger oder Energieversorger sein.

Als zweite Möglichkeit schlägt Brüssel vor, „unabhängige Netzbetreiber“ einzurichten. Dabei sollen bestehende Tochterunternehmen der Energiekonzerne Eigentümer der Versorgungsnetze bleiben

dürfen – vorausgesetzt, dass sie den Betrieb der Leitungssysteme einem Unternehmen oder einer Stelle anvertrauen, die von ihnen völlig unabhängig ist.

Zu den Vorschlägen gehört außerdem, den grenzüberschreitenden Energiehandel zu erleichtern. So schlägt die Kommission vor, eine Agentur für die Zusammenarbeit der einzelstaatlichen Energieregulierungsbehörden einzurichten. Diese solle verbindliche Entscheidungsbefugnisse haben, um die Tätigkeiten der nationalen Regulierungsbehörden zu ergänzen.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Investitionen sollen gefördert werden. Dazu schlägt die Kommission vor, ein europäisches Netz der Übertragungs- und Fernleitungsnetzbetreiber zu errichten.

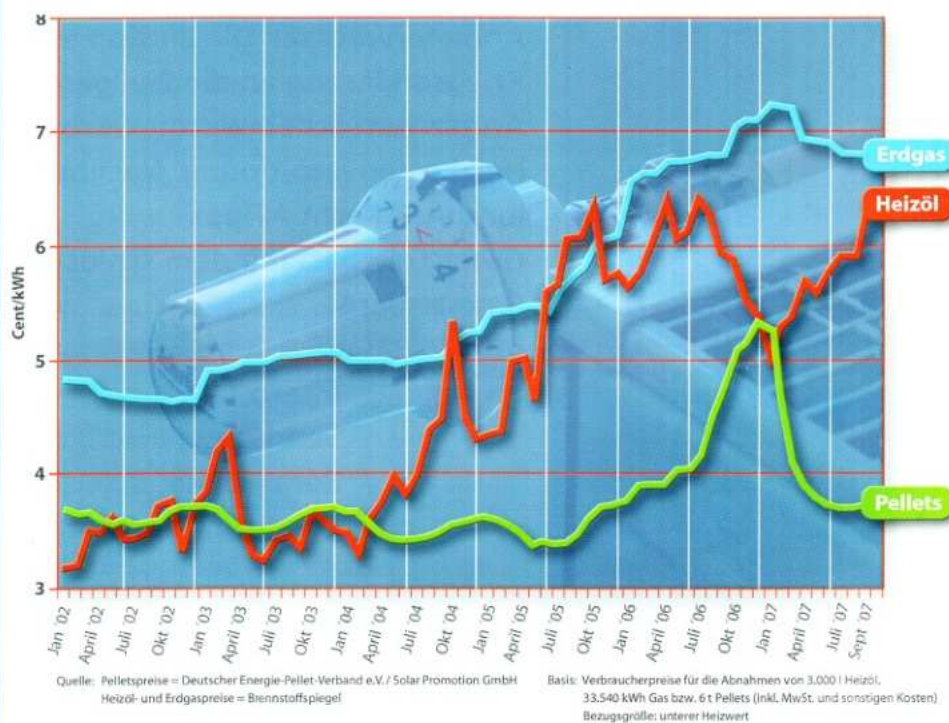
Auch die Rechte der Verbraucher hat die EU-Kommission im Blick: So sollen Verbraucher künftig monatlich Informationen über ihren Stromverbrauch und die daraus entstehenden Kosten erhalten. Ein Versorgerwechsel soll jederzeit möglich sein.

Schornsteinfegergesetz

Kein Glücksbringer für Verbraucher

Das Bundeswirtschaftsministerium will das Schornsteinfegerwesen neu regeln und hat dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt. Das heutige Recht ist mit den EU-Regeln eines freien Binnenmarkts unvereinbar. Der Bund der Energieverbraucher und der Deutsche Mieterbund lehnen diesen

Energiepreise für Haushaltskunden in Deutschland



Die Preise für Holzpellets liegen wieder deutlich unter den Preisen für Öl und Gas. Ansonsten springt vor allem der Gaspreis ins Auge, der stets über dem Ölpreis liegt – selbst wenn dieser deutlich absinkt. Von „Ölpreisbindung“ fehlt jede Spur.

Entwurf ab. Als Grund gaben die beiden Vereinigungen an, dass der Entwurf vorwiegend von den berufsständischen Interessen der Schornsteinfeger geprägt sei. Verbraucher- und Umweltschutz spielten hingegen kaum eine Rolle. Der Bund der Energieverbraucher und der Deutsche Mieterbund fordern, dass künftig auch andere Fachbetriebe wie zum Beispiel Heizungsbauer Kamine reinigen und kontrollieren dürfen.

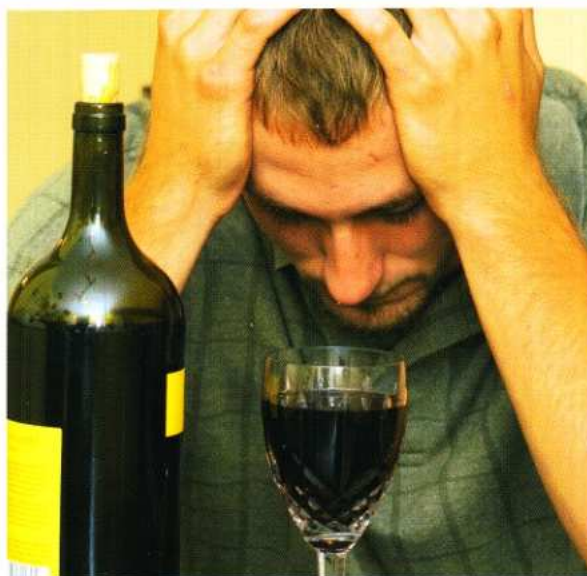
Contracting

Effizient und klimafreundlich

Beim Contracting übernimmt eine spezialisierte Firma den Betrieb einer Heizanlage. Jede Einsparung erhöht den Gewinn. Deshalb achten Contracting-Unternehmen auf die Effizienz und übernehmen zudem meist selbst nötige Investitionen. Eine Studie hat nun nachgewiesen, dass Contracting die CO₂-Emissionen mindern kann, und zwar bis zu 37 Prozent (www.vme-energieverlag.de).

In Deutschland wurde dennoch erst ein Bruchteil der Contracting-Möglichkeiten ausgeschöpft. Positive Beispiele zeigen jedoch, dass sich der Einsatz lohnt: So erschloss das Unternehmen ECO-Watt an einer Freiburger Schule alle Einsparmöglichkeiten und errichtete zudem eine PV-Anlage. 260 Bürger investierten in dieses Projekt, das sich als rentable Kapitalanlage herausgestellt hat (Literatur: Klimaschutz als Kapitalanlage, Broschüre über das Eco-Watt-Projekt, 7,50 Euro; zu beziehen über www.energieagentur-freiburg.de).

Die Deutsche Energie-Agentur gibt in einer Contrac-



Nur mal angenommen, ein Alkoholiker trinkt normalerweise eine Flasche Schnaps (1 Liter) am Tag, also 50 Schnäpse zu je 2 cl. Dann rät ihm der Arzt, er solle weniger trinken, sonst sei er in zwei Jahren tot. Der Alkoholiker beschließt darauf, einen Schnaps am Tag wegzulassen, und sagt zum Arzt, er werde jetzt pro Jahr 7,3 Liter weniger Schnaps trinken, das höre sich doch ganz gut an, und das findet der Arzt dann auch.

Leider ist der Alkoholiker trotzdem nach zwei Jahren tot. Warum? Tja, da könnt Ihr ja mal schön drüber nachdenken, wenn Ihr Euch das nächstmal damit brüestet, wie viele Kilo CO₂ euer neues Auto oder Elektrogerät pro Jahr einspart. Wärmste Grüße: Titanic

(Autor: Sebastian Mecklenburg, aus: titanic, mit freundlicher Genehmigung übernommen).

ting-Offensive Hilfestellung: In einer Datenbank kann man sich einen Überblick über den Verbrauch eines Gebäudes beschaffen und erhält Tipps

70 Prozent dagegen

Ensdorfer gegen Kraftwerk

Der umstrittene Neubau eines Kohlekraftwerks im saarländischen Ensdorf ist zunächst vom Tisch. Die Bürger der 7.000-Einwohner-Gemeinde haben in einer Befragung mit rund 70 Prozent gegen eine Änderung des Flächennutzungsplans gestimmt und damit das 2,3 Milliarden Euro teure Projekt vorerst gestoppt. Die Beteiligung an der einwöchigen Abstimmung lag bei mehr als 70 Prozent. „Das Er-

gebnis lässt an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig“, sagte Bürgermeister Thomas Hartz (CDU) am Sonntagabend in Ensdorf.

Der Beschluss ist für den Gemeinderat bindend. Das Gremium hatte im Oktober beschlossen, sich an das Vo-

tum der Bürger zu halten, sollten wenigstens zwei Drittel (66 Prozent) der Wahlberechtigten teilnehmen. Die Änderung des Flächennutzungsplans wäre für den Bau eines Schiffsanlegers für das 2,3 Milliarden Euro teure Projekt des Energiekonzerns RWE Power nötig gewesen.

Seit Monaten waren Bürgerinitiativen und Naturschutzverbände gegen die Pläne für das 1.600-Megawatt-Kraftwerk Sturm gelaufen. RWE hatte angekündigt, die Entscheidung der Bürger zu respektieren. Gegen eine kleinere Variante hätte in Ensdorf niemand etwas gehabt. Ein 500-Megawatt-Kraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung könne sogar sinnvoll sein. Der Vizechef der CDU-Landtagsfraktion Georg Jungmann sieht den Weg für ein kleineres Kraftwerk nicht verbaut. Es sei zu begrüßen, dass es nun ein eindeutiges Ergebnis gebe. In Ensdorf wird bereits seit mehr als 30 Jahren Strom aus Steinkohle erzeugt.

LobbyControl

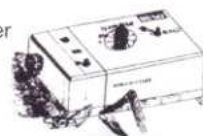
Greenwash-Kampagnen

Fast alle großen Energiekonzerne betreiben umfang-

Energiesparen leicht gemacht

mit dem Einsatz eines
Waschmaschinen-Warmwasser-Steuergerätes WWS 300

- erlaubt den Anschluss von Warmwasser an jede Haushaltsmaschine
- einfache Nutzung von Solarenergie
- mit Temperatur- und Zeitprogramm
- spart bis zu 300 kWh Strom pro Jahr
- 3 Jahre Garantie



266,92 €
inkl. Porto & Verpackung

A. Stemberg

Solar- und Gebäudetechnik

Im Seelenkamp 7 · T 05232-7027-0 · F 7027-29

D-32791 Lage · info@stemberg-solar.de · www.stemberg-solar.de



reiche grüne Imagewerbung – eine Folge der verschärften Klimadebatte. Damit versuchen die Firmen, ihr Image in Sachen Umweltfreundlichkeit zu verbessern. Da Werbung und PR meist billiger ist als eine Umstellung der Produktion, sind in diesen Kampagnen häufig irreführende Informationen enthalten. Die LobbyControl-Initiative hat dieses „Greenwashing“ in einer Kurzstudie analysiert und spricht von einer „neuen Welle des Grünfärbens und der Desinformation“.

So ging etwa das Deutsche Atomforum mit veralteten Kraftwerken als ungeliebten Klimaschützern hausieren und Shell nutzte den eher experimentellen Einsatz von CO₂-Abgasen in Gewächshäusern dazu, in der Werbung Blumen

aus Schornsteinen aufsteigen zu lassen. E.ON und Vattenfall warben mangels ausreichend positiver Beispiele in der Gegenwart mit der Zukunft, in der emissionsfreie Kraftwerke den Strom der Konzerne produzieren sollen. Dabei „vergaßen“ die beiden Energiekonzerne zu erwähnen, dass sie weiter neue Kohlekraftwerke bauen.

Speicherheizungen

Klimakiller Nachtspeicher

Eine wissenschaftliche Studie belegt die Umweltbelastungen und hohen Kosten von Elektroheizungen. Elektrische Speicherheizungen erscheinen aufgrund der geringen Investitionen und quasi Null-Emissionen im Gebäude als ideale Heizungssysteme. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass ihre Nutzung die mit Abstand klimaschädlichste Heizungsform ist. Zudem schneiden Nachtspeicherheizungen bei einem Wärmeverkostenvergleich gegenüber Heizungen auf der Basis anderer Energieträger am schlechtesten ab. Die Studie im Auftrag des Bundesumweltministeriums liefert also gute Gründe für die von der Bundesregierung geplante Abschaffung der Elektroheizungen.

In Deutschland heizen noch etwa 1,4 Millionen mit diesen Klimakillern. Es gilt, für sie einen sozialverträglichen Ersatz zu finden. **1318***

Heizkosten

Verbrauch sinkt, Preise klettern

Die Bundesbürger haben 2006 dank warmer Winter-

Service

Sparen mit dem Bund der Energieverbraucher.

Wenn Sie uns Ihre letzte Jahresabrechnung zusenden, dann prüfen wir für Sie die Höhe der Abschlagszahlung. Dieser Service kostet zehn Euro, für Vereinsmitglieder fünf Euro (vgl. Seite 23).

tage weniger Energie verheizt als in den Vorjahren: So ist der Heizenergieverbrauch durchschnittlich um sechs Prozent gesunken. Dennoch fallen die Kosten höher aus, weil Energiepreise und Heiznebenkosten im Durchschnitt stärker anwachsen, als der Verbrauch zurückging. Die Heizkosten für Erdgas sind um durchschnittlich 12,5 Prozent, für Fernwärme um knapp fünf Prozent und für Heizöl um zwei Prozent gestiegen. Zu diesem Ergebnis kommt der aktuelle bundesweite Heizspiegel 2007, den die Kampagne „Klima sucht Schutz“ in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Mieterbund auf www.heizspiegel.de veröffentlicht hat.

Energieeffizienz

Plan in Brüssel eingereicht

Neun Prozent Energie muss Deutschland bis zum Jahr 2017 einsparen. Das schreibt die EU-Richtlinie für Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen vor. Das zuständige Bundesministerium für Wirtschaft hat nun in einem Plan dargestellt, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Sein erster nationaler Energieeffizienz-Aktionsplan (EEAP) liegt mittlerweile in Brüssel vor. **1153*** Im Abstand von jeweils drei Jahren werden zwei weitere Pläne folgen.

Experten sind sich einig: Wenn es gelingt, die Energieeffizienz zu steigern, ist das eine der kostengünstigsten Maßnahmen, um die Energieversorgung zu sichern und das Klima zu schützen. Folgende Maßnahmen sieht der Aktionsplan vor:

1. Die energetischen Anforderungen an Gebäude sollen sich verschärfen.
2. Bestehende Förderprogramme zur Steigerung des Energieeffizienzpotenzials sollen ausgebaut beziehungsweise neu aufgelegt werden, und zwar für die Bereiche Gewerbe, Haushalte, Land- und Forstwirtschaft, Handel, Dienstleistungen sowie Verkehr.
3. Das Strom-Messwesen ist zu liberalisieren. Die zeitgenaue Verbrauchsmessung („Smart Metering“) soll sich dadurch rascher durchsetzen.
4. Autohersteller sollen den Energieverbrauch ihrer Fahrzeuge besser kennzeichnen.
5. Die Öko-Design-Richtlinie soll umgehend neue Standards für Geräte und Produkte festlegen. Eine verbesserte Kennzeichnung des Energieverbrauchs soll Verbrauchern mehr Durchblick ermöglichen.
6. Mehr Forschung zur Steigerung der Energieeffizienz unter anderem für Gebäude, für die Industrie und für die Sektoren Gewerbe, Handel und Dienstleistungen.

Solarwärme

Bonus für Sanierungswillige

Das Bundesumweltministerium verbessert die Förderung für den Einbau moderner Heizungsanlagen. Zusätzlich



„Für mich war der Dachs die beste Investition in die Welt meiner Kinder und Enkel.“

F. Schmidt, Köln



SENERTEC

info@senertec.de
www.senertec.de

* Mehr dazu unter dieser Seitenzahl auf www.energieverbraucher.de



Bereits 14 Prozent allen Stroms wird in Deutschland aus erneuerbaren Energien hergestellt.

zur bestehenden Förderung von Anlagen zur Gewinnung von Sonnenwärme zur Unterstützung der Heizung gibt es nun einen Bonus von 750 Euro, wenn der Eigentümer gleichzeitig den alten Heizkessel durch einen Öl- oder Gasbrennwertkessel austauscht.

Wer die alte Heizung eines Einfamilienhauses mit einem neuen Brennwertkessel und einer zehn Quadratmeter großen Solaranlage zur Heizungsunterstützung rundum erneuert, kann bei einer Gesamtinvestition von 16.000 Euro mit einem Investitions-kostenzuschuss von insgesamt 1.800 Euro rechnen.

Zuvor betrug der Zuschuss für eine Solaranlage dieser Größe 1.050 Euro. Die neue Kombinationsförderung im Marktanzreizprogramm für erneuerbare Energien ist bis 30. Juni 2008 befristet. Wer seine Anlage erneuert hat, kann seinen Antrag noch bis zu diesem Datum an das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) stellen.

Singapur

Weltgrößte Solarfabrik im Bau

Der asiatische Stadtstaat Singapur kann sich künftig rühmen, die größte Solarfabrik der Welt zu beheimaten: Dort errichtet zurzeit die norwegische Renewable Energy

Corp. (REC) ein über drei Milliarden Euro teures Werk, in dem rund 3.000 Mitarbeiter pro Jahr Solarzellen mit einer Leistung von rund 1,5 Gigawatt herstellen werden.

Bisher beläuft sich die jährliche weltweite Produktion auf zwei Gigawatt. REC betreibt bereits im norwegischen Hovik die bislang größte Produktionsanlage für Solarzellen mit 650 Megawatt, die sie gerade auf 1,3 Gigawatt ausbaut. Die Singapur Anlage soll 2009 in Betrieb gehen.

CO₂-Emissionen

Klimagas auf Wachstumskurs

Die Industriestaaten (An-nex-B-Länder) haben sich zwar im Kyoto-Protokoll dazu verpflichtet, ihren CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Im Jahr 2006 nahmen jedoch die Emissionen gegenüber dem Vorjahr um ein Prozent zu. Der vermeintliche Rückgang von 14 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990 war Folge des wirtschaftlichen Zusammenbruchs Ost- und Mitteleuropas. Weltweit stiegen die CO₂-Emissionen im Jahr 2006 um 2,6 Prozent. Gegenüber 1990 haben die CO₂-Emissionen bis 2006 um fast ein Drittel auf 29 Milliarden Tonnen zugenommen. Die internationale Klimaschutzpolitik hat also noch keine messbaren Erfolge erzielt. Der energie- und

umweltpolitische Handlungsdruck hat weltweit weiter zugenommen (Quelle: Hans Joachim Ziesing: Nach wie vor weltweit steigende CO₂-Emissionen, Energiewirtschaftliche Tagesfragen, Heft 9, 2007, S. 64).

Tarife

Trianel belohnt Energiesparer

Trianel ist ein 1999 gegründeter Verbund konzernunabhängiger Stadtwerke mit 45 Mitgliedern. Für Verbraucher besonders interessant ist der Stromtarif „hallospar“. Statt einer Prämie für Vielverbraucher und Stromverschwender belohnt der Tarif die Stromsparer. Wer weniger Strom als im Vorjahr verbraucht, bekommt eine Prämie ausgezahlt. Je nach Einsparhöhe liegt die Prämie zwischen zehn Euro bei fünf Prozent und 79 Euro bei 35 Prozent Einsparung. Zudem wird der Strom zu 27 Prozent aus erneuerbaren Energien hergestellt. Der Tarif liegt meist unter dem Tarif des örtlichen Versorgers. Es gibt keinen Pauschalpreis, sondern jeder Kunde bekommt ein individuelles Angebot unter <https://www.trianel-energie.de/hallospar/>

Der Bund der Energieverbraucher begrüßt das Angebot: „Endlich ein Stromtarif, der verbraucher- und umweltfreundlich ist.“

Regierungsbilanz

Bestürzende Einbrüche

Wie sieht die Realität nach zwei Jahren Merkel aus? Der Grüne-Abgeordnete Hans-Josef Fell zieht eine bestürzende Bilanz: Die Installation von

Windenergieanlagen wird dieses Jahr um 25 bis 30 Prozent zurückgehen. Der Rückgang bei Sonnenkollektoren beträgt, laut Fell, minus 35 Prozent, bei Holzpellets minus 50 Prozent, bei Biogas minus 60 Prozent und bei den Maßnahmen im Altbauanierungsprogramm minus 60 Prozent. Hinzu kommen die Einbrüche und Konkurse bei Biodieselherstellern sowie Pflanzenöllumrüstern aufgrund der Biokraftstoffbesteuerung. Die Erdölverknappung wird von der Bundesregierung weiterhin ignoriert. Sie hat keine Antwort auf die Erdölpreisteigerungen. Zugleich hat die Bundesregierung mit ihrer vorbehaltlosen Unterstützung der Stromkonzerne die Strompreiserhöhungen der vergangenen beiden Jahre mitzuverantworten.



Der Dachs ist die Zukunft:

Der Dachs erzeugt Wärme und Strom statt CO₂. Das bringt jeden Monat bares Geld und Bestnoten im Energiepass. Und diese steigern den Wert Ihres Hauses. Fordern Sie die Dachs Broschüre an:



SENERTEC

Carl-Zeiss-Straße 18
97424 Schweinfurt
Tel.: 09721/651-0
Fax: 09721/651-272

Neues von Justitia

Aktuelle Gerichtsurteile im Kampf gegen überhöhte Preise

Verbraucher haben gewonnen

(nr = nicht rechtskräftig, r = rechtskräftig)



Eine Klage des Bund der Energieverbraucher gegen Preisgleitklauseln in Stromlieferverträgen von E.ON Mitte hatte Erfolg (Landgericht Frankfurt, Az 2-02 O 250/06 nr). Der Verein klagte auch mit Erfolg gegen Preisgleitklauseln in Gaslieferverträgen der Rheinenergie Köln (Az 26 O 91/06 nr) und der Stadtwerke München (Az 12 O 18199/06 r). Vor dem Oberlandesgericht Bremen siegten Verbraucher mit einer Klage gegen die SWB wegen überhöhter Gaspreise (Az 5 U 42/06 nr). Auch die Klage eines Ehepaars gegen die überhöhten Gaspreise vor dem Landgericht Hanau war erfolgreich (nr).



Vattenfall muss die Stromversorgung eines Ehepaares wieder aufnehmen, das zwei Wochen ohne Strom war, weil der Konzern ihre Zahlungen falsch verrechnet hatte, (Amtsgericht Hamburg-Barmbeck vom 12. September 2007 Az 811a C 337/07 nr).



Das Landgericht Limburg untersagte eine Stromsperre gegen einen Protestkunden (Az 5 O 56/07).



Das Amtsgericht Lingen weist Zahlungsklage des Versorger ab, weil die Billigkeit nicht bewiesen wurde (Az 12 C 925/06(XI)).

Wichtiges in Kürze

Strom Auch Stromtarife unterliegen der Billigkeitskontrolle. Zumindest dann, wenn sie der Versorger einseitig festgelegt hat. Wer den Stromanbieter wechselt oder in einen neuen Tarif wechselt, akzeptiert damit den angebotenen Preis. Weil der neue Preis nicht mehr einseitig bestimmt ist, unterliegt er dann auch nicht mehr der Billigkeitskontrolle. Ob und wie im neuen Tarif die Preise angehoben werden dürfen, richtet sich nach dem vertraglich Vereinbarten.

Fernwärme Wenn Fernwärmepreise entsprechend einer vertraglich vereinbarten Klausel erhöht werden, diese Klausel keinerlei Ermessensspiel enthält und sie auch gültig ist, dann unterliegen die Preise keiner Billigkeitskontrolle.



Ein Chemieprofessor klagte mit Erfolg gegen die Preiserhöhung des Wärmepumpenstroms durch die Bergische Energie und Wasser GmbH und gegen die Kündigung seines Sondervertrags nach dem Unbilligkeitseinwand (Urteil Amtsgericht Wipperfurth vom 3. Juli 2007 Az 9 C 163/07 nr).



Die Klage der Verbraucherzentrale Bundesverband gegen Preisklauseln in Heizstromverträgen von E.ON Hanse war erfolgreich (OLG Schleswig-Holstein, Urteil v. 15. November 2007, Az 2 U 1/07, r).



Vattenfall klagte gegen einen Verbraucher, der seine Stromrechnung rückwirkend für drei Jahre gekürzt hatte. Nach der mündlichen Verhandlung nimmt Vattenfall die Klage zurück, um ein Urteil zu vermeiden (Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg Az 7 C 285/06).



Die Zahlungsklage von GEW Wilhelmshaven wird abgewiesen, weil die Zusammensetzung des Strom- und Gaspreises nicht hinreichend dargelegt wurde (Amtsgericht Wilhelmshaven Az 6 C 632/07 (I) r).



Die Klage der Ohra Hörselgas gegen einen Verbraucher auf vollständige Zahlung einer gekürzten Gasrechnung wird abgewiesen (Amtsgericht Gotha Az 1 C 288/07 nr).



Die Sammelklage gegen die Gaspreise der Stadtwerke München wird vom Landgericht München abgewiesen (Az 12 O 17018/06 nr).



Sammelklage gegen die Gaspreise der Mainz-Kinzig-Gas und gegen die Gaspreise der Stadtwerke Dreieich wird vom Landgericht Frankfurt abgewiesen, (nr).



Die zwei Sammelklagen gegen die Gaspreise der EWE werden vom Landgericht Oldenburg abgewiesen, (nr).



Die Klage eines Kunden gegen Gaspreise der Stadtwerke wird vom Landgericht Rostock abgewiesen (Az 1 S 21/06 r).

Diese Zusammenfassung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Repräsentativität.

Aus dem Jahresbericht 2006 des Bundeskartellamts

Ein entsprechender Kundeneinwand hat somit zur Folge, dass Tarife bzw. tarifliche Preiserhöhungen für den Kunden nur verbindlich sind, wenn sie der Billigkeit entsprechen. Solange die Billigkeit streitig ist, sind entsprechende Entgeltforderungen erst fällig, wenn die Tarife bzw. tariflichen Preiserhöhungen auf Antrag des Versorgungsunternehmens im Wege richterlicher Leistungsbestimmung durch Urteil getroffen worden sind.

Solange also die Billigkeit nicht nachgewiesen oder gerichtlich festgestellt worden ist, besteht kein rechtlich schutzwürdiges Interesse des Versorgungsunternehmens an der Androhung einer Versorgungssperre.

Widerstand zwecklos?

Die Heizperiode hat wieder angefangen und prompt verkünden die Energieversorger neue schamlose Erhöhungen ihrer Preise.

Mancher „Nichtrebell“ belächelt unter Umständen die wehrhaften Kunden und scheint die Meinung zu vertreten: „Es hat doch keinen Sinn – ihr müsst ja doch nachzahlen“.

Dass dies anders aussieht, zeigte erst kürzlich der folgende Fall: Die Stadtwerke Gotha (AG Gotha Az. 4 C 953/06) verklagten einen Kunden auf Nachzahlung, wegen dem von ihm gekürzten Energiepreis. Später zogen sie die Klage zurück, und können somit den vom Kunden gekürzten Differenzbetrag nie mehr einfordern. Obendrein müssen sie die gesamten Gerichtskosten tragen. Auch die Ohra Hörselgas (AG Gotha Az. 1 C 288/07) und die Stadtwerke Erfurt (AG Erfurt Az. 5 C 1938/07) verklagen derzeit einen Kunden. Apropos Stadtwerke Erfurt, die hatten 2005 schon einmal Klage eingereicht und sich dann aber dezent wieder zurückgezogen (AG Erfurt Az. 8 C 1051/05).

Nicht immer ist es gut, Altes durch Neues zu ersetzen. Wenn man vom Versorger neue Vertragsangebote zugesandt bekommt, sollte man sich bei einer unabhängigen Stelle informieren, ob der Gesetzgeber tatsächlich die Versorger zwingt,

Eine völlig überarbeitete Zusammenstellung häufig gestellter Fragen steht für Interessierte auf Seite 1707*

Lustiges zum Thema Filz vom NDR:
www.youtube.com/watch?v=CY7DA7uF4Ik

durch die im November 2006 in Kraft getretenen StromGVV und GasGVV, neue Verträge mit ihren Kunden abzuschließen. Zumindest in ähnlichem Wortlaut werden die zugesandten Vertragsangebote einleitend begründet. Und wer nicht unterschreibt, würde dann in den „Allgemeinen Tarif“ eingestuft oder gekündigt.

Monopolkommission: Aus dem Sondergutachten 2007

(Zivilrechtliche Billigkeitskontrolle nach § 315 BGB)

- Auffällig ist, dass die Grundsätze, die der Bundesgerichtshof in den beiden Urteilen zu § 315 BGB aufgestellt hat, nicht mit der Marktabgrenzung übereinstimmen, die das Bundeskartellamt bei der Anwendung der GWB-Bestimmungen im Energiesektor nach wie vor zugrunde legt und die von der Rechtsprechung in der Vergangenheit bestätigt wurden.
- Die Entscheidungen des Bundesgerichtshofs weichen ferner von der sachlichen Marktabgrenzung ab, die bislang im Wärmesektor anwendet wird. Das Bundeskartellamt grenzt bisher den Gasmarkt als eigenständigen Markt im Wärmesektor ab.
- Die Monopolkommission beurteilt es generell positiv, dass sich Endverbraucher gegen missbräuchlich überhöhte Preise im Energiesektor zivilrechtlich zur Wehr setzen können. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Kartellbehörden bei Zuwiderhandlungen nicht zum Einschreiten verpflichtet sind, sondern vielmehr über ein Ermessen verfügen. Generell sollten Endverbraucher auf überhöhte Preise ihres gegenwärtigen Energieversorgers jedoch durch einen Wechsel zu einem günstigeren Anbieter reagieren.
- Falls es keine echte Alternative zum Tarif des etablierten Anbieters geben sollte, ist die private Rechtsdurchsetzung die letzte Zuflucht. Sie stellt jedoch derzeit kein effektives Mittel gegen missbräuchlich überhöhte Energiepreise dar. Sie kann im Einzelfall zu einer Verbesserung des klagenden Endverbrauchers führen.
- Nachdem Tarifierhöhungen der Grundversorger in Deutschland Hunderte oder sogar Tausende von Zivilklagen der betroffenen Endkunden ausgelöst haben, zeigt sich, dass das vorhandene Instrumentarium des Zivilprozessrechts diesem Problem nicht gewachsen ist.

Die wenigsten Gaskunden dürften bisher nach dem „Allgemeinen Tarif“ abgerechnet werden, also Tarifkunden sein, für die die neuen Verordnungen gelten. Alle anderen sind Sondervertragskunden, für diese gelten die mitgelieferten AGB's.

Es kann auch schon einmal vorgekommen sein, dass man entsprechend seines Verbrauches beliefert, aber nie AGB's erhalten hat. Woher leiten die Versorger dann ihr Recht her, die Preise zu erhöhen bzw. überhaupt den alten Vertrag kündigen zu dürfen?

Im Fall der Stadtwerke Gotha enthalten die AGB eine Preisanpassungsklausel, die gegen das Transparenzgebot (§307 BGB) verstößt und somit unwirksam ist. Im Klartext heisst das, sie durften ihre Preise

überhaupt nicht erhöhen. Transparenz heißt: Kann ich bei Vertragsabschluss erkennen, welche Preise im Laufe der Zeit auf mich zu kommen?

Wer die neuen Verträge unterschreibt, zementiert einen Preissockel, bei dem es auf die Angemessenheit (Billigkeit) gar nicht mehr ankommt. Man hat ihn schließlich vereinbart.

Ob alt oder neu: Verträge sind einzuhalten, und zwar von beiden Seiten. Deshalb sollte sich jeder vorher genau informieren, auf was er sich mit seiner Unterschrift einlässt. Ausführliche Hilfe und viele Informationen findet man unter **600*** und unter forum.energienetz.de. ■

Eveline Marsell

* Mehr dazu unter dieser Seitenzahl auf www.energieverbraucher.de

Das Kartellrecht als Waffe für Verbraucher

Welche kartellrechtlichen Möglichkeiten haben Haushaltskunden, sich gegen als überhöht empfundene Preise oder Preiserhöhungen ihres Strom- oder Gasanbieters zur Wehr zu setzen? Diese Frage hat Prof. Kurt Markert im Auftrag des Bundes der Energieverbraucher untersucht und die Ergebnisse in einem Gutachten zusammengefasst. 2106+ Prof. Markert leitete früher die Energieabteilung des Bundeskartellamtes.

Energiedepesche Raten Sie Verbrauchern, sich bei ihrem Protest gegen überhöhte Strom- und Gaspreise künftig auch auf das Kartellgesetz zu berufen?

Markert Eindeutig ja! Die Berufung auf das Kartellrecht bietet für Verbraucher einen eindeutigen Vorteil: Er ermöglicht die Zuständigkeit der meiner Einschätzung nach in der Regel verbraucher- und wettbewerbsfreundlicheren Kartellgerichte. Auch nach dem Energiewirtschaftsgesetz sind diese zuständig. Die Folge: Der Prozess landet in letzter Instanz nicht beim VIII. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs (BGH), der in seinem Urteil vom 13. Juni 2007 im Fall von Herrn von Waldeyer-Hartz keine großen Sympathien für die Verbraucherseite gezeigt hat, sondern beim Kartellsenat des Bundesgerichtshofes.

Energiedepesche Muss man dafür mit Zahlen argumentieren, die sich auf die Preisgestaltung des spezifischen Unternehmens beziehen?

Markert Der Verbraucher muss darlegen, dass sein Versorger marktbeherrschend ist und dessen Preis erheblich höher ist als der eines vergleichbaren Versorgers und die Differenz nicht nachvollziehbar ist. Dies ist für niedrigere Vergleichspreise anderer Versorger gerade bei den Gaspreisen nicht besonders schwer, da die im Internet veröffentlichte Erhebung des Bundeskartellamtes Unterschiede bis zu 40 Prozent ausweist.

Der Versorger gerät dann faktisch unter Rechtfertigungszwang und muss belegen, dass sein höherer Preis dennoch aus anderen Gründen gerechtfertigt ist.

Energiedepesche Wie kann man als Verbraucher feststellen, ob eine „räumliche Preisspaltung“ vorliegt, der Sie in Ihrem Gutachten eine besonders gute Durchsetzungschance einräumen? Viele Gebietsversorger bieten bei Strom und Gas neben den Standardtarifen auch besonders günstige Tarife an, um wechselbereite Kunden nicht zu verlieren, die mitunter nicht einmal öffentlich gemacht werden. Ist das eine „räumliche Preisspaltung“?

Markert Eine räumliche Preisspaltung als Indiz für einen Preishöhenmissbrauch liegt nur vor, wenn ein Versorger auf einem anderen räumlichen Markt Kunden in gleichgelagerten Verbrauchsfällen einen niedrigeren Preis anbietet. Beispiel: Im eigenen Netzgebiet des Versorgers liegt

der Preis für 4.000 Kilowattstunden Jahresverbrauch und sonst gleichen Lieferbedingungen erheblich (mehr als zehn Prozent) höher als außerhalb. Der Versorger hat dann die volle Beweislast, dass zwingende Sachgründe den höheren Preis rechtfertigen. Solche unterschiedlichen Preise für gleiche Verbrauchsfälle innerhalb des Netzgebiets des Versorgers sind kartellrechtlich nur als Diskriminierungsfall (§ 20 Abs. 1 GWB) angreifbar. Auch in diesem Fall muss der Versorger im Zivilprozess die Rechtfertigung nachweisen. Wenn das Unternehmen jedoch auch dem betroffenen Verbraucher diesen niedrigeren Preis zu gleichen Konditionen anbietet, sehe ich kein Schutzbedürfnis.

Energiedepesche Gibt es Präzedenzfälle, und wie haben die Gerichte bisher entschieden?



Zahlreiche Protestkunden lassen sich nicht einschüchtern und bestehen auf ihren Verbraucherrechten. Im Prozesskostenfonds stehen zur Unterstützung 50.000 Euro zur Verfügung.

* Mehr dazu unter dieser Seitenzahl auf www.energieverbraucher.de

Das Gutachten in Kürze

- Die vormaligen Gebietsversorger sind bei der Versorgung von Haushaltskunden mit Strom und Gas nach wie vor marktbeherrschend und unterliegen damit den im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) geregelten Verboten des Preishöhenmissbrauchs (§ 19 Abs. 4 Nr. 2 und 3 GWB, § 29 GWB neu).
- Die aussichtsreichsten Ansätze für Haushaltskunden, sich gegen als überhöht empfundene Strom- und Gaspreise mit den Mitteln des Kartellrechts zur Wehr zu setzen, sind wegen der dabei geltenden Mitwirkungspflicht des Versorgers für den Nachweis von Rechtfertigungsgründen die räumliche Preisspaltung (§ 19 Abs. 4 Nr. 3 GWB) und der Vergleich mit niedrigeren Preisen anderer Versorger (§ 19 Abs. 4 Nr. 2 GWB, § 29 Satz 1 Nr. 1 GWB neu).
- Im Rahmen von Lieferverträgen geltend gemachte Forderungen von Preisen, die nach den Vorschriften des § 19 Abs. 4 Nr. 2 und 3 und § 29 GWB neu missbräuchlich überhöht sind, sind nach § 134 BGB im Umfang der Überhöhung nichtig. Eine Zahlungsverpflichtung des Kunden besteht daher nicht. Der Kunde ist außerdem nach § 33 Abs. 1 und 3 GWB berechtigt, soweit die dreijährige Verjährung nach den §§ 195 und 199 BGB noch nicht eingetreten ist, die überzahlten Beträge zurückzufordern, und zwar unabhängig davon, ob die Zahlung nur unter Vorbehalt oder vorbehaltlos erfolgte.
- Zuständig in Zivilrechtsstreitigkeiten sind in allen Fällen, in denen gegen Preisforderungen der Vorwurf des verbotenen Preishöhenmissbrauchs nach dem GWB geltend gemacht wird, die Kartellgerichte (§§ 87 ff. GWB), auch wenn gleichzeitig noch rein zivilrechtliche Rechtsfolgen, zum Beispiel die Unbilligkeit im Sinne von § 315 BGB, gegen die Rechtswirksamkeit dieser Forderungen eingewendet werden.

Text des Gutachtens im Internet unter 2106*

Markert Zur räumlichen Preisspaltung hat der Kartellsenat des BGH am 22. Juli 1999 die Beurteilungsmaßstäbe zu den Flugpreisen der Lufthansa festgelegt. Für die Strom- und Gasversorgung ist mir nur das Urteil des Landgerichts Frankfurt a. M. vom 7. März 2007 (RdE 2007, 242) bekannt, in dem die Richter von einer verbotenen räumlichen Preisspaltung ausgingen.

Energiedepesche Empfehlen Sie die Rechnungskürzung um einen gewissen Betrag, den der Verbraucher als überhöht ansieht?

Markert Dieser Weg ist der Zahlung unter Vorbehalt vorzuziehen. Die Schwierigkeit liegt allerdings in der Bestimmung der Höhe des Kürzungsbetrages. Wenn ein Verbraucher zu stark kürzt, erhöht er sein Prozesskostenverlustrisiko entsprechend.

Energiedepesche Halten Sie die derzeitigen Netzentgelte für Strom und Gas für missbräuchlich überhöht?

Markert Dies lässt sich nicht generell beantworten, schon gar nicht für die Zeit vor dem Inkrafttreten des neuen EnWG am 13. Juli 2005. Inzwischen haben die Regulierungsbehörden für alle Stromniederspannungs- und Gasniederdrucknetze

die erste Genehmigungsrunde abgeschlossen. Ob alle genehmigten Entgelte, insbesondere diejenigen im Zuständigkeitsbereich der Länder, den strengen gesetzlichen Anforderungen entsprechen, ist fraglich. Selbst die insoweit am wenigsten verdächtige Bundesnetzagentur hat stets erklärt, dass sie in der ersten Runde die Kosten der Netzbetreiber nur schwerpunktmäßig überprüfen konnte. Allerdings sind die Netzentgelte nach § 111 EnWG für den Zeitraum seit dem 13. Juli 2005 kartellrechtlich nicht angreifbar, und genehmigte Entgelte gelten nach § 30 Abs. 1 Nr. 5 EnWG als missbrauchsfrei. Zwar wird dadurch der Unbilligkeitseinwand nach § 315 BGB nicht ausgeschlossen. Es ist aber zu erwarten, dass die Gerichte die Genehmigung als besonders starken Indiz für die Billigkeit des Netzentgelts werten und der Unbilligkeitseinwand deshalb in aller Regel nicht greift. Etwas anderes gilt für die Zeit vor der Wirksamkeit der Genehmigungsentscheidung. In der Regel hat diese zu einer Entgeltreduzierung geführt. Ist das der Fall, spricht sehr viel dafür, dass das Entgelt bis zu diesem Zeitpunkt rechtswidrig überhöht war. ■



Prof. Kurt Markert

Impressum Nr. 4 · 2007

Die **Energiedepesche** erscheint vierteljährlich.

Einzelheft:

5,00 Euro inkl. MwSt.,
Abo für 4 Hefte
inkl. Versandkosten: 22 Euro

Für Mitglieder ist
der Bezug
im Mitgliedsbeitrag
enthalten.

Herausgeber:

Bund der Energieverbraucher e. V.
Frankfurter Straße 1
53572 Unkel
Tel.: 0 22 24 / 92 27-0
Fax: 0 22 24 / 10 32 1
E-Mail:
redaktion@energiedepesche.de
www.energieverbraucher.de

Post giro Köln
Kto 17573-508
BLZ 370 100 50

Redaktion u.v.i.S.d.P.:

Aribert Peters

Redaktionsschluss:

20. November 2007

Autoren dieser Ausgabe:

Hans Forster, Gerold Holzmöller,
Kurt Markert, Evelin Marsell,
Christian Meyer, Aribert Peters,
Steffen Sabin, Oliver Stens.

Die Beiträge liegen in der alleinigen
Verantwortung der Autoren.

Layout:

DesignBüro Blümling, Köln
E-Mail: mail@bluemlingdesign.de

Anzeigenleitung:

BigBen Reklamebüro
Tel.: 0 42 93 / 72 72
Fax: 0 42 93 / 72 71
E-Mail: br@bb-rb.de
www.bb-rb.de/depesche

Druck:

Krahe Druck GmbH, 53572 Unkel
Tel.: 0 22 24 / 7 58 44
E-Mail: krahe@krahe-druck.de

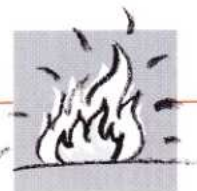
Papier:

100% chlorfrei gebleicht
ISSN 0933-8055
Vertriebskz Z 2045 F



Nachdruck oder Vervielfältigung,
auch auszugsweise, nur mit
ausdrücklicher Genehmigung
des Herausgebers.

* Mehr dazu unter dieser Seitenzahl auf www.energieverbraucher.de



Bestnoten für Hocheffizienz

Im Privathaushalt gehört die Heizungspumpe zu den größten Energieverbrauchern. Die Stiftung Warentest hat aktuelle Modelle geprüft (test 9/2007) und kam dabei zum Ergebnis, dass die neuen Hocheffizienzpumpen ihren Namen zu Recht tragen: Sie haben alle „sehr gut“ abgeschnitten. Für einen Anschaffungspreis von gut 200 Euro sparen sie jährlich rund 100 Euro Stromkosten.

Mehr als 30 Millionen Heizungspumpen arbeiten in deutschen Kellern. Sie verbrauchen jährlich etwa 15 Milliarden Kilowattstunden Strom. Das sind zehn Prozent des Stromverbrauchs aller privaten Haushalte und genauso viel Strom, wie der gesamte Bahnverkehr in Deutschland mit allen S- und U-Bahnen benötigt.

Großes Sparpotenzial

Im Einfamilienhaus frisst die Heizungspumpe oft ein Fünftel des gesamten Stromverbrauchs. Denn die unscheinbar kleinen Pumpen laufen tagaus, tagein, oft 6.000 Stunden im Jahr, mitunter sogar das ganze Jahr. Diese lange Betriebszeit machen Heizungspumpen zu einem wichtigen und besonders Erfolg versprechenden Ziel aller Stromsparmöglichkeiten.

Günstiger Einkaufen

Die Hocheffizienzpumpen lassen sich zu deutlich geringeren Preisen beschaffen als im Bericht der Stiftung Warentest angegeben. So lautet die Preisangabe für die Grundfos Alpha pro 25-40 im Testbericht 375 Euro. Im Internet kann jedermann die Pumpe zum Beispiel bei der Firma Loebbe GmbH für 217 Euro einschließlich Versandkosten kaufen (www.ecopumpen.de).

Günstige Preise gibt es auch im ELV-Shop www.haustechnik.elv.de.

Die EU hat eine Marketingkampagne für hocheffiziente Pumpen gestartet: www.energypluspumps.eu

Durch den Austausch einer alten Heizungspumpe können Verbraucher ihre Stromkosten deutlich senken. Pro Jahr lassen sich so 100 Euro sparen. Während

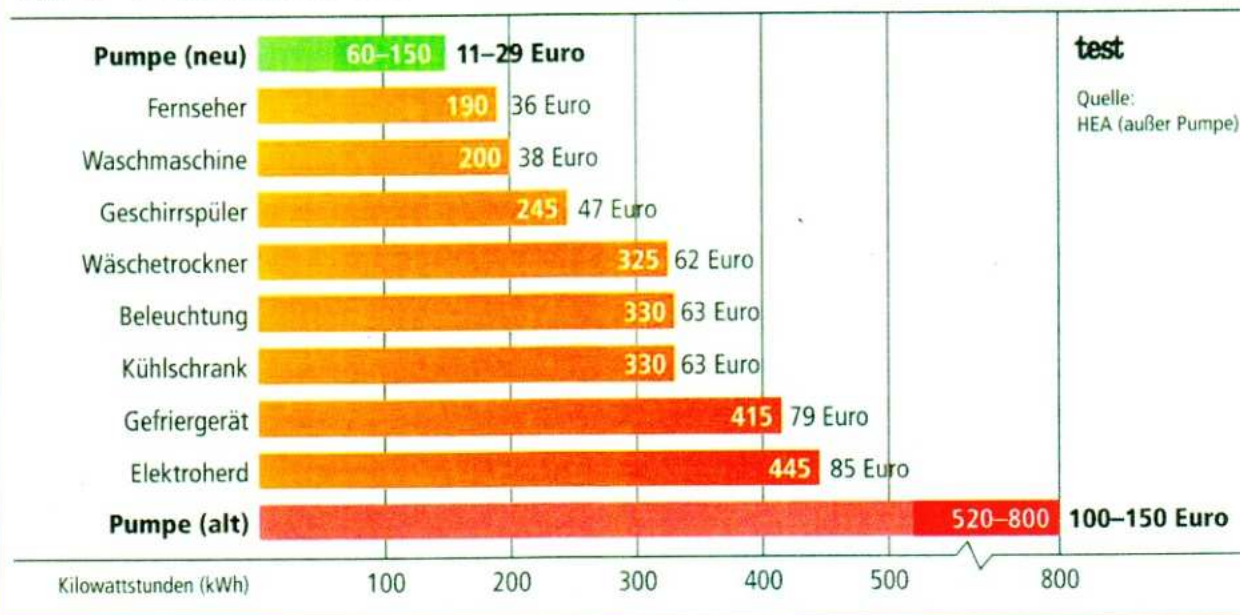
eine alte Pumpe in einem typischen Familienhaus in 20 Jahren Stromkosten von 2.000 bis 3.000 Euro verursachen, sind es bei einer modernen Pumpe zum Teil weniger als 300 Euro.

Die Pumpen sind allerdings so langlebig, dass man alte Modelle austauschen sollte, lange bevor sie ihren Geist aufgeben. Der Anschaffungspreis einer Pumpe ist im Vergleich zu anderen Energiesparmaßnahmen im Haus günstig. So gibt es die als „sehr gut“ getestete Wilo Stratos Eco Pumpe schon für 360 Euro. Eine ungeregelte Pumpe kostet immerhin auch 160 Euro. Schon nach einem Jahr sind die Stromersparnisse so hoch wie die Mehrkosten für die Sparpumpe.

Früher waren in Heizungsanlagen die Rohrleitungen so dick, dass man keine Pumpe brauchte und das Wasser allein

Die Heizungspumpe: Vom Stromfresser zum Stromsparer

Typischer Stromverbrauch in kWh und Stromkosten in Euro pro Jahr in einem Einfamilienhaus mit 3 Personen



Energiespartipps für Heizungsanlagen

Alte Heizungsanlagen um eine oder zwei Stufen herunterregeln

An unregulierten Pumpen ist ein kleines Rad, mit dem man die Pumpenleistung in drei Stufen einstellen kann. Die volle Pumpenleistung braucht man nur bei sehr kalten Außentemperaturen. Man kann also die Pumpe meist problemlos auf die kleinste Stufe herunterregeln. Dadurch spart man 20 bis 30 Prozent Strom, ohne dass man dafür einen Cent ausgeben muss. Einen groben Richtwert für die nötige Pumpenleistung erhält man, wenn man die beheizte Wohnfläche durch fünf teilt: zum Beispiel 30 Watt Leistung für 150 Quadratmeter Wohnfläche. Eine andere Faustregel: 0,1 Prozent der Kesselleistung: 15 Kilowatt Kessel, 15 Watt Pumpe.

Heizungspumpe im Sommer abstellen

Man kann die Heizungspumpe im Sommer meist völlig abstellen und dadurch Strom sparen. Jedoch sollte man kontrollieren, ob bei abgestellter Pumpe die Warmwasserbereitung funktioniert.

Schaltzeiten der Pumpe beschränken

Ein einfaches Schaltrelais kann man selbst bauen, dass die Pumpe in Abhängigkeit vom Heizungsbrüner steuert. 294*

Nachrüsten eines Drehzahlreglers

Kann elektrisch in die Stromzuführung der Pumpe montiert werden. Zusätzliche Rohrarbeiten fallen dabei nicht an. Erhältlich als Teichzubehör.

Hydraulischer Abgleich

Es empfiehlt sich, beim Auswechseln der Heizungspumpe das Heizsystem hydraulisch abzugleichen. Dadurch kann man die notwendige Pumpenleistung nochmals vermindern. Der Abgleich ist zwar nach Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen vorgesehen (VOB), er wird aber meist nicht durchgeführt. Der Abgleich spart nochmals zwischen fünf und 20 Prozent Energie. 1549*

aufgrund der Temperaturdifferenzen zirkulierte. Durch die engen Leitungen moderner Heizungen muss die Kraft einer Pumpe das erwärmte Wasser durch die Rohre pressen.

Regelung kann Überdimensionierung vermeiden

Oft sind die Pumpen viel zu groß gewählt und verbrauchen dadurch unnötig viel Strom. Die im Vergleich zum Bedarf riesigen Pumpen garantieren, dass auch noch der am weitesten entfernte Heizkörper genug Wärme abbekommt. Alte Pumpen haben keine Leistungsregelung und pumpen deshalb immer mit der gleichen Leistung, also wenn die meisten Thermostatventile in der Übergangszeit geschlossen sind genauso wie im kältesten Winter. Das vergeudet jede Menge Energie. Moderne Pumpen dagegen registrieren den hydraulischen Widerstand des Rohrnetzes. Das ist ein Signal dafür, dass weniger Wärme im Haus benötigt wird. Dann vermindert die Pumpe automatisch ihre Leistung. Ist der Pumpendruck zu hoch, gibt es störende Strömungsgeräusche im Haus.

Die Testsieger

Die Stiftung Warentest hat drei verschiedene Pumpenarten getestet und verglichen: unregulierte Standardpumpen, geregelte Standardpumpen und geregelte Hocheffizienzpumpen. Unregulierte Pumpen sind nach der Energieeinsparverordnung für Neubauten nicht mehr zugelassen. Die sparsamsten mit „sehr gut“ bewerteten Pumpen im Test waren Grundfos Alpha Pro (375 Euro), Wilo Stratos Eco (360 Euro) und Biral Typ A12-1 (450 Euro). Von den geregelten Standardpumpen mit etwas höherem Stromverbrauch empfehlen sich mit einem „gut“ die Grundfos Alpha+ und die Wilo Star E 25 mit Preisen um 230 Euro. Beste unregulierte Pumpe ist die Wilo Star-RS (165 Euro).

Die Hocheffizienten

Klingt gut, spart gut: Gegenüber einer üblichen Pumpe spart die Hocheffizienzpumpe 80 Prozent Strom. Übliche Pumpen basieren auf asynchronen Wechselstrom-Motoren (AC-Motor). Der bewegliche Teil im Inneren des Motors (Rotor) trägt eine Spule, die kurzgeschlossen ist

und deshalb keine Stromzuführung von außen benötigt. Das Magnetfeld im äußeren festen Motorteil verändert seine Richtung durch den Wechselstrom. Die Hocheffizienzpumpen haben im Gegensatz dazu einen so genannten „EC-Motor“: Ein elektronisch veränderliches äußeres Magnetfeld (elektronisch kommutierend, kurz EC) dreht den beweglichen inneren Motorteil (Rotor), der aus einem permanenten Magneten besteht. Die elektronische Ansteuerung des äußeren Magnetfeldes ist äußerst komplex. Deshalb sind diese Motoren auch erst seit wenigen Jahren auf dem Markt. Die Steuerelektronik der äußeren Magnete erfasst durch die Magnetfeld-Änderung die Position und die Geschwindigkeit des Rotors und verarbeitet dies als Signal.

A für Stromsparer

Heizungspumpen sind oft mit einem freiwilligen Energielabel gekennzeichnet. Die drei getesteten Hocheffizienzpumpen haben die Effizienzklasse A, die drehzahlregulierten Pumpen das Label B. ■

ALFA MIX Waschen mit Sonnenwärme



ALFA MIX – Das Vorheizergerät für die Waschmaschine

ALFA MIX speist die Waschmaschine mit warmem Wasser aus Solaranlagen und anderen umweltfreundlichen Wärmequellen. Ein 4-Personen-Haushalt kann damit mehr als 300kWh Strom im Jahr einsparen. Mit ALFA MIX wird Solarwärme wirtschaftlicher nutzbar. Für Waschmaschinen mit Startzeitvorwahl auch in der Version Autostart.

Umweltschonende Technik OLFS & RINGEN

Richtweg 4 • 27412 Kirchtimke
Tel. 04289-926692 • Fax 04289- 926693
info@olfs-ringen.de • www.olfs-ringen.de

* Mehr dazu unter dieser Seitenzahl auf www.energieverbraucher.de



Abschied von der Kochwäsche

30 Grad weniger und trotzdem sauber – weil viele Hersteller die Zusammensetzung ihrer Waschmittel verändert haben. Man kann mittlerweile bei deutlich niedrigeren Temperaturen waschen. Doch obwohl es einen Trend zum kühleren Waschen gibt, bleiben viele Verbraucher bei ihren alten Gewohnheiten – getreu dem Glauben, nur bei höheren Temperaturen werde die Wäsche auch wirklich sauber.

Neue Chemie, alter Name: Vor einem Jahr haben große Waschmittelhersteller wie Ariel, Persil und Omo die Zusammensetzung ihrer Waschmittel so verändert, dass alle waschaktiven Substanzen schon ab 20 Grad wirksam sind. Sie folgten damit dem Trend, dass viele Verbraucher ihre Wäsche bei niedrigeren Temperaturen reinigen. Während Henkel die Veränderung still und leise vollzog, bewarb Procter & Gamble sein Produkt (Ariel kalt-aktiv) mit großen Aufwand. Eine Studie des Ökoinstituts dazu zeigte, dass eine niedrigere Waschttemperatur bis zu 40 Prozent Energie sparen kann. Auf ein Jahr und auf ganz Deutschland hochgerechnet, entspräche dies dem Strombedarf der Stadt Düsseldorf.

Die Temperatur ist der zentrale Schlüssel zum Stromverbrauch beim Waschen. Während ein Waschgang bei 40 Grad vergleichsweise energiesparsam ist, benötigt das 60-Grad-Programm schon das Doppelte und die früher oft verwendete Kochwäsche sogar das Dreifache an Energie. Doch die Temperatur spielt auch eine wichtige Rolle für die Reinigung.

Sauber oder rein?

Der Sinnersche Kreis (siehe Bild 1) erläutert das Grundprinzip der Reinigung. Danach bestimmen vier Faktoren das Waschergebnis: Chemie, Mechanik, Temperatur und Einwirkzeit. Die Darstellung als Kreis zeigt, dass jeder Faktor durch die übrigen kompensiert werden kann. Wenn Waschmittel also immer wirksamer werden und die Mechanik der Maschine effizienter konstruiert ist, lässt sich dasselbe Waschergebnis auch mit geringeren Temperaturen erreichen.

Allerdings darf man dann nicht gleichzeitig den mechanischen Aufwand verringern oder die Zeitspanne verkürzen. Im Programm „Pflegeleicht“ wird die Wäsche

nur halb so oft mechanisch gewalkt wie im Normalprogramm. Und auch die beliebten Kurzprogramme bedeuten meist schlechter gereinigte Wäsche.

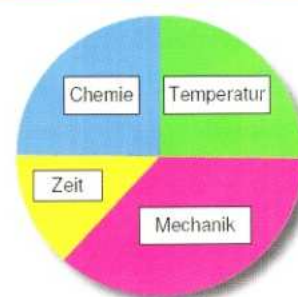
Nun könnten Verbraucher zwar eine niedrigere Temperatur wählen, aber tun sie es auch? Ein Blick auf Studien und Internetforen zeichnet ein durchwachsendes Bild. Dennoch scheint die Skepsis zu überwiegen. Schuld daran sind nicht das simple Verständnis, sondern vielmehr die Tatsache, dass viele Verbraucher Veränderungen zum Thema Sauberkeit leicht als persönlichen Angriff auffassen und daher abwehren. Da finden sich schnell Argumente, um bei den beliebten und bewährten Gewohnheiten zu bleiben.

Das musste auch Reiner Stamminger, Professor für Haushaltstechnik an der Universität Bonn, feststellen. Für eine Studie hat er über 5.000 Waschmaschinen-Benutzer nach ihren Waschgewohnheiten befragt. Ergebnis: Waschen ist eine höchst individuelle Angelegenheit. Es gibt nicht das typische Verhalten einer bestimmten Haushaltsgröße oder Alters-



Cool: Mit 20 Grad sauber waschen.

Bild 1: Einflussfaktoren auf das Waschergebnis

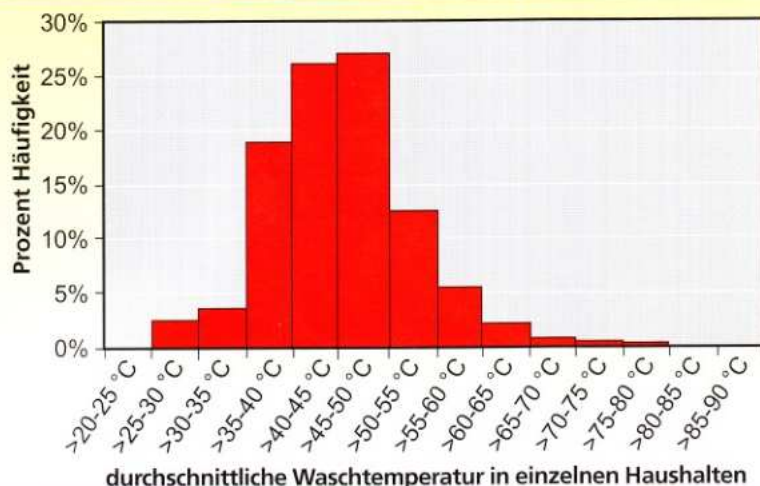


klasse. Durchschnittlich wuschen die Beteiligten bei 46 Grad. Im europäischen Vergleich liegt das recht hoch. Dabei fällt jedoch auf, dass sich die durchschnittliche Temperaturwahl von einem zum anderen Haushalt stark unterscheidet (siehe Bild 2). In Deutschland waschen bereits etwa eine Millionen Haushalte durchschnittlich unter 30 Grad. Und etwa genauso viele Haushalte waschen bei durchschnittlich (!) über 60 Grad.

Nach der Dosiermenge befragt, gaben zehn Prozent der Personen an, bewusst mehr Pulver als empfohlen zu dosieren. Überraschenderweise waren sie trotzdem weniger zufrieden als der Rest der Befragten. Die Frage, was als sauber gilt, ist also ganz von den Erwartungen des Einzelnen abhängig. Jeder zweite Befragte gab dagegen an, dass er weniger als die empfohlene Dosierung verwende, ohne dass das Waschergebnis beeinträchtigt sei.

Prinzip Zahnpasta

Vermutlich lässt sich das Thema Waschen mit der Zahnpasta-Werbung vergleichen: Obwohl dort seit Jahrzehnten eine extralange Zahnpastawurst auf die Bürste gedrückt wird, haben viele längst bemerkt, dass Zähne putzen auch mit weniger Paste funktioniert. Was sich bei Zahnpasta und Waschmitteln schon her-

Bild 2: Waschtemperaturen in Deutschland

Quelle: Summinger 2006

umgesprochen hat, könnte sich bei der Temperaturwahl nun fortsetzen

So schlägt das Öko-Institut in seinem „one-click-down-Szenario“ vor, jeweils eine Temperaturstufe niedriger als gewohnt zu waschen: Wo heute das 60-Grad-Programm benutzt wird, sollten künftig 40 Grad ausreichen; Wäsche, die bislang bei 40 Grad in die Maschine kommt, kann auch bei 30 Grad gewaschen werden; für Kleidung, die bislang schon im 30-Grad-Programm sauber wurde, reichen nunmehr 20 Grad. Bleiben die restlichen Waschfaktoren gleich, erzielt man dank wirksamerer Chemie das gleiche Ergebnis. Laut einer unveröffentlichten repräsentativen P&G-Studie waren 85 Prozent der Teilnehmer mit dem Waschergebnis auch dann zufrieden, wenn sie die Temperatur stets eine Stufe niedriger als gewohnt einstellten. Positiver Nebeneffekt: Die sanfteren Temperaturen schonen Gewebe und Farben der Kleidung.

Die Bakterien-Angst

Viele Menschen glauben, kalt Gewaschenes sei hygienisch bedenklich, da Bakterien und Krankheitserreger im kalten Milieu besser überleben. In Wirklichkeit verbreiten sich Krankheitserreger in Privathaushalten so gut wie nie über Wäsche. Ohne die Bedeutung der Hygiene zu verkennen, sollte man sich auch darüber klar sein, dass Bakterien und Keime stete Weggefährten des Menschen sind, ohne die er kaum überleben würde. Auf jedem Quadratzentimeter Hautfläche eines gesunden Menschen leben Zehntausende Mikroorganismen. Da scheint es recht belanglos, ob die Maschine im 60-Grad-Programm Keime wirksamer bekämpft als im 30-Grad-Programm. Sobald man in seine sauberen Klamotten geschlüpft ist,

erobert die natürliche Hautflora sie im Nu zurück. Das Ökoinstitut samt Gutachter sehen auch bei niedrigen Temperaturen keine hygienischen Bedenken. Das gilt auch für Waschmittelhersteller, obwohl sie – zumindest theoretisch – von überzogenem Hygienedenken wirtschaftlich profitieren.

Von der Mutter zur Tochter

Hersteller von Pflegemitteln sind insgesamt recht vorsichtig, wenn es darum geht, Ratschläge zu erteilen. Viele Kunden verbitten sich eine Einmischung in ihre Gewohnheiten. Schließlich wisse man selber, wie die Wäsche zu waschen sei. Traditionell weisen Mütter ihre Töchter in die Bedienung der Waschmaschine ein. So können Gewohnheiten von einer Generation auf die nächste übergehen, selbst wenn das Verhalten völlig überholt ist. Da die meisten Menschen Hemden, Hosen oder Unterwäsche nur noch einen Tag tragen und nicht, wie früher, mehrere Tage oder gar Wochen, und viele Menschen in klimatisierten Büros arbeiten,

Tipps zum Kaltwaschen

- Lesen Sie auf der Packung Ihres Waschmittels nach, ob es auch bei 20 Grad schon wirksam ist.
- Überprüfen Sie das Reinigungsergebnis mit jeweils einer Temperaturstufe niedriger als gewohnt. Benutzen Sie dabei das Normalprogramm bei gleichbleibender Waschmitteldosierung.
- Achten Sie beim Neukauf einer Waschmaschine darauf, dass das Normalprogramm auch kalt oder mit 20 Grad betrieben werden kann.

statt schweißtreibende Tätigkeiten zu verrichten, ist die Wäsche längst nicht mehr so schmutzig wie vor Jahrzehnten. Die empfohlene Dosiermenge hat sich in den letzten 30 Jahren auf etwa ein Drittel reduziert, ebenso der Wasserverbrauch. Die Technologie ist dem Verbraucherverhalten voraus. Als letztes Glied der Kette bleibt der Verbraucher übrig. Doch an dieser Stelle geben ausgerechnet die sonst so energieaufwendigen Single-Haushalte einen Hoffnungsschimmer: So mancher Student oder Single wäscht schon allein deshalb bei niedrigeren Temperaturen, weil eine einzige Person es kaum in einer akzeptablen Zeitspanne schafft, genug Wäsche für die hochtemperierten Programme zu sammeln. Und so kann eine neue Gewohnheit auch durchaus von der Tochter auf die Mutter oder vom Sohn aufs Elternhaus übergehen.

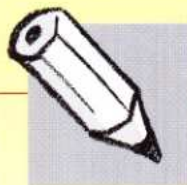
Blick ins Ausland

In Spanien ist das Kaltwaschen bei 15 Grad so verbreitet, dass es die mittlere Waschtemperatur auf 33 Grad herunterzieht (Deutschland 46 Grad). In Japan, Australien und den USA haben Waschmaschinen gar keinen eigenen Heizstab. Sie werden meistens mit dem Warmwasser aus der Leitung versorgt. Die Waschtemperatur ist dort für alle Wäschearten gleich. Sie liegt irgendwo zwischen 30 und 40 Grad. Zwar kann das amerikanische Modell wegen Bauart, Größe, und seinem astronomisch hohem Wasserbedarf kein Vorbild für Europa sein. Aber es zeigt, dass in ähnlichen Kulturkreisen ein zufriedenstellendes Waschergebnis möglich ist, ohne die Temperatur genau auf die Waschsituation abzustimmen.

Testweise kalt waschen

Soll man also auch hierzulande ganz auf den Heizstab verzichten? Eher nicht: Aus dem Leitungsnetz kommt das Wasser üblicherweise mit 15 Grad. Bei diesen niedrigen Temperaturen sind die waschaktiven Substanzen noch nicht wirksam, so die Hersteller. Doch auch hier kommt es vermutlich auf den Anspruch des Einzelnen an. Probieren Sie es aus! Sie wären nicht der Erste, der jahrelang unwissentlich kalt wusch. Bis er merkte, dass der Heizstab seiner Waschmaschine kaputt war.

Oliver Stens ■



Sparsame Hausgeräte

Wir haben uns eine neue, sparsame Öko-Waschmaschine gekauft (AEG LAVAMAT 48580-Toplader). Bei maximaler Beladung mit fünf Kilogramm Buntwäsche (abgewogen) ist das Spülergebnis trotz permanent zugeschaltetem Extra-Spülgang derart unbefriedigend, dass die Wäsche nachgespült werden muss, weil auf dunkler Wäsche deutliche Waschmittelrückstände zu sehen sind.

Auf diesen Seiten sollen Sie als Leser zu Wort kommen:

Mit Ratschlägen, Anregungen und Meinungen, auch Polemik. Zu kontroversen Themen sollen möglichst beide Seiten zu Wort kommen. Kürzere Zuschriften werden bevorzugt, wir behalten uns Kürzungen vor.

Also schreiben Sie uns doch!

Sowohl die Angaben für den Wasserverbrauch als auch für den Stromverbrauch stimmen nicht annähernd mit den Angaben des Herstellers überein. Der Waschmittelhersteller sagt, dass das Problem bekannt sei und die Maschinen bei der geringen Wassermenge gar nicht einwandfrei spülen können – das sei physikalisch gar nicht möglich.

Dieter Lanze, Butzbach

Zu ED 3/2007:
Holzvergaserung

Zu dieser Technologie zur Gaserzeugung in einer modernen und sehr effizienten Form ist mir vor geraumer Zeit ein Prospekt einer deutschen Firma in die Hände gefallen:

NRP-GmbH Natur-Rohstoff Pyrolyse in Unterthinningau. Die beschriebene Anlage macht einen sehr sauberen Eindruck, wobei nichts mehr

auf die teerverschmutzten Aggregate der „ersten Generation“ hindeutet. Ferner wird beschrieben, dass nicht nur Holz vergast werden kann, sondern quasi jedes Pflanzenmaterial, wie Stroh, Spelzen, Nussschalen und sogar getrockneter Klärschlamm. Mehr zu dieser Firma unter www.holzvergaser-nrp.de. Ich stehe im Übrigen in keiner geschäftlichen Beziehung zu dieser Firma.

Johannes Weber, Eitorf

Zu ED 3/2007:
Kalte Waschmaschinen

Nicht nur in Japan, sondern auch in vielen Ländern Afrikas sowie in Teilen Südamerikas wird mit kaltem Wasser gewaschen. Grund ist die unzureichende Stromversorgung, die oft über einen Generator erfolgt. Die Leistung für Motor und Steuerung kann problemlos bereitgestellt werden, für die Heizung reicht es nicht. Auf Ihre Recherche bin ich sehr gespannt.

Andreas Stenberg, Lage

Siehe Bericht auf Seite 14.

Zu ED 2/2007:
Wärmepumpen

Leider habe ich für die Lieferung von Strom für meine Wärmepumpe kein alternatives Versorgungsunternehmen gefunden. Die Süwag erhöht mir den Grundpreis ab 1. Januar 2008 pro Monat um 5,15 Euro und den Verbrauchspreis auf 14,03 Cent pro Kilowattstunde. Dies macht beim Grundpreis eine Erhöhung von 69 Prozent und beim Verbrauchspreis eine solche von 38 Prozent aus. Einerseits animiert man den Verbraucher

zur umweltfreundlichen Heizung und andererseits wird er dann auf diese Weise, nach Aufgabe der Preisprüfung, abgezockt.

Klaus Hund, Rheinau

Vergleiche dazu das Urteil des Amtsgerichts Wipperführt vom 3. Juli 2007 Az 9 C 163/07, Seite 8.

Seit 1994 bin ich begeistertes Mitglied im Bund der Energieverbraucher.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich Ihnen mein Kompliment für Ihre bisherige Arbeit aussprechen.

Ein besonderes Highlight ist immer wieder die von mir mit Spannung und voller Neugier erwartete Energiedepesche. Sowohl die Aufmachung als auch der Informationswert sind erstklassig.

Manfred Tesch, Herzogenrath

Zu ED 3/2007:
Schornsteinfeger – Sinnloser Kontrollwahn

Das Forschungszentrum Jülich hat zum Beispiel festgestellt, dass sich die gesamte CO₂-Minderung durch die Messungen der Schornsteinfeger im Jahr auf

gut eine Million Tonnen CO₂ beläuft. Gleichzeitig verweist das Forschungszentrum darauf, würden der Anlagenbestand nicht überprüft und infolgedessen weniger gewartet, dann würden sich die Energieverluste und die Emissionen der zu beanstandenden Anlagen stetig vergrößern und es würde von Jahr zu Jahr weitere Mängelanlagen dazu kommen. Datenanalysen und Rechnungen haben gezeigt, dass sich die Energieverluste in einem solchen Fall jährlich verdoppeln. In nur drei Jahren hintereinander unterlassener Wartung würden die Verluste so groß werden wie der Heizenergiebedarf von acht Großstädten. Dies demonstriert die Notwendigkeit einer regelmäßigen neutralen Überprüfung.

Die 1. BimSchV-Messung würde meines Erachtens ad absurdum geführt werden, weil der Heizungsbauer das Ergebnis der Messung ohne größeren Aufwand beeinflussen kann. Die Messung würde im freien Wettbewerb nicht mehr aus Umweltschutzgründen, sondern nur noch als Überprüfung der eigenen Arbeit vollzogen werden. Hier möchte ich auf mehrere Messgeräteausdrucke eines Hei-



Kaltwaschen: Einfach einen Gang runter



Schornsteinfeger in der Kritik

zungsbauers in meinem Kehrbezirk verweisen. Die Abgastemperatur und somit der Abgasverlust weicht bei seiner Messung seit Jahren erheblich von meiner Messung ab.

*Bezirkskaminkehrermeister
Hans Ritt, Straubing*

Sie fordern, den Heizungsbauern die Kontrolle gleichberechtigt mit den Schornsteinfegern zu gestatten. Der Vorschlag wurde aus allseits bekannten guten Gründen schon mehrfach abgelehnt.

Welcher Heizungsbauer würde sich selbst schlechte Arbeit bescheinigen?

Wie viele Verbraucher bekommen neue Heizungen, obwohl sie keine benötigen?

Wie viele Verbraucher würden den Heizungsbauer so lange wechseln, bis das Messergebnis stimmt?

*Bezirksschornsteinfegermeister
Hans Joachim Ternig,
Saarbrücken*

Sie schreiben: „Bei der Wartung einer Heizung kann auch gleichzeitig der freie Abzug der Abgase geprüft werden“. Wir haben einen Wartungsvertrag mit dem Heizungsbauer, der auch den Abzug kontrolliert, und müssen jährlich auch den

Schornsteinfeger bezahlen. Das ist unverständlich. Wir möchten dem Schornsteinfeger mitteilen, dass sein Einsatz doppelt ist und überflüssig.

Wolfgang Half, Varel

Grundkosten unberechtigt

Als Häuslebauer eines Niedrigenergiehauses stelle ich jährlich fest, dass ich über die Jahre als „Gasrechnung“ nur circa ein Viertel der Beträge für Verbrauchskosten zu zahlen habe, drei Viertel werden als Grundkosten gefordert. Hier im Bereich Hannover ist es sogar so, dass die Grundkosten sich bereichsweise verdoppeln, wenn man über einem bestimmten Verbrauch liegt (88,64 Euro bis 11.116 kWh, ab 11.117 177,26 Euro!!). Meinem Verständnis nach sind die Grundkosten als Umlage für den Netzerhalt und eventuellen Netz-Anpassungen gedacht, während die Verbrauchskosten für den Verbrauch aufzukommen haben. Für den Hausanschluss habe ich vor 15 Jahren ja direkt bezahlt. Frage: Was macht ein Energieunternehmen mit solch nicht nachvollziehenden Grundkosten?

Beim Versuch, einen Anbieter in dieser Region mit nied-

rigeren Grundkosten zu finden, bin ich gescheitert. Wozu also sparen, wozu also Niedrigenergiehäuser bauen, man beeinflusst die Kosten ja sowieso kaum.

Wolfgang von Jan, Langenhagen

Schade, wenn ein Verein, der sich den Verbraucherschutz auf die Fahne geschrieben hat, die Abschaffung anderer Verbraucherschützer öffentlich fordert. Wer schützt bloß die Verbraucher vor solchen (vermeintlichen) Beschützern?

*Sven Feddersen, Schornsteinfeger,
Hamburg*

Alle Argumente und Positionen sind richtig und endlich verbraucherorientiert. Ich staune immer noch, mit welcher „Samthandschuhen“ der Verein das Schornsteinfegermonopol angeht. Warum? Es geht nicht um die Abschaffung des Schornsteinfegerhandwerks. Wenn die Schornsteinfeger so hochqualifiziert und gut sind, müssen sie keine Angst vor dem Wettbewerb haben.

Haris Laspoulas, München

Zu ED 3/2007: Gleichstrom aus Afrika

Erneuerbare Energien setzen Dezentralisierung voraus. Die wirkungsvollste Gegenmaßnahme gegen die Klimakatastrophe ist die totale Umstellung der Energieversorgung auf die Erneuerbaren Energien. Doch gerade diese Maßnahme entspricht nicht den Interessen der Energiewirtschaft, denn die Erneuerbaren Energien können im Wesentlichen nur dezentral – unter Beteiligung der Bevölkerung – gewonnen werden. Die Energiewirtschaft sucht hingegen nach zentrali-

sierbaren Techniken, die sie in eigener Regie betreiben (und ggf. verzögern) kann.

- Fusionskraftwerke
 - CO₂-Abscheidung und Endlagerung bei Kohlekraftwerken
 - Solaranlagen in der Wüste
 - Off-shore-Windparks an den Küsten Europas
- Die Energiewirtschaft bekämpft insbesondere solche Techniken, die von Privatleuten finanziert und betrieben werden können.

- Solarstromgewinnung auf und an Gebäuden
- Ausbau der Windenergie im Binnenland
- Reaktivierung von Kleinwasserkraftwerken

Wer sich aus technischem Interesse für Solaranlagen in Afrika einsetzt, sollte deshalb vorsorglich im gleichen Atemzug darauf hinweisen, dass man mit Solarstromanlagen auf nur zehn Prozent der deutschen „Gebäude und Freiflächen“ sowie Gebäudefassaden und Lärmschutzwänden eine Strommenge ernten kann, die etwa dem halben gegenwärtigen Stromverbrauch Deutschlands entspricht.

Wolf von Fabek, Aachen

Zu ED 3/2007: Siegerserie hält an

Seit der Bundesgerichtshof ihre „Preis Anpassungsklausel“ für unwirksam erklärte, hat die Firma Rheingas auf unberechtigte Nachforderungen aus den Jahren 2004/05 und 2005/06 (fürs Erste?) verzichtet. Für 2006/07 wurde aber schon wieder ein unbegründeter hoher Arbeitspreis berechnet und sogar mit rückforderbaren Zahlungen zu den Vorjahren verrechnet. Wir müssen also weiter alles genau prüfen.

Andreas Nagel, Leipzig



Strahlende Sparlampen: Unbegründete Panikmache!

Alle elektrischen Geräte erzeugen elektrische und magnetische Felder. Strahlen Energiesparlampen besonders intensiv? Das schweizerische Bundesamt für Gesundheit gibt Entwarnung: In einer seriösen Untersuchung kommen die Experten zu dem Schluss, dass Sparlampen nicht stärker oder anders strahlen als die übrigen Haushaltsgeräte.

Echte Energiesparer oder doch nur trübe Funzeln, die unsichtbare, aber gesundheitsschädliche Strahlen abgeben? Energiesparlampen sind in jüngster Zeit in Verruf geraten, durch ihre elektromagnetischen Strahlen die Gesundheit zu schädigen. „Wer auf Nummer sicher gehen möchte, sollte Energiesparlampen nur in Wand- oder Deckenleuchten verwenden oder wenn ein Mindestabstand von etwa 1,5 Metern eingehalten wird“, schreibt zum Beispiel die Zeitschrift Konsument (Nr.3/2006).

Die Forschungsstiftung Mobilkommunikation hat deshalb im Auftrag des schweizerischen Bundesamtes für Energie und des schweizerischen Bundesamtes für Gesundheit die elektromagnetische Strahlung von Energiesparlampen gemessen.

Die Studie (Download unter **2083***) zeigt, dass sich die elektromagnetische Strahlung von Energiesparlampen im Rahmen der Abstrahlung von herkömmlichen Glühlampen bewegt. Die Resultate geben somit keinen Hinweis darauf, dass Energiesparlampen die Gesundheit gefährden.

Geringe Strahlung

Die Strahlung von Energiesparlampen setzt sich aus niederfrequenten (50 Hertz) und höherfrequenten (30 bis 60 Kilohertz) Feldern zusammen. Die Messungen zeigen, dass sich die niederfrequenten elektrischen und magnetischen Felder von Energiesparlampen bei normalem Gebrauchsabstand von 30 Zentimetern kaum von den Feldern unterscheiden, die herkömmliche Glühlampen verursachen. Damit liegen Energiesparlampen mit ihrer Abstrahlung im Rahmen üblicher Haushaltsgeräte und halten die Grenzwerte, die für diese gelten, ein. Eine geerdete Metall-



Den höchsten Strahlungsanteil einer Energiesparlampe verursacht die Stromanschlussleitung.

leuchte kann zudem die niederfrequenten elektrischen Felder unabhängig vom Lampentyp deutlich reduzieren. Auch die Vorschaltgeräte für Energiesparlampen verursachen nur geringe hochfrequente Felder und unterscheiden sich nicht von denen anderer Haushaltsgeräte.

Wie gefährlich sind die Felder?

Energiesparlampen unterschreiten sämtliche Grenzwerte für **magnetische** Felder deutlich.

Die Euronorm EN50366 regelt die Emissionsbegrenzung von elektrischen Geräten für den Hausgebrauch. Diese Norm sieht keine Notwendigkeit für Grenzwerte der **elektrischen** Feldstärke. Auch die schweizerische NISV-Norm (Verordnung vom 23. Dezember 1999 über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung) kennt keinen Grenzwert für niederfrequente elektrische Felder (50 Hertz).

Lediglich die schwedische TCO-Norm (Prüfsiegel für die ergonomische Qualität von in Büroumgebungen eingesetzten Produkten vom Dachverband der schwe-

dischen Angestellten- und Beamtengewerkschaft, der Tjänstemännens Centralorganisation) schreibt aus Vorsorgegründen einen Grenzwert von zehn Volt pro Meter für niederfrequente elektrische Felder vor und einen Wert von einem Volt pro Meter für höherfrequente elektrische Felder. Ein ganz normales Netzkabel überschreitet diesen Grenzwert bereits. In der Nähe von 230-Volt-Stromkabeln liegen oft Feldstärken von 100 Volt pro Meter vor.

Auch bei Energiesparlampen verursacht die Stromzuführung die niederfrequenten elektrischen Felder. Sie liegen laut den schweizer Messungen im Abstand von 30 Zentimetern deutlich unter den Feldern eines Föns oder Radioweckers und sind kaum höher als die Felder einer normalen Glühlampe im gleichen Abstand. Damit unterschreiten sie die ICNIRP-Grenzwerte (Guidelines for limiting exposure to time-varying electric, magnetic and electromagnetic fields up to 300 GHz, International Commission on Non-Ionizing Radiation Protection, 1998) um mehr als das 500-fache.

Für höherfrequente elektrische Felder (Betriebsfrequenz) halten alle getesteten Sparlampen selbst die strengen TCO-Grenzwerte von einem Volt pro Meter ein. Das elektrische Feld eines Fernsehers liegt selbst im Abstand von einem Meter noch deutlich höher als das einer Sparlampe im Abstand von 30 Zentimetern.

Fazit

Die Angst vor Strahlenschäden durch Energiesparlampen sind unbegründet. Die Lampen verursachen keine höheren Belastungen durch elektrische und magnetische Felder als alle anderen üblichen Haushaltsgeräte. ■

* Mehr dazu unter dieser Seitenzahl auf www.energieverbraucher.de

Neu: 500 Millionen Euro
Förderprogramm für die
Heizungsmodernisierung

Sie können lange über die Zukunftssicherheit
Ihrer Heizung nachdenken.
Oder sie einfach auf Zukunft schalten.



**Ab sofort: Heizungsmodernisierung
mit Solarintegration – Staat gibt 1.800 € dazu***

* Wird eine Solaranlage zur Heizungsunterstützung errichtet, gibt es zu der bisherigen Förderung (105 € pro m²) einen Bonus von 750 €, wenn ein Nichtbrennwertkessel durch einen Brennwertkessel (Öl oder Gas) gleichzeitig ersetzt wird. Damit steigt die Förderung für eine solche Anlage insgesamt auf 1.800 € bei 10 m² Kollektorfläche. Für ein Zweifamilienhaus beträgt die Förderung 2.325 €.

Mit Viessmann kann die Zukunft kommen:
Entscheiden Sie sich jetzt für unser in Preis und
Technik differenziertes Komplettprogramm,
das Ihnen zukunftsichere Heiztechnik für alle
Energieträger bietet. Denn ganz gleich ob Öl, Gas,
Solar, Holz oder Naturwärme – mit Viessmann
sind Sie auf morgen vorbereitet.

Informieren Sie sich jetzt unter www.viessmann.de.



Öl-Brenn-
wertkessel



Gas-Brenn-
wertkessel



Solar-
Kollektoren



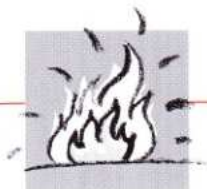
Holz-
Heizkessel



Wärme-
pumpen

VIESSMANN

climate of innovation



Ein wahres Multitalent

Ein großer Wasserspeicher im Keller puffert Wärme: In Zeiten mit Wärmeüberangebot heizt der Speicher auf, in Zeiten mit Wärmemangel gibt er die Wärme wieder ab. Das hat einerseits viele Vorteile und kann zwischen 15 und 30 Prozent Energie sparen – und zwar für eine ganze Reihe von Heizsystemen, von der Wärmepumpe bis zum Blockheizkraftwerk. Andererseits verliert der Speicher auch ständig Wärme und macht das Heizsystem darüber hinaus wesentlich komplizierter. Ein Crash-Kurs für Einsteiger.

Anders als ein Warmwasser- oder Trinkwasserspeicher enthält ein Pufferspeicher kein Brauch- oder Trinkwasser, sondern warmes Wasser zum Heizen. Er kann Wärme aus verschiedenen Quellen zusammenführen und zeitversetzt wieder abgeben. Je nach Heizsystem hat ein Pufferspeicher ganz unterschiedliche Funktionen.

Kosten und Wärmeinhalt

Ein Pufferspeicher versieht üblicherweise mehrere Jahrzehnte lang seinen Dienst. Dafür muss man noch nicht einmal besonders tief in die Tasche greifen:

Kleine Pufferspeicher kosten etwa 300 Euro, größere Modelle mit 800 Litern Kapazität sind für etwa 800 Euro erhältlich. Kombipufferspeicher mit integrierter Warmwasserbereitung kosten zwischen 800 und 3.500 Euro.

Je größer der Speicher ist, desto mehr Wärme kann er aufnehmen und später wieder abgeben. Beispiel: Wenn ein Speicher mit 800 Litern Wasser von 35 auf 85 Grad aufgewärmt wird, dann enthält er 46 Kilowattstunden Wärme ($800 \text{ Liter} \times 1,16 \text{ Wattstunden pro Liter und Kelvin} \times 50 \text{ Kelvin} = 46.400 \text{ Wattstunden}$, also 46 Kilowattstunden), die er beim Abkühlen wieder abgeben kann. Dies entspricht dem Energiegehalt von rund 4,6 Litern Heizöl oder etwa 4,6 Kubikmetern Erdgas. Das reicht in der Übergangszeit, um das Haus ein bis zwei Tage lang zu heizen.

Dämmung wichtig

Ein Speicher kühlt täglich etwa um ein bis fünf Grad ab. Der Energieverlust liegt im obigen Beispiel bei täglich drei Kilowattstunden ($800 \text{ Liter} \times 1,16 \text{ Wattstunden pro Liter und Kelvin} \times 3 \text{ Kelvin} = 2,7 \text{ Kilowattstunden}$), das sind bei heutigen Energiepreisen täglich 20 Cent.

Deshalb ist es entscheidend, den Speicher extrem gut gegen Wärmeverluste zu isolieren. Gute Isolierungen erkennt man an einem Zertifikat oder daran, dass die Temperatur der Außenfläche der Speicherdämmung bei 20 Grad Celsius, also der Raumtemperatur, liegt, während im Inneren des Speichers Temperaturen von über 60 Grad Celsius herrschen. Die Oberfläche der gedämmten Speicherhülle sollte nicht mehr als ein Grad über der Raumtemperatur liegen. Wer täglich nur eine Kilowattstunde (0,07 Euro) weniger Wärme verliert, kann bei derzeitigen



Eine sehr gute Dämmung ist für jeden Speicher besonders wichtig.

Energiepreiserhöhungen in einem Nutzungszeitraum von 15 bis 25 Jahren kosten in der Höhe von 2.000 bis 3.000 Euro sparen. Gute Nachricht für alle, die bereits einen Pufferspeicher besitzen: Die Speicherdämmung lässt sich auch noch nachträglich verbessern. Mitglieder erhalten Hilfestellung vom Verein.

Besonders verlustreich sind die Anschlüsse des Speichers. Ein einziger wärmeführender, schlecht gedämmter Anschluss am Speicher verliert unnötigerweise durchschnittlich etwa 0,1 Kilowattstunden Energie pro Tag. Die Wärmeverluste lassen sich ganz leicht vermindern: So sollte das Rohr, das aus dem Speicher kommt, zunächst einen Knick von 30 Zentimetern Länge nach unten machen. Neuheit: Es gibt auch dämmende Manschetten mit Klettverschlüssen zum Isolieren der Anschlüsse (Bezug bei www.egtc.de unter: Manschetten, ab Januar 2008 bestellbar).



Speicher mit „Innenleben“.



Manschetten: Anschlüsse lassen sich durch Flexmanschetten einfach dämmen.

Aufbau eines typischen Pufferspeichers

Pufferspeicher bestehen meist aus Stahl. Sie enthalten Heizungswasser und kein sauerstoffhaltiges Frischwasser. Deshalb ist kein Rostschutz erforderlich und keine Korrosion zu befürchten.

Warmes Wasser steigt nach oben. Deshalb sind Speicher am oberen Ende stets wärmer als unten. Diese Wärmeschichtung spart Energie, weil man nicht den ganzen Speicher aufheizen muss, um heißes Wasser zu zapfen, sondern nur den obersten Teil. Aus diesem Grund haben sich stehende, zylindrisch geformte Modelle durchgesetzt.

Das warme Brauchwasser wird entweder durch einen Wärmetauscher ganz oben im Speicher oder durch einen externen Wärmetauscher außerhalb des Speichers erhitzt (Frischwassersystem) – eine technisch sehr sinnvolle Lösungsvariante.

Richtig regeln

Die Regelung muss die Be- und Entladung des Speichers und die Warmwasserbereitung steuern. Spezielle Universalregler lassen sich frei programmieren. Die richtige Regelung entscheidet darüber, ob der Pufferspeicher wirklich mehr Energie spart, als er durch Energieverluste verliert.

Pufferspeicher für Heizanlagen

Die meisten Heizungsbauer sind der Ansicht, dass für die Warmwassererwärmung eine Heizleistung von mindestens 20 Kilowatt erforderlich ist. Das ist nur selten richtig: Für die Beheizung eines gut gedämmten Einfamilienhauses braucht man beispielsweise nur fünf bis sieben Kilowatt. Wenn man einen korrekt dimensionierten Warmwasser- oder Pufferspeicher hat, kann man sogar mit geringerer Heizleistung das Warmwasser aufheizen: Man braucht dafür nur mehr Zeit

und eine gute Prognose, wann Warmwasser benötigt wird.

Wer eine überdimensionierte Heizungsanlage besitzt, kennt das Problem: Der Brenner arbeitet stets nur wenige Minuten lang, dann steht er wieder still, bis er kurz darauf erneut startet – bis zu 40.000-mal pro Jahr. Der Stop-and-go-Betrieb treibt den Brennstoffverbrauch in die Höhe und verkürzt die Lebensdauer der Bauteile.

Ein Pufferspeicher kann die Zahl der Brennerstarts drastisch verringern. Der Brenner läuft dann so lange, bis der Pufferspeicher voll ist. Er springt erst wieder an, wenn die Wärme des Pufferspeichers im Haus verbraucht wurde. Auf diese Weise kann ein Pufferspeicher den Schadstoff-Ausstoß einer schlechten Heizungsanlage durchaus stärker als eine „kleine“ Solaranlage reduzieren und verlängert zudem noch die Funktionsfähigkeit vieler Bauteile.

Pufferspeicher in Solarkollektoranlagen

Wenn die Sonne scheint, heizt das den Pufferspeicher auf. Dieser soll die Energie möglichst lange speichern. Ein Pufferspeicher für Ein- und Mehrfamilienhäusern sollte daher mindestens 800 Liter umfassen. Für eine größere Kollektorfläche zur Heizungsunterstützung sind größere Speicher notwendig.

PELLCON
CO₂-neutrale Heiztechnik
der Umwelt zuliebe



Wärme-Contracting

Sie benötigen ein neues Heizsystem?

Wir übernehmen für Sie:

- die erforderlichen Investitionen für Anlagen ab 150 kW
- das gesamte Management der Anlage
- eventuelle Investition in Nahwärmenetze



BioWärmeContracting GmbH & Co. KG
Osterport 2 b Telefon +49 4845 7900-0
25872 Ostenfeld Telefax +49 4845 7900-79
Deutschland E-Mail info@fpj-gruppe.de

www.fpj-gruppe.de

Mit sehr großen Speichern kann man auch Wärme vom Sommer in den Winter transportieren: In der Schweiz beispielsweise steht ein neues Achtfamilienhaus. Der Pufferspeicher hat eine Kapazität von 204.000 Litern. So lassen sich nach obiger Rechnung 12.000 Kilowattstunden Wärme entsprechend 1.200 Litern Öl speichern. Das reicht für eine Heizsaison im Passivhaus völlig aus.

Scheitholzkessel brennen mit hoher Leistung, die den Wärmebedarf des Hauses weit übersteigt. Moderne Holz-Pellets-kessel können heute zwar ihre Leistungsabgabe in einem weiten Bereich verändern. Doch auch für sie gilt das Stop-and-go-Prinzip. Deshalb benötigen Scheitholzkessel einen Pufferspeicher, der die Wärme eines kompletten Abbrands aufnimmt – das ist gesetzlich vorgeschrieben.

Pufferspeicher in Wärmepumpenanlagen

Wärmepumpen entziehen der Umgebung, also dem Boden, der Luft oder dem

Tipps

1. Wählen Sie möglichst einen Speicher mit einer unteren Ablassmöglichkeit oder lassen Sie einen Schlammabscheider in Ihrer Anlage installieren. Das vermeidet Störungen im System und verringert die Wartungskosten.
2. Bestehen Sie auf einer ausführlichen technischen Dokumentation zu Ihrer Anlage und lassen Sie sich eine verständliche Einweisung in die sachgerechte Nutzung geben. Das erspart Ärger und verbessert die Energieeffizienz der Anlage.
3. Wählen Sie als Aufstellort des Pufferspeichers möglichst einen Raum im beheizten Teil Ihres Gebäudes. So sparen Sie eine Menge Primärenergie, Sie können etwaige Wärmeverluste direkt nutzen. Platz findet sich oft selbst in der „kleinsten Hütte“.

Wasser, die darin enthaltene Wärmeenergie und wandeln sie mit Hilfe eines Kreisprozesses in nutzbare Heizungswärme um. Den Strom, der dazu notwendig ist, gibt es oft als preisgünstigen Sondertarif.

**Weitere Informationen zur
Speicherdimensionierung
und Literaturhinweise finden
Sie unter 2102***

Im Gegenzug muss der Betreiber jedoch zweimal täglich eine Sperrzeit von je einer bis zwei Stunden zu Spitzenlastzeiten akzeptieren. Mit einem Pufferspeicher kann man diese Zeit einfach überbrücken und verlängert so die Lebensdauer des Kompressors.

Pufferspeicher für Blockheizkraftwerke

Blockheizkraftwerke (BHKW) sind Verbrennungsmotoren, die einen Generator zur Erzeugung von elektrischer Energie antreiben. Ihre Abwärme nutzt man als Heizung und zur Warmwasserbereitung. Das Verhältnis von Strom zur Wärme beträgt oft 30 zu 70 Prozent. Da die Bewohner Strom und Wärme meist zu unterschiedlichen Zeiten benötigen, kann ein Pufferspeicher die Wärme speichern. Das BHKW springt dann nur an, wenn Strom benötigt wird. Dadurch lässt sich die Laufzeit des BHKW oft auf die wirtschaftlich erforderlichen 6.000 Jahresstunden erhöhen.

Zusammenfassung

Selbst der Fachmann kann die Vielzahl der Pufferspeichervarianten am Markt nur noch schwer überschauen. Deshalb sollten sich interessierte Bauherren an einen Fachplaner oder Fachhandwerker mit möglichst guten Referenzen wenden. Die Anschaffung und fachgerechte Installation eines Pufferspeichersystems ist eine Investition, die den Energieverbrauch messbar und unmittelbar senkt. Lassen Sie sich diese Einsparungen durch Ihren Planer oder Handwerker vorrechnen und möglichst mit maximal zehn Prozent Abweichung garantieren.

*Steffen Sabin, steffen-sabin@web.de
Gerold Holsmöller, gerold@holsmoelle.de*



SPAR-STEUERUNG
für Waschmaschinen

30°C
09:45

**WASSER, ENERGIE
UND CHEMIE SPAREN...**

MS1002

**Die ideale Ergänzung
für Ihre Solaranlage**

hilft Energie und Chemie auf intelligente Weise zu sparen.
Bei der MS1002 führen Sie über die **SOLARANLAGE** ökologisch erwärmtes Wasser zu und minimieren so den Energieverbrauch jeder Waschmaschine.

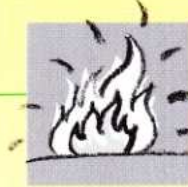
Martin ELEKTROTECHNIK
Dr.-Gartenhof-Str. 4 · D-97769 Bad Brückenau
sparsteuerung@ms1002.de · www.ms1002.de

Tel. 09741-2555
Fax 09741-5343



Ein 200.000 Liter-Speicher macht von den Ölscheichs unabhängig.

* Mehr dazu unter dieser Seitenzahl auf www.energieverbraucher.de



Flüssiggas

Tarife zünden Preisfeuer

Im November 2007 sind mit den Ölpreisen auch die Flüssiggaspreise stark gestiegen. So kostet bei freien Händlern ein Liter Flüssiggas im Süden Deutschlands 61 Cent, im Oktober 2007 lag der Preis noch bei 50 Cent. Experten rechnen für die Wintermonate mit weiter steigenden Preisen.

Gewinnsteigerung

Gierige Gasunternehmen

Der Bund der Energieverbraucher hat auf der Basis amtlicher Zahlen festgestellt, dass allein im Jahr 2007 die Gewinne der Gaswirtschaft bei den Haushaltskunden um über drei Milliarden Euro gestiegen sind. Der Verein fordert eine Gaspreissenkung zum Jahresanfang 2008 um 0,7 Cent je Kilowattstunde beziehungsweise zehn Prozent.

Die Gasimportpreise lagen 2007 um etwa 0,16 Cent pro Kilowattstunde unter den Importpreisen des Jahres 2006 (Quelle: BAFA). Demgegenüber sind die Gaspreise für Haushalte deutlich höher als im Vorjahr: Sie stiegen von 6,14 Cent pro Kilowattstunde im Jahr 2006 auf 6,57 Cent pro Kilowattstunde im Jahr 2007 (Quelle: Bericht Monopolkommission).

Dabei sind die Netzentgelte für Gas durch die Kürzung der Bundesnetzagentur um 0,15 Cent je Kilowattstunde gesunken (Quelle: Monopolkommission).

Eigentlich hätten die Gaspreise wegen des Produktivitätsfortschritts um 2,54 Pro-

zent (2. Referenzbericht Anreizregulierung, Bundesnetzagentur 26. Januar 2006, S. 31) bezogen auf die inländische Wertschöpfung von 2,74 Cent sinken müssen, das sind 0,07 Cent pro Kilowattstunde. Die Mehrwertsteuererhöhung begründet einen Preisanstieg von 0,15 Cent je Kilowattstunde. Die kostensenkenden Faktoren summieren sich auf $0,16 + 0,15 + 0,07 = 0,38$ Cent pro Kilowattstunde. Subtrahiert man die höhere Mehrwertsteuer, hätten die Preise 2007 um 0,23 Cent pro Kilowattstunde sinken müssen. Tatsächlich sind sie um 0,43 Cent je Kilowattstunde gestiegen.

Die Haushaltsgaspreise haben sich somit allein im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr um 0,66 Cent pro Kilowattstunde ohne jede Rechtfertigung erhöht. In der Summe über alle Haushaltskunden macht das 0,66 Cent pro Kilowattstunde \times 487 Milliarden Kilowattstunden = 3,2 Milliarden Euro.

Anbieterwechsel

Gasmarkt, öffne dich!

Ein Wechsel des Gasanbieters ist für die meisten Gaskunden in Deutschland noch nicht möglich. Das Angebot „E wie einfach“ ist weder preislich noch politisch eine Alternative. Das gilt selbst für Regionen, in denen der Wechsel zu diesem Anbieter tatsächlich funktioniert. Denn bei „E wie einfach“ handelt es sich um eine E.ON-Tochter. Durch einen Wechsel bleibt man in den Fängen des Energieriesen, der meist als Vorlieferant bereits prächtig verdient. Zudem bieten die örtlichen Gasunternehmen häufig Sondertarife

Abschlagszahlungen: Schamloser Schummel

Versorger greifen ihren Kunden derzeit völlig schamlos in die Tasche. Sie verlangen grotesk überhöhte Abschlagszahlungen, die teilweise um das Dreifache zu hoch sind. Begründung: Der kommende Winter könnte kalt werden. Dies ist nach geltender Rechtslage unzulässig. Denn der Abschlag muss sich nach dem Verbrauch des vorhergehenden Abrechnungszeitraums richten (§ 13 Abs (1) Gas GVV).

Der Bund der Energieverbraucher rät dringend allen Verbrauchern, ihre Abschlagszahlungen zu prüfen. Und so geht's: Ihre Jahresabrechnung führt die Abschlagszahlungen für das kommende Jahr auf. Zählen Sie diese Zahlen zusammen. Addieren Sie eine zusätzlich Zahlung für die Jahresendrechnung. Weicht diese Summe um mehr als 15 Prozent von der diesjährigen Rechnungssumme ab, dann sollten Sie beim Versorger eine Korrektur der Abschlagszahlung verlangen.

Beispielbrief

An die Stadtwerke X-Stadt

Betr: Kundennummer xzy, hier: Abschlagszahlung

Nach § 13 Abs(1) GasGVV muss sich der Abschlag am Verbrauch des vorhergehenden Abrechnungszeitraums orientieren. Die Summe der von Ihnen verlangten Abschlagszahlungen liegt aber weit höher, als die Abrechnung des laufenden Jahres ausmacht. Selbst bei Berücksichtigung eines Preisanstiegs und einer Sicherheitsmarge sind die von Ihnen angesetzten Abschlagszahlungen noch überhöht.

Ich bitte Sie, meine Abschlagszahlungen auf den Betrag von xxx Euro zu reduzieren.

Als Datum für Ihre Antwort habe ich mir den „heute+14 Tage“ notiert.

Servicetipp dazu auf Seite 6.

an, die „E wie einfach“ unterbieten. Wer den Anbieter oder den Tarif wechselt, verwirkt zudem sein Recht, höhere Gaspreise wegen fehlender Billigkeit zu verweigern (siehe dazu Seite 8).

Neue Gasanbieter haben es meist schwer, weil die Platzhirsche ihnen den Zugang verweigern, weil es zu viele Marktgebiete gibt, weil Flexibilitätsdienstleistungen fehlen und weil neuen Anbietern der Zugang zu den Gasspeichern

verwehrt wird. Die vollmundigen Lieferankündigungen von Yello und eprimo, beides ebenfalls Konzerntöchter der Großen, blieben kläglich auf der Strecke. Nur LichtBlick kämpft sich mühsam zum Kunden durch. Von einem funktionierenden Gasmarkt sind wir noch sehr weit entfernt.

Tipps zum Heizölkauf auf Seite 35.



Richter entlarven Duopol

Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat die Wettbewerbsverhältnisse auf dem deutschen Strommarkt analysiert. Sie entlarven E.on und RWE dabei als faktisches Duopol – und legen Beweise für einen Nichtangriffspakt der beiden Giganten vor.

Der E.on-Konzern hat Appetit auf mehr: Er wollte eine Beteiligung von 33 Prozent an den Stadtwerken Eschwege erwerben. Das Bundeskartellamt hat dies untersagt. Dagegen hatte E.on vor dem Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf geklagt. Die Richter bestätigten die Entscheidung des Bundeskartellamts (Beschluss vom 6. Juni 2007, Az. VI-2 Kart 7/04 (V)). Die Richter kommen zu dem Schluss, dass RWE gemeinsam mit dem E.on-Konzern ein marktbeherrschendes Duopol bildet. Gegen diese Entscheidung hat E.on Rechtsbeschwerde beim Bundesgerichtshof eingelegt.

Das Oberlandesgericht trifft in seiner Entscheidung klare Tatsachenfeststellungen zum deutschen Strommarkt. Die Energiedepesche zitiert die wichtigsten Passagen.

„Im Jahr 2000 hielten E.on 90 und RWE 35 Minderheitsbeteiligungen (insgesamt 125) an knapp 900 regionalen und lokalen Stromversorgern in Deutschland. Ende 2002 waren es 134 bei E.on und 59 bei RWE (insgesamt 194). Im Jahr 2004 nahmen solche Beteiligungen auf mehr als 200 weiter zu (E.on 134, RWE 70). Mehrheitsbeteiligungen in geringerer Zahl sind hinzuzurechnen. Unterdessen nehmen E.on und RWE bei annähernd 70 Prozent der Stromversorgungsunternehmen, an denen sie Minderheitsbeteiligungen halten, gleichzeitig die Position des Stromlieferanten ein.“

Strombörse ohne Wettbewerbsfunktion

Aus der Nicht-Speicherbarkeit von Strom folgt die Abhängigkeit der nachfolgenden Stufen von der Erzeugungsstufe. Die erzeugten (oder auch importierten) Strommengen entsprechen prinzipiell dem von Endkunden nachgefragten Stromvolumen. Dem bloßen Handel mit Strom kommt dabei – abgesehen von seiner Verteilungsfunktion und der Auf-



Heinz-Peter Dicks, Vorsitzender Richter des 2. Kartellsenats des Oberlandesgerichts Düsseldorf

gabe, strukturell differenzierte Nachfragen zu befriedigen – keine eigenständige wettbewerbliche Funktion für die Elektrizitätsmärkte zu.

Kein Wettbewerb zwischen E.on und RWE

E.on und RWE nutzen aber selbst dort, wo Wettbewerb an sich denkbar wäre, die ihnen gegebenen Wettbewerbsmöglichkeiten nicht gegeneinander aus. Dies belegen die aus der Marktdatenerhebung des Bundeskartellamts für das Jahr 2003 hervorgehenden, nachhaltig geringen Kundenzugewinnquoten, die entsprechend wenige Wechsel von Kunden indizieren. Zwischen E.on und RWE findet ersichtlich kein nennenswerter Wettbewerb um Abnehmer statt.

E.on und RWE konkurrieren außerhalb ihrer Versorgungsgebiete genauso wenig um Beteiligungen an Stadtwerken oder den Abschluss von Konzessionsverträgen. Die Aktivitäten beschränken sich auf die jeweils eigenen Versorgungsgebiete.

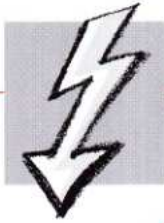
E.on und RWE verfügen auf den Märkten für den Erstabsatz von Strom sowie für die Belieferung industrieller und gewerblicher Großkunden in ihrer Gesamtheit über eine überragende Marktstellung, der sich die jeweilige Marktgegenseite auch außerhalb ihrer Versorgungsgebiete nicht entziehen kann. E.on und RWE überragen eine jede für sich, aber erst recht gemeinsam, Wettbewerber auf den relevanten Märkten deutlich.

Auch gegenüber unabhängigen Kraftwerksbetreibern sowie regionalen und lokalen Versorgern mit eigenen Stromerzeugungskapazitäten – soweit diese auf den relevanten Märkten überhaupt tätig sind – verfügen E.on und RWE über eine überragende Marktstellung.

Sonstige Stromversorgungs- und -handelsunternehmen verfügen über keinen eigenen Zugang zur Beschaffung von Elektrizität. Sie sind nicht Anbieter, sondern ausschließlich Nachfrager beim Erstbezug von Strom. Von daher sind sie – genauso wie stromerzeugende, regionale und lokale Versorger – für den größten Teil ihres Strombedarfs, der mit eigenen Erzeugungskapazitäten nicht zu decken ist – von einer Belieferung aus der Erzeugungsebene abhängig.

Auf Stromimporte kann nur theoretisch ausgewichen werden. Die vergleichsweise geringen Stromeinfuhren (weniger als zehn Prozent des Gesamtabsatzes) reichen nicht aus, die Nachfrage zu befriedigen. Eine Ausweitung von Einfuhren scheitert an der Leistungsfähigkeit der vorhandenen Grenzübergangsstellen, für deren Erweiterung keine Anzeichen vorliegen. Die sonstigen Stromversorgungs- und -handelsunternehmen sind den Konzernen E.on und RWE auch unter dem Gesichtspunkt der Finanzkraft mit hohem Rückstand unterlegen.“

Fortsetzung auf Seite 28



Monopolkommission schlägt sich auf Verbraucherseite

Die Monopolkommission hat am 6. November 2007 ein Sondergutachten zum Strom- und Gasmarkt veröffentlicht. Sie stellt darin fest, dass auf den Märkten der leitungsgebundenen Energieversorgung kein funktionsfähiger Wettbewerb stattfindet. Die Netzentgelte sind insgesamt überhöht. Das gilt auch für die Erzeugerpreise. Schuld sind verfestigt-vermachtete Marktstrukturen. Der Verbraucher hat das Nachsehen.

Laut dem Gutachten ist nicht das Verhalten der Stromkonzerne, sondern vielmehr ihre Beherrschung nahezu der gesamten Stromerzeugung problematisch:

„Die Monopolkommission vertritt die Auffassung, dass die Hauptursache der Marktmachtausübung nicht in den spezifischen Verhaltensweisen der Verbundunternehmen begründet ist, sondern in der verfestigt-vermachteten Marktstruktur auf der Erzeugerebene.“

„Abhilfe kann die eigentumsrechtliche Entflechtung schaffen, so die Kommission: Eine vollständige Beseitigung dieser Anreize (zur Bevorzugung von Vertriebs-schwestern) ließe sich nur durch eine eigentumsrechtliche Entflechtung erreichen.“

„Trotz geringerer Netzentgelte sind die Stromtarife für Haushaltskunden gestiegen: Innerhalb dieser Kategorie (der Haushaltskunden) sind die Netzkosten von 7,3 Cent pro Kilowattstunde auf 6,34 Cent pro Kilowattstunde gesunken. Insgesamt ist der durchschnittliche mengen-gewichtete Stromeinzelhandelspreis jedoch von 18,89 Cent pro Kilowattstunde auf 20,12 Cent pro Kilowattstunde (allgemeiner Tarif) beziehungsweise 19,94 Cent pro Kilowattstunde gestiegen.“

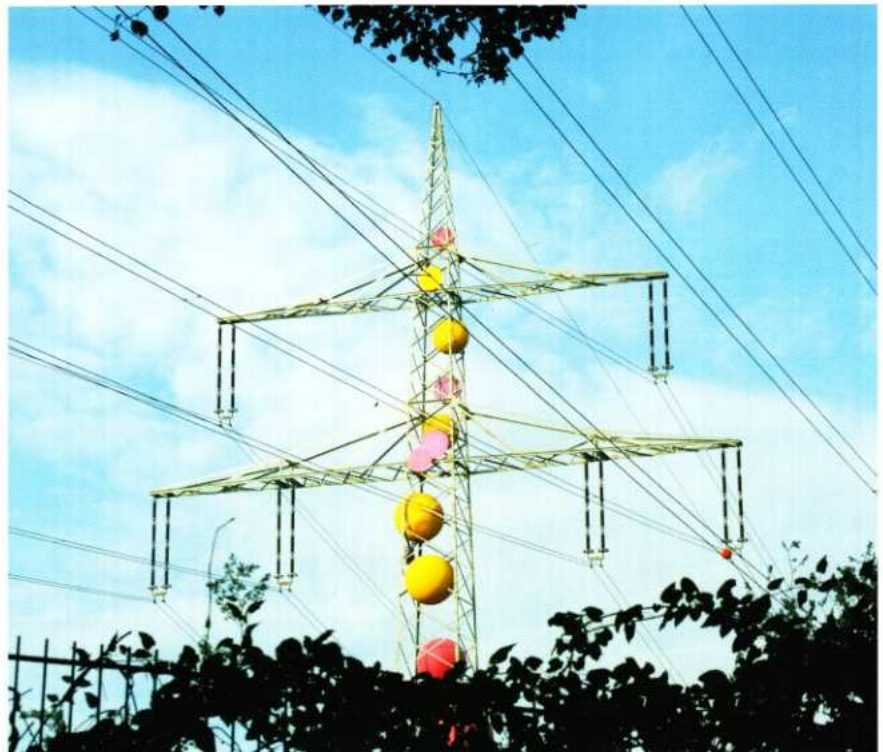
„Bestimmungen zur Kontrolle der Stromnetzentgelte stammen ausgerechnet von den Stromversorgern: Abgesehen von den Gefahren ökonomischer Ineffizienzen, die eine Kostenregulierung mit sich bringt, sieht die Monopolkommission besonders kritisch, dass die Kalkulationsprinzipien der Entgeltbestimmung in der Stromnetzentgeltverordnung im Wesentlichen auf den Kalkulationsprinzipien der Verbändevereinbarung zur Elektrizität be-

ruhen. Da bei der Verbändevereinbarung keine Vertreter der Haushaltskunden anwesend waren, liegt die Vermutung nahe, dass neben den Interessen industrieller Verbraucher insbesondere die Interessen der Elektrizitätsversorger vertreten wurden“, heißt es in dem Gutachten.

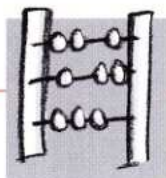
Der bisherige Mechanismus, die Entgelte von einer unabhängigen Stelle genehmigen zu lassen, reicht nicht aus, bemängeln die Experten: „Ökonomischen Ineffizienzen und der Gefahr der Ausbeutung kann mit der bisher praktizierten Entgeltgenehmigung nicht in hinreichendem Maße begegnet werden.“

Das Gutachten kommt zu dem Schluss, dass die Netzentgelte insgesamt überhöht sind. Auch die Anreizregulierung, die künftig die Erlöse der Netzbetreiber kräftig zurechtstutzen soll, kann das Problem nur bedingt lösen, so die Experten: „Der große Teil der Endverbraucherpreise für Elektrizität und Gas wird auf den den Netzen vor- und nachgelagerten Märkten bestimmt. So sind die Erzeugungskapazitäten von Elektrizität immer noch in der

Fortsetzung auf Seite 28



Der Strombörse kommt keine eigenständige wettbewerbliche Funktion zu.



Die Illusion vom Wettbewerb

Zeigen Sie Ihrem Stromanbieter die rote Karte und wechseln Sie zu einem günstigeren Konkurrenten! In der Praxis ist das leider nicht so einfach getan wie gesagt. Die Energiedepesche fasst zusammen, was Wechselwillige wissen müssen, und gibt Tipps für einen reibungslosen Übergang.

Offiziell ist der Strommarkt offen, und es herrscht Wettbewerb. Doch die Realität sieht anders aus: Auch ein neuer Anbieter muss seinen Strom überteuert bei einem der vier Energieriesen beziehen – direkt oder indirekt über die Strombörse. Denn die großen Vier verfügen über fast 90 Prozent aller Kraftwerke. Außerdem muss auch ein fair kalkulierender Anbieter überteuerte Preise für die Nutzung des Stromnetzes zahlen. Lohnt sich ein Wechsel zu einem anderen Stromversorger überhaupt?

Zwischen Stromeinkauf und -verkauf liegt nur eine geringe Verkaufsmarge von rund 0,8 Cent pro Kilowattstunde. Nur diese geringe Marge unterliegt dem Wettbewerb.

Addiert man Steuer, Strombeschaffungskosten und Netzentgelt, dann ergibt sich ein kostendeckender Strompreis ohne



Fast 90 Prozent aller Kraftwerke gehören den vier Energieriesen. Neue Anbieter haben das Nachsehen.

Gewinn und Vertriebskosten von etwa 17,8 Cent je Kilowattstunde.

Die Besitzer der Kraftwerke verdienen zusätzlich an der Differenz zwischen

Stromerzeugungskosten und Börsenpreis (ein bis vier Cent pro Kilowattstunde). Die Eigentümer der Stromnetze kassieren die Differenz zwischen den tatsächlichen Netzkosten und den genehmigten Netzentgelten (ein bis zwei Cent). Auf dem Strommarkt tummeln sich deshalb im Wesentlichen Kraftwerksbetreiber, Netzbetreiber, zwielichtige Firmen und Verkäufer von Illusionen.

Vorsicht, billig!

Die günstigsten Stromhändler preisen Elektrizität zu Dumpingpreisen zwischen 16 und 18 Cent je Kilowattstunde an. Das ist deutlich weniger, als die Kosten der Stromlieferung für einen reinen Händler betragen. Verbraucher sollte das stutzig machen – zumal solche Anbieter häufig Vorauszahlungen, Kauttionen oder erhöhte Abschlagszahlungen verlangen. Es besteht der Verdacht, dass die Vorauszahlungen der Neukunden unter anderem dazu dienen, die Stromlieferung an Altkunden zu finanzieren. Dieses System kann nur funktionieren, so lange die Kundenzahlen lawinenartig ansteigen. Das ist zwar seit einigen Monaten der Fall, da die Dumpingtarife stetig neue Kunden anlocken.

Strompreise: Kartellamt knickt ein

Das Bundeskartellamt hat das Verfahren gegen RWE wegen überhöhter Strompreise mit einem Vergleich eingestellt. RWE wird in den kommenden vier Jahren 46 Millionen Megawattstunden Strom an Industriekunden versteigern. Die Modalitäten dazu legt der Vergleich genau fest. Die industriellen Stromverbraucher zeigten sich enttäuscht von der Verfahrenseinstellung. Der neue Präsident des Kartellamts, Bernhard Heitzer, wollte mit der Einstellung einem langwierigen Rechtsstreit aus dem Weg gehen.

Der Bund der Energieverbraucher bezeichnete das Einknicken des Bundeskartellamtes vor der Versorgungswirtschaft als blamabel: „Die Versorgungswirtschaft lacht sich krank über ein solches Kartellamt, das gut begründete Vorwürfe schlussendlich nicht durchsetzt. Eine Mitschuld trägt auch die Bundesregierung, die dem Kartellamt die notwendige personelle Ausstattung verweigert. Das Kartellamt hat eine wichtige Schutzfunktion auch für private Verbraucher, die offenbar derzeit nicht wahrgenommen wird“, kritisiert der Verband.

Dr. Carsten Becker, Direktor des Bundeskartellamts, fand deutliche Worte für die Kräfteverhältnisse: „Wir werden mit Messern in eine Panzerschlacht geschickt“.

Die rund zehn Millionen Megawattstunden, die nun versteigert werden, machen noch nicht einmal drei Prozent des gesamten Stromverbrauchs aus. Eventuelle Preisnachlässe kommen privaten Verbrauchern in keiner Weise zugute. Das Kartellamt rechtfertigt sein Vorgehen damit, dass es bis Mitte 2007 eine Strompreisaufsicht für Haushaltskunden gegeben habe. **887***

* Mehr dazu unter dieser Seitenzahl auf www.energieverbraucher.de

Mal schnell im Internet vergleichen, welcher Anbieter von Strom oder Gas der günstigste ist? Das ist leichter gesagt als getan, denn online tummeln sich eine Fülle von vermeintlichen Tarifrechnern und besonders günstigen Angeboten. Diese von den Energieversorgern verursachte Verwirrung hat Methode und ärgert Verbraucher. Einen Tarifrechner zu erstellen und zu betreiben, kostet einen immensen Aufwand. Dazu gehört ein mindestens fünf- bis zehnköpfiges Team, das vollständige Daten zusammenstellt und überprüft. Denn allein auf Deutschlands Strommarkt tummeln sich über 900 Anbieter mit 8.300 Tarifen. Diese ändern sich ständig und sind oft regional beschränkt.

So viel Aufwand kostet Geld. Deshalb gibt es nur sehr wenige unabhängige Tarifdatenrechner, die in unterschiedliche Portale eingebunden sind:

- **Verivox**
(Portale: verivox.de, billiger-strom.de, netzweb.de, stromauskunft.de, stromkosten-senken.de)
- **Strommagazin.de**
(Portal: Strommagazin.de – mangelnde Vollständigkeit, weniger aktuell)
- **enet** (Portale: toptarif.de, findhouse.de)
- **getag** (Portale: tarifvergleich.de, energieverbraucherportal.de)

Mit Ausnahme von energieverbraucherportal.de finanzieren sich diese Tarifrechner durch Provisionen, die Stromanbietern zahlen, wenn Neukunden ihren Vertrag online über einen solchen Rechner abschließen. Korrekterweise führen die Rechner auch die Anbieter und Tarife von Firmen auf, die ihnen keine Provision zahlen.

In der Aktualität hat der unabhängige Tarifdatenrechner des Portals „Strommagazin.de“ derzeit noch Nachholbedarf.

Zu erwähnen ist noch der Tarifrechner „Stromtarife.de“ des Energieportals IWR, der aber noch zu wünschen übrig lässt, weil er bei der regionalen Tarifuordnung versagt.

Zusätzliche Verwirrung stiftet die Unsitte, dass manche Anbieter bestimmte Tarife speziell nur über einen Tarifrechner anbieten. Gelegentlich werben sie auch mit einem Bonus für das erste Vertragsjahr, der den Tarif im Vergleich günstig erscheinen lässt. Im zweiten Bezugsjahr kommt dann jedoch die böse Überraschung. Einige Versorger mühen die Tarifrechner zudem mit einer Tariffut zu, um möglichst oft auf der Liste zu erscheinen. Bei Verivox, tarifvergleich.de und Strommagazin.de kann man deshalb die Zahl der Tarife je Anbieter auf drei Tarife beschränken.

Strommagazin.de ermöglicht dem Nutzer, seine Suche auf Anbieter mit einer positiven Bewertung zu beschränken. Für diese Bewertung spielen Preis, Service, Seriosität, Umweltausrichtung und der Gesamteindruck eine Rolle. Bei energieverbraucherportal.de gibt es Bewertungen von Preis, Umweltaspekten, von regionaler Wertschöpfung und weiteren Qualitäten.

Örtliche Netzbetreiber bieten oft Sondertarife an, um Kunden nicht zu verlieren. Diese Tarife werden nicht veröffentlicht und tauchen auch in keinem Tarifrechner auf. Deshalb lohnt sich das Nachfragen beim örtlichen Netzbetreiber.

Bedauerlicherweise betreiben weder Verbraucherzentralen oder ihre Verbraucherverbände noch die Stiftung Warentest einen eigenen Tarifrechner. Sie können sich diesen Aufwand nicht leisten. Wünschenswert wäre ein garantiert unabhängiger Tarifrechner, so wie es dies in Ländern mit funktionierendem Wettbewerb schon länger gibt (energywatch in Großbritannien oder e-control in Österreich). In Großbritannien hat die staatliche Energywatch neun Regeln für Tarifrechner zusammengestellt (Confidence Code Guidance). Wenn ein Tarifrechner diese Regeln nachprüfbar einhält, bekommt er ein Prüfsiegel von Energywatch.

Man sollte bei der Auswahl eines neuen Anbieters nicht nur nach dem Preis sehen, sondern auch die Qualität der Verträge, den Service, die Umweltaspekte und die Konzernverflechtung berücksichtigen.

Doch zu Beginn der Strommarktliberalisierung im Jahr 2000 sind zahlreiche Billigstanbieter nach kurzer Zeit wieder vom Markt verschwunden. Tausende Kunden, die teilweise beträchtliche Summen vorausbezahlt hatten, mussten einen neuen Anbieter wählen und dort ihren Strom ein zweites Mal bezahlen.

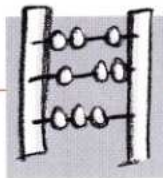
Fazit: Wer Preise anbietet, die unter den tatsächlichen Kosten liegen, will möglicherweise mit der Vorauszahlung hohe Profite erzielen. Langfristig ist absehbar, dass ein solches Unternehmen seine Lieferverpflichtungen nicht dauerhaft erfüllen kann. Kunden sollten Dumpinganbieter daher skeptisch sehen und auf keinen Fall Vorauszahlungen, Kauttionen oder Sonderabschlagszahlungen bezahlen oder Strom im Paket kaufen.

Wer dennoch einen Vertrag bei einem solchen Unternehmen unterschreiben will, sollte zuvor den Ruf dieses Anbieters prüfen. Dazu reicht schon eine kurze Google-Suche, etwa mit den Begriffen „stromversorger – bewertung – flexstrom“. Die Suchmaschine listet dann eine ganze Reihe von Erfahrungsberichten auf, anhand derer sich jeder potenzielle Neukunde selbst ein Bild machen kann.

Mangelnde Transparenz

Wer den Stromanbieter wechselt, hat Anspruch darauf, den Preis des neuen Anbieters zu kennen. Genau diesen Preis liefern einige Anbieter jedoch nicht. Stattdessen verliert sich der Verbraucher in einem Gestrüpp aus Boni, Vorauskasse, Freimengen, Paketpreisen und Sonderabschlagszahlungen. Gemeinsam ist diesen Tarifen: Sie sind weder vergleichbar noch transparent. Nicht einmal Experten blicken im Tarifiedschungel noch durch. Damit sind diese Tarife nach geltendem Europarecht und auch nach deutschem Recht unzulässig (§ 41, Abs. 2, Satz 3 EnWG), das transparente, verständliche und einfach vergleichbare Tarife vorschreibt.

Der Bund der Energieverbraucher hat die Bundesnetzagentur gebeten, diese gesetzlichen Vorgaben umzusetzen. Der Präsident der Bundesnetzagentur, Mathias Kurth, teilte dem Bund der Energieverbraucher dazu mit, dass das Bundeswirtschaftsministerium eine entsprechende Verordnung, die seiner Behörde das Einschreiten ermöglicht, noch nicht erlassen hat.



Die Verbraucherrechte aus der Elektrizitätsrichtlinie Anhang A gelten deshalb in Deutschland nicht für Haushaltskunden außerhalb der Grundversorgung.

„Auch mir bereiten manche Angebote für den Endkunden Sorge und ich kann jedem Verbraucher nur empfehlen, sich die Risiken bestimmter Angebote und die

Vergleichbarkeit der Konditionen genau vor Augen zu führen“, schreibt Mathias Kurth dem Bund der Energieverbraucher.

Verpuffter Denkkzettel

Viele Verbraucher wechseln den Anbieter, weil sie den Stromriesen einen Denkkzettel verpassen wollen. Drei der Strom-

giganten haben selbst ein Tochterunternehmen gegründet, um auch von Wechselkunden zu profitieren:

E wie einfach gehört zu E.on, Yello zu EnBW, Eprimo zu RWE.

Wer also zu diesen Töchtern wechselt, der bekommt den Strom möglicherweise etwas günstiger. Er bleibt dennoch dem Konzern treu, dem er eigentlich einen Denkkzettel verpassen wollte.

Fortsetzung von Seite 24

Das Oberlandesgericht kritisiert zudem die Knebelverträge mit den Stadtwerken:

Zum geplanten Konsortialvertrag zwischen E.on und den Stadtwerken Eschwege schreiben die Düsseldorfer Richter:

„Eine wichtige Angelegenheit, die auf Antrag von E.on. zum Gegenstand einer Meinungsabstimmung mit der Stadt Eschwege gemacht werden darf, ist zweifelsfrei auch der Neuabschluss von Strombezugsverträgen. Der Umstand, dass die Parteien sich auf Wunsch über den Abschluss eines Strombezugsvertrages verständigen wollen, bringt allein schon einen nicht unerheblichen Vorteil für E.on mit sich. Denn während ohne den Zusammenschluss die Stadtwerke Eschwege – und in Zweifelsfällen die Alleingesellschafterin Stadt Eschwege – die dahingehende Entscheidung, insbesondere die Wahl des Vertragspartners, allein trafen, hat sich darüber als Folge des Zusammenschlusses die Stadt Eschwege mit dem Minderheitsgesellschafter E.on auf Verlangen vorher ins Benehmen zu setzen.

Liegen ihr bekannt werdende Konkurrenzangebote vor, kann E.on mit Erfolg auf die Vorzüge des eigenen Angebots hinweisen. Gegenüber Preisvorstößen anderer Anbietern kann E.on ihr Angebot nachbessern. Dafür hat die E.on AG schon deswegen einen Verhaltensspielraum, weil sie damit rechnen kann, dass ein Teil eines gewährten Preisnachlasses als Unternehmensgewinn der Stadtwerke Eschwege an sie zurückfließen wird.

Die E.on danach zu Gebote stehenden Einflussmöglichkeiten sind geeignet, Wettbewerber davon abzuhalten, sich um eine Belieferung der Stadtwerke Eschwege zu bemühen.“

Der Volltext der Entscheidung findet sich in der Rechtsprechungsdatenbank des Landes NRW. ■

Fortsetzung von Seite 25

Hand von wenigen großen Energieunternehmen, so dass die Großhandels- und Regelenenergiemärkte anfällig für strategisches Verhalten der Anbieter sind.“

Doch neben den überhöhten Netzkosten beeinflussen vor allem zu hohe Bezugskosten die teuren Stromtarife.

„Aus dem Vorhandensein von unterschiedlichen Angeboten auf dem Endkundenmarkt (kann) nicht abgeleitet werden, dass die zur Wahl stehenden Strompreise nicht generell überhöht wären. Selbst bei einer hinreichenden Wettbewerbsintensität auf den Endkundenmärkten würde ein überhöhter Strombezugspreis, der sich am Markt für den erstmaligen Stromabsatz bildet, an die Endverbraucher weitergegeben. Ähnliches gilt für überhöhte Regelenenergiepreise, von denen ein großer Teil über die Netzentgelte auf die Endkunden überwälzt werden kann“, heißt es in dem Gutachten.

„Auch der Wechsel des Stromanbieters garantiert noch keinen Wettbewerb, der die Preise auf ein faires Minimum purzeln lässt: Der Einfluss auf eine Belebung des Wettbewerbs im gesamten Energiesektor, der von einer Erhöhung der Wechselbereitschaft der Haushaltskunden ausgeht, ist jedoch eingeschränkt. So hat die Vertriebsmarge der Grundversorger mit etwa vier Prozent einen vergleichsweise geringen Anteil an den Einzelhandelspreisen von Haushaltskunden der „Kundenkategorie DC“, bemängelt die Monopolkommission.

Der Bund der Energieverbraucher begrüßt das Gutachten und erwartet, dass es die verantwortlichen Politiker in Berlin wachrüttelt und Verbraucher weiter dazu ermutigt, ihren Energieversorgern die rote Karte zu zeigen, beziehungsweise sich gegen die überhöhten Preise zur Wehr zu setzen. ■

Aus Liebe zum Gewinn

Sieht man von Billigstanbietern und Konzerntöchtern ab, dann hat man noch die Wahl zwischen reinen Stromhändlern ohne eigenes Stromnetz und den Stadtwerken. Letztere sind zwar regional verwurzelt. Dennoch liegt ihnen vielfach ihr Gewinn mehr am Herzen als das Wohl ihrer Kunden.

Grüner Etikettenschwindel

Strom verbrauchen mit einem guten Gewissen: In der Werbung spielt Ökostrom mittlerweile eine große Rolle. In der Praxis bedeutet ein teurer Wechsel zum Grünstromanbieter noch lange nicht, dass mehr Strom aus erneuerbaren Energien durchs Netz fließt (siehe auch Seite 36).

Strompakete: Wer spart, verliert

So mancher Anbieter lockt seine Kunden mit vermeintlich günstigen Strompaketen. Vorsicht ist geboten: Denn wer weniger Strom verbraucht als im Paket gekauft, hat das Nachsehen, da der Rest verfällt und die verbrauchte Menge umso teurer zu stehen kommt. Wer hingegen mehr Strom verbraucht, muss nachkaufen und zahlt ebenfalls höhere Preise.

Stolpersteine im Vertrag

Bei den Vertragsbedingungen sollte man auf folgende Punkte achten:

- Wie lange ist man an den neuen Lieferanten gebunden?
- Welche Kündigungsfristen stehen im Vertrag?
- Um welchen Zeitraum verlängert sich der Vertrag nach Ablauf der Erstvertragslaufzeit automatisch?
- Gewährt der Anbieter eine Preisgarantie? ■



Kriegserklärung an die Zivilgesellschaft

Die offensichtlich unbegründete Anhebung der Strom- und Gaspreise um nahezu zehn Prozent ist eine Kriegserklärung an die Verbraucher und an die Politik.

Die klare Botschaft lautet: Unsere Gewinne sind uns wichtiger als alles andere auf der Welt.

Eine Analyse von Aribert Peters.

Steigende Steuern und Abgaben rechtfertigen die ungeheuren Preisanstiege von Strom und Gas, behaupten die Versorger. Das ist eine Lüge. Aber es ist ja nicht verboten, die Unwahrheit zu behaupten, es macht nur einen schlechten Eindruck. Es ist erschreckend, wie sich die größten Firmen unseres Landes offensichtlich vom geltenden Wertesystem verabschieden.

Unterschiedliche Sichtweisen

Versorger und Verbraucher leben offensichtlich auf verschiedenen Sternen. Auf der Versorgerseite scheint die Sonne, und zwar dauerhaft: Die Unternehmen schiefeln Gewinne wie nie zuvor. Zwischen 2002 und 2006 haben sich die Gewinne der großen vier nahezu verdoppelt, auf 17 Milliarden Euro. Ähnliches gilt für etliche kleine Versorger. Strom zu erzeugen, kostet im Schnitt vier Cent je Kilowattstunde. An der Börse bringt die Elektrizität jedoch sechs Cent pro Kilowattstunde. Für die Stromdurchleitung zahlen Kunden knapp sechs Cent je Kilowattstunde. Ausreichend wäre der Durchschnitt der EU-Länder, also vier Cent. Jeden Monat zahlen deutsche Verbraucher insgesamt fast eine Milliarde Euro zu viel für Strom und Gas. Die Unionsfraktion im Wirtschaftsausschuss des Bundestages rechnet mit Monopolaufschlägen von bis zu 9,5 Milliarden Euro.

Weniger blendend sieht es auf der Verbraucherseite aus: Die Nettoverdienste der Arbeitnehmer liegen inflationsbereinigt im Jahr 2006 auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren. Über drei Millionen Haushalte in der Bundesrepublik sind überschuldet. Jährlich stellen die Versorger etwa 800.000 Haushalten Strom oder Gas ab, weil sie die Rechnung nicht mehr bezahlen können.



Das Lügengebäude der Energiekonzerne

Gewinne in jeder Höhe legitim?

Normalerweise ist gegen Gewinne, auch gegen hohe Gewinne, nichts einzuwenden. Sie sind die gerechte Belohnung für besondere Leistungen. Nur wer besser ist als der Konkurrent, kann hohe Gewinne erwirtschaften. Die Anstrengungen des Konkurrenten begrenzen das Gewinnwachstum in der Regel. So etwas nennt man Wettbewerb.

In der Energieversorgung gibt es aber gravierende Hindernisse für einen wirkamen Wettbewerb. Dr. Carsten Becker, Direktor des Bundeskartellamtes, zählt die Hemmnisse auf:

- Vier große Unternehmen erzeugen 86 Prozent des Stroms.
- Es gibt so gut wie keinen Stromimport aus anderen Ländern.
- Erzeugung, Verteilung und Vertrieb von Strom liegen oft in einer Hand.

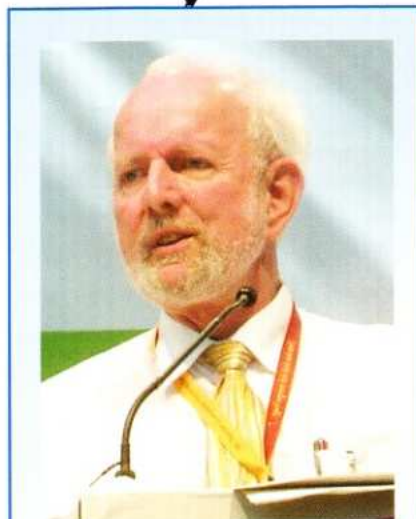


- Hohe Verflechtung über alle Vertriebsstufen.
- Die vier Großen sind an der Hälfte der Stadtwerke und Regionalversorger beteiligt.

Diese Verflechtungen garantieren einen nahezu wettbewerbsfreien Markt. Das hat auch die Monopolkommission festgestellt (vgl. Seite 25). Die Energieversorger setzen jeweils im solidarischen Gleichschritt dieselben Preiserhöhungen durch (spontan solidarisches Parallelverhalten). In einem freien Wettbewerb würde das nie und nimmer funktionieren. Das ist nicht nur unmoralisch und asozial, sondern auch vom Kartellrecht verboten.

Versorger verlieren Vertrauen

Die Bürger in diesem Land haben verstanden, dass es den Energiefirmen allein um ihren Gewinn geht. Sie entziehen ihnen deshalb das Vertrauen. Die „moralische Lizenz zur Versorgung“ erlischt damit Stück für Stück.



„Eine Krankheit unserer Zeit ist die weit verbreitete Schwäche des Staates. Damit fehlt oft ein starker, vom Privatkapital nicht erpressbarer Anwalt der öffentlichen Anliegen. Die Zivilgesellschaft sollte diese Lücke erkennen. Sie hat auch internationale Muskeln und kann wesentlich helfen, internationale Anstandsregeln durchzusetzen.“

Ernst Ulrich von Weizsäcker

Das zeigt eine internationale Studie. Sie kommt zu dem Schluss, dass am wenigsten Vertrauen der Energiesektor in Deutschland genießt. In keinem anderen europäischen Land misstrauen die Menschen den Energieversorgern so stark. Briten und Niederländer vertrauen hingegen ihren Energieversorgern weitaus mehr. In Großbritannien belegt der Energiesektor sogar Rang 1. Der Kundenmonitor ist die umfassendste Langzeitstudie zur Kundenorientierung und -zufriedenheit privater Verbraucher in Deutschland. Die deutschen Stromversorger erhielten den schlechtesten Wert aller untersuchten 21 Dienstleistungsbranchen, noch schlechter als die Finanzämter.

Auch interne Studien der Stromwirtschaft bestätigen den Rückgang der Kundenzufriedenheit.

Institutionalisierte Unmoral

Warum kümmern sich die Energieversorger nur noch um ihr eigenes Wohl und nicht mehr um das ihrer Kunden oder um das der Gemeinschaft? Vermutlich

würde niemand aus den Führungsetagen von E.on, RWE & Co einer armen alten Frau einen Hundert-Euro-Schein aus der Tasche stehlen, selbst wenn es niemand merken würde. Warum tut sein Unternehmen aber genau das bei Millionen Kunden? Diese Firmen verletzen das Wertesystem unserer Gesellschaft – einer Gesellschaft, die sie aufgrund ihres faktischen Monopols dominieren. Das darf die Politik nicht länger hinnehmen!

Das Versagen der Politik

Es gibt zwei Mechanismen, die Energiepreise zu kontrollieren: Entweder durch freien Wettbewerb oder durch den Staat.

Die Politik hat die Aufsicht über die Energiepreise abgeschafft. Von wirksamen Wettbewerb fehlt jedoch immer noch jede Spur. Die Versorger nutzen diesen Umstand geradezu schamlos aus.

Wer angesichts der Allmacht der vier Energieriesen von einem freien Markt phantasiert, der verleugnet die Realität. Der Kanzler der Bosse, heutzutage am Finantropf von Gazprom, hat seinerzeit die Weichen gestellt. Mit dem Energiewirtschaftsgesetz von 2005 hat sich die Politik selbst entmachtet. Sie besiegelte die Eonisierung Deutschlands, schreibt der renommierte Energierechtsexperte Peter Becker. Die Stromwirtschaft hat alle Ebenen der Politik diskret, aber finanzkräftig unterwandert.

Auswege aus der Krise

Niemand hat derzeit ein Patentrezept. Folgende Dinge sind aber unter allen Experten unumstritten:

- Die Energienetze bleiben ein dem Wettbewerb verschlossener Monopolbereich und müssen deshalb verstaatlicht werden – ebenso wie das Straßen- und Schienennetz.
- Strenge Regeln müssen faire Wettbewerbsbedingungen garantieren.
- Die vier Energieriesen müssen entflochten werden, also in mehrere unabhängige private Firmen zerlegt werden.

Der korrupte Filz quer durch alle Institutionen – vom Kanzler bis zum Gemeinderat, von der CDU bis in die Gewerkschaften – erstickt jedoch leider jede Anstrengung in diese Richtung schon im Keim. ■

Das neue Solarbuch



24,80 € (zzgl. Versand)

3. Auflage aktualisiert und ergänzt

Fakten, Argumente und Strategien für den Klimaschutz

Das Erfolgsbuch – erweitert und komplett aktualisiert.

Fakten, Argumente, Strategien – verständlich erklärt.

Das Nachschlagewerk für alle erneuerbaren Energien.

Jetzt bestellen!



Energieagentur Regio Freiburg

www.solarbuch.de

Tel. 0761-79 177-0



Das Lügengebäude der Energiekonzerne

Illusion 1: Schuld an hohen Preisen sind gestiegene Kosten

Eine Steigerung der Strompreise um rund zehn Prozent setzt voraus, dass die Kosten für die Strombeschaffung um 30 Prozent gestiegen sind, denn Steuern und Netzentgelte blieben gleich. Die Preise an der Strombörse sind in diesem Jahr jedoch höchstens um zehn Prozent geklettert. Die höheren Stromerlöse an der Börse bereichern zusätzlich die Kraftwerksbesitzer, also vor allem E.ON und RWE, da die Kosten der Stromerzeugung kaum gestiegen sind. Die Kosten für die Netznutzung sind durch die Regulierung sogar gesunken. Für Gas sind die Bezugskosten aus dem Ausland deutlich stärker gesunken als die Endkundenpreise (vgl. Seite 23).

Illusion 2: Im Wettbewerb brauchen Preise keine Rechtfertigung

Weder auf dem Strom- noch auf dem Gasmarkt herrscht tatsächlich Wettbewerb. Auf diese Floskel können sich am allerwenigsten diejenigen berufen, die bei der Stromerzeugung, der Stromverteilung oder beim Gasimport eine marktbeherrschende Stellung haben.

Illusion 3: Die Gewinne der Energiekonzerne sind nicht besonders hoch

Die Umsatzrendite (Gewinn nach Steuern, bezogen auf Umsatz) liegt in der deutschen Industrie zwischen 1,5 und drei Prozent. Die deutschen TOP-Konzerne wiesen (im Durchschnitt) für 2005/2006 eine Umsatzrendite von etwa fünf Prozent aus. E.ON verbuchte im Vorjahr eine Umsatzrendite von 8,1 Prozent und lag damit nach SAP auf Platz zwei, gefolgt von BASF (Ölgeschäft) und RWE mit sechs Prozent. Für ein Unternehmen mit marktbeherrschender Stellung ist dieser Gewinn weitaus überhöht und ein Beweis für den Missbrauch dieser Position.

Illusion 4: Deutsche Energiepreise liegen im europäischen Mittelfeld

Tatsächlich sind Strom und Gas in Deutschland mit und ohne Steuer beträchtlich teurer als in vergleichbaren Nachbarländern. Die Haushaltsgaspreise liegen hierzulande steuerbereinigt im europäischen Vergleich am zweithöchsten (Oktober 2007, ohne Steuer 4,78 Cent, Schweden 4,96 Cent, Frankreich 4,16 Cent, Großbritannien 3,59 Cent, Niederlande 4,23 Cent), mit Steuern am dritthöchsten (6,34 Cent). Beim Strompreis liegt Deutschland steuerbereinigt im Europa-Vergleich auf Platz zwei (Deutschland 16 Cent, Italien 16,73 Cent, Großbritannien 13,54 Cent, Frankreich 9,31 Cent, Österreich 10,94 Cent), mit Steuern ebenfalls nach Italien an zweiter Position (Deutschland 21,48 Cent, Italien 23,87 Cent, Großbritannien 14,21 Cent, Frankreich 12,18 Cent, Österreich 15,77 Cent) **2017*** und **2018***

Illusion 5: Der Staat ist der Preistreiber

Die Strom- oder Ökosteuern sind seit 2002 nicht mehr erhöht worden. Die Abgaben für erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung sind in diesem Zeitraum um 0,3 Cent geklettert, die Mehrwertsteuer um drei Prozent. Jedoch sind die Strompreise in diesem Zeitraum um fünf Cent je Kilowattstunde und die Gaspreise um zwei Cent je Kilowattstunde gestiegen. Steuergelder finanzieren unter anderem Schulen und Straßen, doch überhöhte Gewinne machen reiche Aktionäre nur noch reicher.

Illusion 6: Hohe Energiepreise liegen im Trend

Die Ölpreise steigen zwar weltweit. Die Gaspreise dürften aber nur um den jeweiligen Anstieg der Gasimportpreise steigen. Und Strom stammt teilweise auch aus heimischen Energieträgern, etwa Braunkohle, oder Energien, die

sich nicht verteuern können, etwa Wind und Sonne. Durchschnittlich machen die Brennstoffkosten am Strompreis nur einen Anteil von 0,8 Prozent aus.

Illusion 7: Man kann den überhöhten Preisen durch Anbieterwechsel entgehen

Viele Verbraucher wollen ihrem Energieversorger die rote Karte zeigen und bei der Konkurrenz von günstigeren Preisen profitieren. In der Praxis klappt das jedoch kaum: Auch nach einem Wechsel kassieren die Marktbeherrscher für überhöhte Erzeugungs- und Netzkosten (siehe Seite 26).

Illusion 8: Die Kartellämter verhindern überhöhte Preise

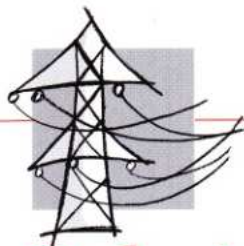
Das Kartellrecht ist kein wirksames Instrument gegen überhöhte Strom- und Gaspreise.

Illusion 9: Hohe Energiepreise sichern Arbeitsplätze und Energieversorgung

Überhöhte Energiepreise entziehen den Verbrauchern Kaufkraft, bescheren der Industrie zu hohe Kosten und schmälern die Binnennachfrage. Statt in Sicherheit und neue Kraftwerke zu investieren, stecken die Energieversorger ihre überhöhten Gewinne in die eigene Tasche.

Fazit

Es gibt keinerlei Rechtfertigung für die neue Welle von Strom- und Gaspreiserhöhungen.



Anreiz zum Scheinwettbewerb

Dank der Anreizregulierung sollen ab 2009 die Netzentgelte bei Strom und Gas kräftig purzeln. Hans Forster erklärt die Grundzüge dieses neuen Systems.

Mehr Staat ist nicht immer gleich weniger Markt: Wenn die Bundesnetzagentur (BNA) im Januar 2009 ihre sogenannte Anreizregulierung aufnimmt, sehen sich die Betreiber von Strom- und Gasnetzen zum ersten Mal mit Wettbewerb konfrontiert. Ihre Kosten für Leitungen und Trafos, für Betrieb und Steuerung, für Wartung und Instandhaltung münden dann nicht mehr automatisch in Preise, die Nutzer ihnen für das Netz bezahlen. Ab dann diktiert die BNA die Obergrenzen für die Erlöse. Diese orientieren sich auf Grundlage eines bundesweiten Vergleichs am effizientesten Unternehmen.

Die Messlatte liegt beim Klassenbesten

Wenn sich die Branche ab Januar 2009 nach dem Klassenbesten richtet, sollten die Netzgebühren stärker unter Druck geraten als im bisher lediglich kostenbasierten Regulierungssystem. Der Verbraucher profitiert direkt: Immerhin entfällt ein gutes Drittel des Strom- und etwa ein Viertel des Gaspreises privater Haushalte auf die Netzentgelte. Gleichzeitig sollten faire Tarife für die Nutzung der Leitungsinfrastruktur den Wettbewerb unter den Energieanbietern beflügeln, was sich zumindest langfristig schmälernd auf die übrigen Preiskomponenten auswirken dürfte, also auf den Einkauf und Vertrieb von Strom und Gas.

Auch der Netzbetreiber kann vom neuen System profitieren: Wem es gelingt, seine Kosten stärker abzusenken als nötig, um die Preis- und Erlösobergrenzen des Regulierers einzuhalten, kann zusätzliche Gewinne erwirtschaften und diese für die laufende Regulierungsperiode auch behalten. Ein Anreiz, die Produktivität zu steigern, der zeitversetzt auch dem Verbraucher zugute kommt.

Die Monopolkommission bezweifelt jedoch, dass die Anreizregulierung zu sinkenden Netzkosten führt. Es gebe zu viele

Ausnahmen, keine Qualitätskontrolle und überdies würden nicht alle Kosten einbezogen (siehe Kasten rechts).

Bundesrat schlägt sich auf Verbraucherseite

Die nunmehr in Berlin beschlossene Lösung war im Detail bis zuletzt heftig umstritten. Nachdem der Gesetzgeber die Verordnung bereits in vielen Punkten zugunsten der Netzbetreiber abgeschwächt hatte, hat der Bundesrat – quasi letztinstanzlich – eine weitere Verwässerung des Regelwerks verweigert.

Regulierung zurechtgestutzt

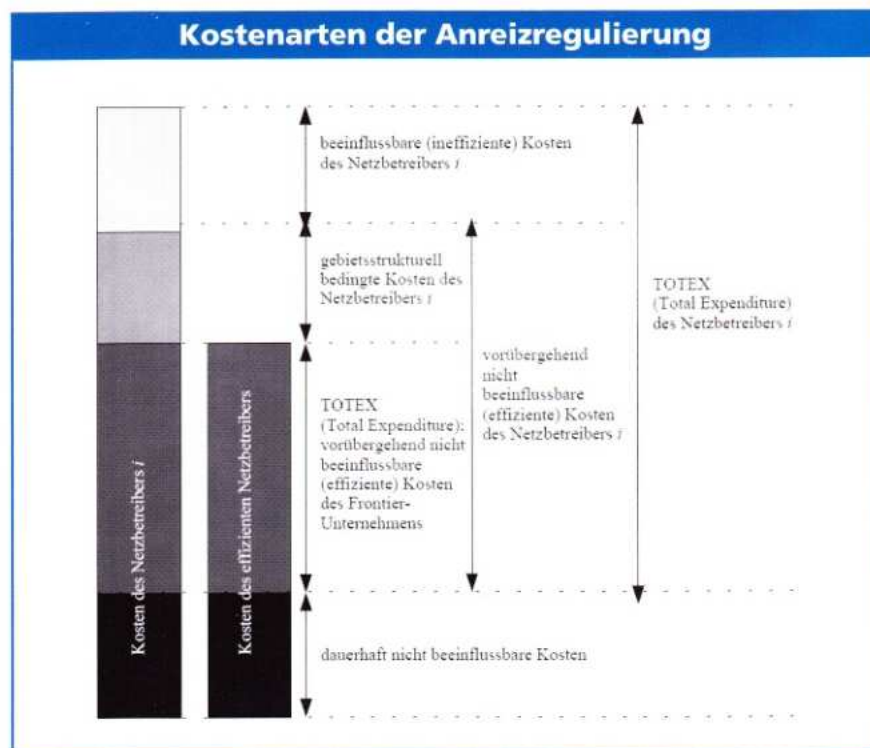
Strittig war die Frage, welchen Produktivitätsfortschritt die Branche in den fünf Jahren einer Regulierungsperiode voraussichtlich erreichen wird. Dieser Wert ist wichtig, um die im Voraus festgelegten Erlösobergrenzen um die Preisentwicklung in der Energiebranche bereinigen zu

können. Konkret ermittelt wird die Größe anhand historischer Daten aus der Branche – allerdings erst in der dritten Regulierungsperiode. Für den Anfang ist man auf Schätzungen angewiesen. Die Vorschläge der Netzagentur, 2,54 Prozent, hatte das Bundeskabinett bereits entschärft. Ergebnis: 1,25 Prozent für die erste und 1,5 Prozent für die zweite Regulierungsperiode. Eine weitere Absenkung hat der Bundesrat verhindert.

Auf dem Weg vom Entwurf zur Verordnung ist der Kostenblock, den die Netzbetreiber tatsächlich beeinflussen können, stetig zusammengeschrumpft und damit auch die möglichen finanziellen Anreize, auf die der Regulierer mit seinen Vorgaben zielt.

Rechnerisch zum Klassenprimus

Für die Bestabrechnung müssen sich die Kosten in Bezug auf verschiedene gebietsstrukturelle Gegebenheiten wie die



Kunden profitieren nicht

Die Monopolkommission schreibt in ihrem Sondergutachten 2007:

„Nach Auffassung der Monopolkommission wäre es sachgerecht, das Kriterium „Servicequalität“ explizit als Qualitätskriterium aufzunehmen, etwa anhand der Vorgaben der „Geschäftsprozesse zur Kundenbelieferung mit Elektrizität (GPKE)“. Das würde den Dienstleistungscharakter eines Netzbetreibers betonen und verbraucherfreundliche Energieversorger im Sinne § 1 Abs. 1 EnWG belohnen.“

„Die vorgesehenen Ausnahmeregelungen betrachtet die Monopolkommission mit Sorge. Da drei Viertel aller Elektrizitäts- und Gasnetzbetreiber diese geltend machen können, wird der Sinn der Härtefallklausel konterkariert.“

„Kritisch zu sehen ist auch, dass die erste Regulierungsperiode keinen Effizienzvergleich vorsieht. Das birgt die Gefahr, dass kleine und vermeintlich ineffiziente Energieversorger wie Stadtwerke ihr Potenzial zur Effizienzsteigerung nicht ausschöpfen. Zudem würden mehrere hundert Stadtwerke keinem Qualitätsmanagement unterliegen.“

„Gegenüber dem Referentenentwurf vom 4. April 2007 wurde der vorliegende Verordnungsentwurf vom 13. Juni 2007 zwar „nachgebessert“. Aus Sicht der Monopolkommission weist das vom Bundeswirtschaftsministerium verfolgte Konzept zur „Anreizregulierung“ dennoch erhebliche Mängel auf, die beseitigt werden müssen.“ So seien die gegebenen Anreize für eine effiziente Bewirtschaftung des Leitungsnetzes zu gering.

„Weiterhin fällt die allgemeine Produktivitätskennziffer mit 1,25 bzw. 1,5 Prozent zu gering aus und bewegt sich unterhalb bzw. nur am unteren Rand der von der Bundesnetzagentur vorgeschlagenen und international üblichen Bandbreite.“

„Nach Ansicht der Monopolkommission wird mit der Anreizregulierung keine wesentliche Senkung der Energiepreise für Haushaltskunden einhergehen: Zum einen beträgt der Anteil der Netzentgelte am Endverbraucherpreis bei Elektrizität im Durchschnitt nur etwa ein Drittel und bei Gas nur etwa ein Fünftel. Zum anderen beziehen sich die (individuellen) Effizienzvorgaben nicht auf den gesamten Kostenblock eines Netzbetreibers, sondern nur auf die von ihm beeinflussbaren, ineffizienten Kostenanteile.“

Anzahl der Strom- und Gasanschlüsse, Versorgungsfläche oder Leitungslänge sowie die Jahreshöchstlast im Netz vergleichen lassen. Dazu ist eine mehrdimensionale Betrachtung nötig, denn die Kosten pro Leitungskilometer können beträchtlich variieren. So spielt es zum Beispiel eine Rolle, ob man das Netz auf eine hohe oder niedrige Höchstlast dimensionieren muss, oder, ob ein Versorgungsgebiet wie beim Gas nur lückenhaft mit Kundenanschlüssen versehen ist.

Ausgleich schaffen zwei unterschiedliche Vergleichsmethoden. Nach jeder Methode erhält jeder Netzbetreiber einen

prozentualen Effizienzwert. Weichen die beiden Ergebnisse voneinander ab, gilt der günstigere Wert. Für Unternehmen, die gegenüber dem Klassenbesten sogar eine Mindesteffizienz von 60 Prozent verfehlen, werden die 60 Prozent anerkannt. Der Wert von 60 Prozent ist ein Entgegenkommen des Gesetzgebers, denn der ursprüngliche Verordnungsentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums sah noch eine Deckelung von 50 Prozent vor.

Keine Regel ohne Ausnahme

Zunächst haben die Netzbetreiber zehn Jahre Zeit, um Ineffizienzen, sprich die

Differenz zum effizientesten Unternehmen, abzubauen. Jedes Unternehmen erhält dazu von der BNA einen individuellen „Erlöspfad“. Am Ende des Zeitraums müssen alle Unternehmen so sparsam kalkulieren wie der Klassenprimus. Ab 2019 verkürzt sich der Zeitraum für diese Anpassung auf fünf Jahre.

Netzbetreiber, denen die Effizienzvorgaben unzumutbar erscheinen, etwa weil sie sich dadurch außerstande sehen, die üblichen Tariflöhne zu zahlen, können in einer Einzelfallprüfung Abschlüsse erwirken. Zudem gibt es für kleinere Unternehmen auf Wunsch Entlastung von der Bürokratie. Wer weniger als 15.000 Gasbeziehungsweise 30.000 Stromkunden versorgt, kann ein vereinfachtes Verfahren wählen, in dem für die erste Periode ein pauschaler Effizienzwert von 87,5 Prozent gilt. 45 Prozent der genehmigten Kosten gelten als dauerhaft nicht beeinflussbar. Über drei Viertel der Netzbesitzer könnten von dieser Option Gebrauch machen. Damit verbleiben aber auch 75 Prozent der Verbraucher im normal regulierten System.

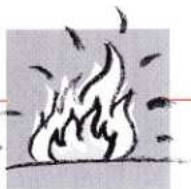
Über Jahre am Netz gespart

Die Branche befürchtet, dass die Anreizregulierung die Unternehmen davon abhält, in ihre Infrastruktur zu investieren. Tatsächlich hat die Branche nach eigenen Angaben schon in den vergangenen Jahren kräftig am Netz gespart. Trotzdem zählt es, gemessen an den störungsbedingten Ausfallzeiten, noch immer zu den weitaus Zuverlässigsten in Europa.

Eine Bonus-/Malus-Regelung im Anreizregelwerk soll dafür sorgen, dass die Versorgung so zuverlässig bleibt. Verbraucherschützer bezweifeln jedoch, dass dieses stark technisch orientierte Element ausreicht, um die Servicequalität zu garantieren. Jedenfalls finden sich die Vorschläge der Netzagentur zu einer minimalen Servicequalität im Gesetz nicht mehr wieder. ■

Hans Forster





Nachhilfe für die Heizkostenverordnung

Der Deutschen Mieterbund hat gemeinsam mit dem Bund der Energieverbraucher Vorschläge erarbeitet, wie sich die Heizkostenverordnung verbessern lässt. Die Energiedepesche gewährt einen Blick auf die Vorschläge und damit möglicherweise schon heute auf das geltende Recht von morgen.

Sie hat fast schon Liebhaberwert: Die Heizkostenverordnung stammt aus dem Jahr 1981, die letzte Novelle erfolgte 1989. Seither haben sich die technischen Voraussetzungen und die wirtschaftlichen Bedingungen dramatisch gewandelt. Eine Novelle ist also überfällig. Die Änderungsvorschläge des Deutschen Mieterbundes (Vorschläge zur Novellierung der Heizkostenverordnung, Dietmar Wall, Wohnungswirtschaft und Mietrecht 8/2007, S. 415) bieten auch für Verbraucher einige Tipps.

Keine Verbrauchsabrechnung für Nullenergiehäuser

Nullenergiehäuser benötigen kaum noch Heizenergie. Eine Heizkostenabrechnung macht daher keinen Sinn. Zwar ist die verbrauchsabhängige Abrechnung gesetzlich vorgeschrieben. Die Heizkostenverordnung (§11 Abs. 1 Nr. 1a) ermöglicht jedoch eine Ausnahme, sofern die Abrechnung nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten möglich ist.

Bei Leerständen nach Fläche abrechnen

In Häusern mit größeren Leerständen heizen die Mieter leere Wohnungen mit. Deshalb ist in größeren Liegenschaften bei Leerständen über 20 Prozent eine Abrechnung nach der Quadratmeterzahl gerechter als eine verbrauchsabhängige Abrechnung. Bei weniger als zehn Wohnungen ist diese Regelung nicht mehr sinnvoll.

Warmwasser-Pauschale zu gering

In gut gedämmten Gebäuden sinkt der Heizenergieverbrauch, und der Anteil der Energie für Warmwasser erhöht sich. Lässt sich der Warmwasserkostenanteil

Anteil des Nutzwärmebedarfs zur Trinkwassergewinnung am gesamten Wärmebedarf eines Reihenhauses



Quelle: „Heizkostenfassung im Niedrigenergiehaus“, Forschungsbericht der TU Dresden im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Bonn 2004, Heft 118, Seite 46.

nicht ermitteln, so rechnet die Heizkostenverordnung mit einem Pauschalwert von 18 Prozent (§ 9 Abs. 2, Satz 4 HeizkV). Dieser Wert liegt in gut gedämmten Häusern höher. Je nach Dämmung sind bis zu 50 Prozent sachgerecht (siehe Grafik).

Vorgaben für den Verteilschlüssel

Derzeit dürfen zwischen 50 und 70 Prozent der Heizkosten nach dem individuellen Verbrauch auf die Mieter verteilt werden. Der Rest wird entsprechend der Wohnflächen aufgeteilt. Für Niedrigenergiehäuser ist ein Verteilschlüssel von 70 und 30 Prozent angemessen, weil dort die Verbräuche eindeutiger einzelnen Mietern zugeordnet werden können. Für ungedämmte Altbauten ist eine Verteilung 50 zu 50 Prozent gerechter, weil dort ein höherer Anteil der Wärme nicht genau zugeordnet werden kann. Viele Vermieter älterer Gebäude haben den Verteilschlüssel von 70 zu 30 Prozent gewählt. Das benachteiligt Vielverbraucher und begünstigt die Mieter großer Wohnungen. Auch bei großen Leerständen oder bei

hoher unerfasster Wärmeabgabe im Rohrsystem ist ein Verteilschlüssel von 50 zu 50 Prozent gerechter. Es ist rechtlich umstritten, ob eine Umlage, die dies nicht berücksichtigt, der Billigkeit nach § 315 BGB entspricht.

Schätzung fraglich

Wenn der Nutzer beim angekündigten Ablesetermin nicht zu Hause ist, kann der Vermieter den Verbrauch schätzen lassen. Es ist zweifelhaft, ob dies nach der Heizkostenverordnung (§ 9a HeizkV) überhaupt zulässig ist. ■

Aktuelle Urteile dazu:

Erfassen die Heizkostenverteiler nur geringe Anteile der im Gebäude abgegebenen Wärme, dann müssen die Heizkosten nach der Wohnfläche auf die Mieter verteilt werden (Landgericht Gera, Urteil vom 4. April 2007, Az 1 S 332/06).

Die Kosten der Zwischenablesung beim Mieterwechsel dürfen nicht über die Heizkostenabrechnung auf alle Mieter umgelegt werden (Landgericht Görlitz, Urteil vom 15. Dezember 2006, Az 2 S 39/06, nicht rkr).



Hausanschlusskosten

Verbraucher muss nur einmal zahlen

Die Hausanschlusskosten decken nicht nur die erstmalige Erstellung des Anschlusses, sondern auch seine weitere Vorhaltung. Das hat der VIII. Senat des Bundesgerichtshofs entschieden (Urteil vom 28. Februar 2007, Az. VIII ZR 156/06). Einige Versorger sehen das anders und fordern Geld auch für die Erhaltung von Hausanschlüssen. Zu Unrecht, wie sich jetzt herausgestellt hat.

Wir danken Professor Clemens Arzt, Berlin, für diesen Hinweis.

Messgeräte

Preiswert misst ungenau

Preiswerte Strommessgeräte können nicht zwischen Blindleistung und Wirkleistung unterscheiden. Die Wirkleistung pendelt lediglich zwischen Erzeuger und Verbraucher, ohne

Arbeit zu verrichten, Wirkleistung kann Arbeit verrichten. Die Messgeräte geben nur die Gesamtleistung in der Einheit VA (Volt-Ampere) an. Tatsächlich liegt aber die Wirkleistung in Watt wesentlich geringer. Bei einem Test der schweizerischen Energiesparagentur zeigte das preiswerte Messgerät 14 Watt, tatsächlich beanspruchte es aber nur acht Watt Leistung. Das Batterieladegerät wurde mit sieben Watt gemessen, zog aber nur zwei Watt Leistung. **917***

Blindleistung

Bewusst sparen

Obwohl Haushaltskunden die Blindleistung (siehe oben) ihrer Geräte nicht bezahlen, muss das Kraftwerk sie doch liefern. Nur Großverbraucher müssen die Blindleistung extra messen und dafür aufkommen. Ein sparsamer Kühlschrank verbraucht zum Beispiel 120 VA, davon ist die Hälfte Blindleistung. Wer Kochplatten, Wasch- und Spülmaschinen bei Nichtgebrauch vom

So kaufen Sie Heizöl

- Informieren Sie sich über die aktuelle Preissituation.
- Bevor der Tankvorgang beginnt, überzeugen Sie sich, dass das Zählwerk auf Null steht und dass ein aktuelles Siegel der Eichbehörde an der Messanlage ist.
- Lassen Sie sich das obere Schauglas des so genannten Gas-messverhüters zeigen. Dieses muss vor und während der Abgabe zumindest teilweise mit Heizöl gefüllt sein. Ist kein Öl sichtbar, muss der Zähler stehen bleiben. Nur so ist eine luftfreie Abgabe gewährleistet.
- Lassen Sie sich das untere Kontrollschauglas zeigen. Es muss während der Abgabe immer mit Öl gefüllt sein. Kurzzeitig dürfen Blasen oder Schaum auftreten. Das hat keinen unzulässigen Einfluss auf das Messergebnis.
- Bleiben Sie beim Tankvorgang stets an der Seite des Fahrers und fragen Sie ihn, wenn Sie etwas nicht verstehen oder wenn Ihnen etwas verdächtig vorkommt. Dokumentieren Sie dies gegebenenfalls ausführlich (am besten per Foto) und ziehen Sie Zeugen hinzu.
- Der Lieferschein sollte in Ihrer Anwesenheit ausgedruckt werden. Die letzte Zähleranzeige muss mit dem Abdruck übereinstimmen.
- Die gelieferte Heizölmenge muss auf 15 °C Bezugstemperatur umgewertet worden sein.
- Beginn und Ende sollte im Wesentlichen mit der Anwesenheitszeit des Tankwagens bei Ihnen übereinstimmen.

Netz trennt, spart also unnötige elektrische Leistung, die er zwar nicht selber zahlen muss, die sich aber dennoch in der Energiebilanz bemerkbar macht.

klasse des Marktneulings liegt daher auch bei C oder D statt bei A. Der Bund der Energieverbraucher meint: Dies sind keine Sparlampen, sondern bestenfalls trübe Funzeln.



Leider messen nur die teuren Messgeräte wirklich genau.

Energiesparlampen

Schöner Schein

Nicht jede Energiesparlampe verdient ihren Namen. So vermarktet beispielsweise die Firma Osram mit hohem Aufwand die „Energy Saver“ Halogenlampen. Statt der am Markt üblichen Einsparung von 80 Prozent gegenüber einer üblichen Glühbirne spart der angebliche Energy-Saver aber nur 30 Prozent. Und statt einer Lebensdauer von mindestens 8.000 Stunden einer Energiesparlampe leuchtet der Pseudo-Sparer gerade mal nur 2.000 Stunden. Die Effizienz-

Wärmecontracting

Vermieter muss vergleichen

Der Vermieter muss das Wirtschaftlichkeitsgebot auch für die Heizung beachten. Die Darlegungs- und Beweislast liegt bei ihm, wenn der Mieter einen Verstoß geltend macht und diesen auch konkretisiert. Beim Wärmecontracting kann die Wirtschaftlichkeit zum Beispiel durch einen Vergleich mit anderen ortsansässigen Contractoren belegt werden (Urteil des Bundesgerichtshofs vom 13. Juni 2007, VIII ZR 78/06).

* Mehr dazu unter dieser Seitenzahl auf www.energieverbraucher.de



Das gute Geschäft mit dem schlechten Gewissen

Mit der Gewissheit, dass wir durch unser Handeln das Klima schädigen, wächst auch das Gefühl für die persönliche Verantwortung. Das Geschäft blüht: Ökostrom und Klimazertifikate versprechen ein gutes Gewissen trotz klimabelastenden Handelns.

Jedoch ist nicht jeder Ablass-Schein auch sein Geld wert. Am Beispiel von Ökostrom und Klimakompensation zeigt sich, wie nah wirklicher Klimaschutz und reine Geschäftemacherei mit ahnungslosen Verbrauchern beisammen liegt.

Schon bald kann man jedes Produkt etwas teurer, dafür aber „klimaneutral“ erwerben. Was sind solche Versprechungen und Zertifikate wert?

Beispiel Ökostrom

Kann man durch den Wechsel zu Ökostrom der Umwelt ohne große Kosten helfen?

Die Umstellung der Stromerzeugung auf erneuerbare Energien wird in Deutschland durch eine Abgabe auf den Stromverbrauch finanziert. Sie beläuft sich derzeit auf 0,8 Cent je Kilowattstunde. Im Jahr wird jeder Verbraucher dadurch mit Mehrkosten von unter 30 Euro belastet. Dieses System ist so erfolgreich, dass bereits 14 Prozent des gesamten Stroms in Deutschland aus erneuerbaren Energien stammt. Die Ökostrom-Erzeugung ist deshalb derzeit in Deutschland weit höher als die Nachfrage nach Ökostrom: Die vier größten Ökostromanbieter haben deutlich unter einer Million Kunden und liegen damit unter drei Prozent Kundenanteil. Deshalb können die bestehenden Kraftwerke die derzeitige Ökostrom-Nachfrage decken, ohne dass zusätzlich neue Kraftwerke entstehen. Der Bezug von Grünstrom führt lediglich dazu, dass normale Strom des Energieversorgers rechnerisch weniger „grün“ ist, da die ökologisch erzeugte Strommenge bereits extra an die „grünen“ Verbraucher verkauft wurde. Durch den „Bezug“ von Ökostrom wird zum Verbrauchszeitpunkt also kein zusätzlicher Ökostrom hergestellt.

Immer mehr Stromversorger in Deutschland bieten auch Ökostrom an. Ein zusätzlicher Umweltnutzen ist mit dem Bezug nicht zwangsläufig verbunden. Ob und wie viel mittelfristiger Umweltverbesserung der Preisaufschlag auf Ökostrom bewirkt, hängt von dessen Höhe und Verwendung ab (vgl. Wibke Tritthart: Wann ist elektrischer Strom „Öko“, Soziale Technik, Heft 3/07).

Grünstrom-Label

Sehr unterschiedlich sind die Definitionen und Zertifizierungsverfahren für Grünstrom. Beim ok-Power-Label für Ökostrom gelten auch Kraftwerke als neu, die bereits seit Jahren am Netz sind. Das grüne Strom-Label setzt zwar voraus, dass einen zusätzlichen Betrag in erneuerbare Energien investiert wird. Wie und wer kontrolliert, welche Projekte gefördert werden und ob diese Projekte auch ohne Förderung entstanden wären, ist für den Verbraucher nicht nachvollziehbar und wird auch auf Anfrage nicht offengelegt. Der Umwelt-Informationsdienst bemängelt fehlende Angaben über konkrete Projekte. Mit dem Ökostrom-Geld würden viele Anbieter auch Atomkraft finanzieren. Den größten Nutzen für die Umwelt hätten die Elektrizitätswerke Schönau und Greenpeace Energy.

Zahlreiche Institutionen mit oft wohlklingenden Namen stellen Zertifikate aus, die den Umweltnutzen und die Echtheit von Ökostrom-Lieferungen bestätigen. An diesen Zertifikaten wird gut verdient. Sie sind für den Verbraucher allesamt kaum nachvollziehbar und verdienen nicht ihr Vertrauen.

Keine Änderung an der Steckdose

Die meisten Verbraucher glauben fälschlicherweise, dass durch den Umstieg auf grünen Strom nunmehr der Steckdosenstrom direkt aus erneuerbaren Energien stammt. Und immer mehr Versorger lassen sich diesen Irrtum vergolden. Der Bund der Energieverbraucher rät allen, die mehr für den Ausbau erneuerbarer Energien tun wollen, zu einer direkten Spende für entsprechende Projekte.

Beispiel Klimakompensation

Zusätzlich zu einem Flugticket kann man ein Zertifikat kaufen, das die Umweltbelastung des Flugs wieder ausgleicht. Statt selbst auf Emissionen zu verzichten, bezahlt man dafür, die verursachten Emissionen wieder zu binden oder auf künftigen CO₂-Ausstoß zu verzichten. Einige Autohäuser verkaufen mit dem Auto eine Klimakompensation für 15.000 Kilometer Autofahrt. Eine Vignette dazu ist gut sichtbar an der Windschutzscheibe angebracht. Es gibt auch schon „klimaneutrale“ Tagungen und Bücher.

Fliegen und Autofahren schadet dem Klima jedoch, egal ob man zusätzlich ein Klimazertifikat erwirbt oder nicht. Man könnte das Zertifikat auch erwerben, ohne zu fliegen oder Tagungen zu veranstalten.

Klimasiegel durchgefallen

Die Bostoner Tufts-Universität hat 13 Klimasiegel untersucht und nur vier empfohlen, darunter Atmosfair und Myclimate.

Der Emissionshandel gilt laut verschiedenen Studien, z. B. der Dag-Hammarskjöld-Stiftung, als fragwürdig. Der Handel dient eher den Interessen von Emissionshändlern, Zertifizierern, Wissenschaftlern und Bürokraten als einer effektiven Emissionsverminderung. Viel Geld verschlingt das Handelssystem selbst. Klimaschützer bemängeln zudem, der Ablasshandel verringere den Druck, das Verhalten nachhaltig zu verändern. Vergleicht man Aufwand und Ertrag vom Emissionshandel mit direkten Investitionen in Erneuerbare, dann schneidet der Emissionshandel erbärmlich schlecht ab.

Je nach Art des Zertifikats unterscheidet man zwischen CO₂-Emissionsrechten nach dem Emissionshandelssystem der EU (EUA), dem Emissionshandel nach dem Kyoto-Protokoll (CER usw.) und freien Zertifikaten wie VER und RECS.

EU-Allowance (EUA)

EU-Allowances sind Emissionsberechtigungen, die Unternehmen von EU-Mitgliedsstaaten erhalten. Ein CO₂-Emissionsrecht kostet derzeit an der Börse nur wenige Cent je Tonne CO₂, weil momentan ein Überangebot herrscht. Noch vergangenes Jahr kostete das Zertifikat rund 30 Euro je Tonne CO₂. Im Unterschied zum Klimazertifikat verursacht ein Emissionszertifikat aber keinerlei positiven Einfluss auf die Umwelt. Ganz im Gegenteil hat sein Besitzer das Recht, eine entsprechende Menge CO₂ in die Atmosphäre zu blasen.

Certified Emission Reductions (CER)

CERs sind Emissionsreduktionsgutschriften nach dem Kyoto-Protokoll, die Industrie- oder Transformationsländer (Annex-I-Staaten) durch Emissionsminderungsprojekte (CDM Clean Development Mechanism) in Entwicklungsländern (Non-Annex-Staaten), erwirtschaften. Zuerst werden CDM-Projekte vom CDM-Exekutivrat der Klimarahmenkonvention genehmigt. Danach zertifizieren Gutachter die erzeugten CER-Mengen. Diese werden anschließend in das CDM-Register der Klimarahmenkonvention eingetragen und können für die Pflichterfüllung im EU-Emissionshandel in EUA's umgetauscht werden, solange die nationale Quote nicht überschritten ist. Der „Clean Development Mechanism“ (CDM) soll nicht nur Emissionsminderungen ermöglichen, sondern auch ausdrücklich die beteiligten Entwicklungsländer auf ihrem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung unterstützen.

Verified Emission Reduction (VER)

Verified Emission Reductions (VER) werden im freiwilligen Klimaschutz als Zertifikate aus Emissionsminderungsprojekten zur Kompensation von Emissionen eingesetzt. In der Regel verwenden Unternehmen, die nicht vom Emissionshandel betroffen sind, sie zu Marketingzwecken. Sie sind nicht kontrolliert und daher wesentlich billiger als CER-Zertifikate.

Renewable Energy Zertifikat (RECS)

RECS ist ein Instrument zur Organisation des Handels mit Strom aus erneuerbaren Energien. Gehandelt wird nicht der physikalische Strom, sondern nur der Umweltnutzen. Der Stromerzeuger verkauft seinen Strom an einen Stromhändler oder einen Endverbraucher zum üblichen Strompreis. Den grünen Mehrwert bietet er getrennt an über das Handelssystem RECS. Er will dadurch seine höheren Aufwendungen refinanzieren. Ein RECS-Zertifikat ist ein eindeutig nummeriertes Dokument mit folgenden Standardinformationen: Energieproduzent, Bezeichnung der Produktionsanlage, Energieträger, installierte Leistung, Ausstelldatum.

Der Nutzen der RECS-Zertifikate besteht für den Käufer darin, dass er mit ihnen sein Engagement für eine umweltfreundliche Energieversorgung belegen kann.

Mitglieder der RECS-Initiative sind u. a.: Vattenfall, RWE Energie, Electricité de France (EDF), E.on, EnBW, BP und Shell. Die Initiatoren versuchen, mit Unterstützung der Europäischen Kommission das Handelssystem RECS zum verbindlichen Handelssystem für Strom aus Erneuerbaren zu machen. Die Zertifizierung in Deutschland erfolgt über das Öko-Institut Freiburg.

Kritik am RECS-System kommt vom Solarenergie-Förderverein und von Eurosolar: Wer andere schädigt, ist zur Unterlassung und zum Schadenersatz verpflichtet. Dieser moralische und rechtliche Grundsatz wird durch den RECS-Handel in sein Gegenteil verkehrt: Nicht alle Schädiger der Umwelt - Erzeuger und Verbraucher von konventionell erzeugtem Strom - sollen zahlen, sondern nur diejenigen, die die Schädigung nicht mehr hinnehmen wollen.

Die anderen scheiterten an zu hohen Verwaltungskosten, falschen CO₂-Berechnungen und dem Fehlen effizienter Projekte.

Wenn die finanzierte Maßnahme auch ohne die zusätzliche Förderung zustande käme, weil sie zum Beispiel wirtschaftlich ist, dann ist die Förderung überflüssig und das Geld dafür hinausgeworfen. Viele Maßnahmen sind jedoch entweder sowieso wirtschaftlich oder erhalten anderweitig Fördergelder.

Die Wirkungsweise von Zertifikaten

Die Klimaverbesserer führen entweder selbst eigene Projekte zur Klimaverbesserung durch oder sie kaufen eines der zahlreichen Emissionszertifikate am Markt. Letzteres ist einfacher und günstiger. Der Nutzen hängt davon ab, wie überzeugend das Zertifikat ist (siehe Kasten). Durch den Kauf eines Zertifikats kann dieses individuelle Dokument nicht mehr den Ausstoß von Emissionen ermöglichen. Es stammt entweder aus einer größtenteils kostenlosen Zuteilung eines EU-Mitgliedsstaats an einen Emittenten oder es ist das Ergebnis eines Emissionsminderungsprojekts in einem Entwicklungsland mit (CER) oder ohne (VER) anerkannte Kontrolle gedruckt.

Preise verschieden

Die Preise der Klimaverbesserer unterscheiden sich gravierend: Bei Atmosfair kostet eine Tonne CO₂ ungefähr 20 Euro, bei „Prima-Klima-Weltweit“ dagegen nur zehn Euro. Atmosfair investiert in teure Energieprojekte, die unter Beachtung hoher sozialer Standards Klimagase in Entwicklungsländern einsparen: zum Beispiel ein Solarküchen-Projekt in Indien oder eine Biogas-Anlage in Thailand. Prima-Klima lässt Bäume pflanzen. Das ist weitaus billiger. Jedoch kann niemand vorhersehen, ob diese Bäume auch in hundert Jahren noch stehen und CO₂ binden.

Bei der Climate Company kostet das Klima-Zertifikat für eine Tonne CO₂ sogar 59,90 Euro. Aber nur 16 Euro fließen über den Erwerb eines VER-Zertifikats in ein Projekt, das sind gerade 27 Prozent. Bei Atmosfair fließen 88 Prozent in Projekte.



Photovoltaik

Gut versichert

Wer viel Geld in eine PV-Anlage investiert, ist meist auf die Erträge durch die Einspeisung des Solarstroms angewiesen. Denn die meisten Betreiber haben ihre Anlage durch ein Darlehen finanziert. Wenn ein Wechselrichter versagt oder die Leistung der Module sinkt, dann haftet der Hersteller gemäß den im Kaufvertrag vereinbarten Garantie- und Gewährleistungsbedingungen. Die gesetzliche Mindesthaftung endet aber schon nach zwei Jahren. Viele Hersteller bieten verlängerte Garantiezeiten an.

Die Firma Suntechnics bietet zum Beispiel für ihre Anlagen eine Komplettgarantie, die zehn Jahre gilt. Darüber hinaus bieten manche Anbieter eine Ertragsgarantie: Erreicht die Anlage nicht mindestens 90 Prozent der für die Region garantierten Stromerträge, dann erstattet der Hersteller die Differenz.

Zusätzliche Sicherheit bietet eine PV-Versicherung. Sie deckt Schäden durch Sturm, Blitzschlag oder Moduldiebstahl. Über die Lebensdauer der Anlage macht die Versicherung im Schnitt nur 0,2 Prozent der Investitionskosten einer Anlage aus.

Oft fällt die PV-Anlage unter die Wohngebäudeversicherung, da sie ein Bestandteil des Gebäudes ist. Sie ist damit gegen Schäden durch Sturm, Blitz und Überspannung versichert und die Versicherung zahlt Reparatur bzw. Neubeschaffung.

Eine spezielle Solarversicherung umfasst alle Anlagenbestandteile, also auch den Wechselrichter. Die Prämien für einen solchen Rundum-

Schutz liegen zum Beispiel für eine drei Kilowatt-Anlage zwischen 30 und 200 Euro jährlich. Die Zeitschrift Sonne, Wind und Wärme hat im Heft 9/2007 unterschiedliche Anbieter verglichen und zusammengestellt. Ergebnis: Die meisten Versicherungen regeln Ertragsausfälle unterschiedlich je nachdem, ob Sommer oder Winter ist. Üblich ist eine Erstattung von einem Euro je Tag und Kilowatt Leistung zwischen Oktober und März und zwei Euro während des übrigen Jahres.

Deutsches Solarhaus

Sieg in Washington

Beim Wettbewerb um das beste Solarhaus in Washington gewann als einziges Team aus Deutschland eine Gruppe von Studenten der TU Darmstadt. 20 Teams aus aller Welt wetteiferten darum, wer das attraktivste und energieeffizienteste Solarhaus auf der Rasenfläche vor dem Capitol aufbaut. Das deutsche Team errang zudem Einzelsiege in den Sparten Architektur, Energienutzung und Beleuchtung.

Das siegreiche Gebäude ist nicht nur auf dem Dach, sondern gleich rundum mit einer Photovoltaikanlage bestückt. Besonders innovativ ist die Heizungstechnik: In die Gipskartonplatten der Wände sind Wachskugeln eingelassen. Tagsüber speichern diese Kugeln Wärme und geben sie zeitversetzt in den kühleren Abendstunden wieder ab. Im Winter dringen zusätzlich Sonnenstrahlen durch große Glasflächen an der Südseite hinein und heizen die Räume. Für warmes Wasser sorgen die Photovoltaikanlagen und eine Wärmepumpe.



Das Solarhaus der TU-Darmstadt überzeugte in Washington auch durch viele praktische Details.

Seit 2002 schreibt die US-Energiebehörde den Solarzehnkampf aus. Näheres zum siegreichen Solarhaus im Internet unter www.solardecathlon.de

Kleinwindräder

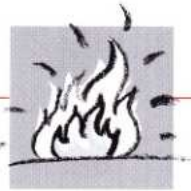
Schönheitsfehler

Eigentlich schade: Ein Kleinwindrad mit einem Kilowatt Leistung ist in England schon für rund 2.500 Euro zu kaufen. Laut Hersteller erzeugt ein solches Modul bei einer durchschnittlichen Windgeschwindigkeit von sechs Metern pro Sekunde jährlich 600 bis 1.000 Kilowattstunden Strom. Warum nicht einfach aufs Dach setzen?

Die Leistung einer Windkraftanlage hängt von der Windgeschwindigkeit in der dritten Potenz ab:

Sie errechnet sich aus dem Produkt von Rotorfläche und Windgeschwindigkeit hoch drei. Ein Windrad mit 1,7 Metern Durchmesser hat eine Fläche von 2,3 Quadratmetern. Bei einer Windgeschwin-

digkeit von drei Metern pro Sekunde (leichte Brise) beträgt die Leistung des Windes 62 Watt ($3 \times 3 \times 3 \times 2,3$). Bei acht Metern pro Sekunde (frische Brise, kleine Bäume schwanken) erhöht sich die Leistung auf 1.200 Watt ($8 \times 8 \times 8 \times 2,3$). Der Wirkungsgrad beträgt 30 bis 40 Prozent. Im besten Fall kann man in zehn Metern Höhe im Jahreschnitt mit einer Windgeschwindigkeit von fünf Metern pro Sekunde rechnen. Die Windleistung beträgt dann 300 Watt ($5 \times 5 \times 5 \times 2,3$). Der Jahresertrag liegt bei 800 Kilowattstunden ($0,3 \text{ kW} \times 0,3 \times 8.760 \text{ Stunden}$). Bei einer Windgeschwindigkeit von drei Metern pro Sekunde beträgt der Jahresertrag nur 160 Kilowattstunden. Der Jahresertrag hängt also sehr stark von der Windgeschwindigkeit und von der Umgebungsturbulenz durch Hindernisse, wie Büsche, Bäume und Nachbarhäusern, ab. Experten raten zudem von der Montage auf Hausdächern ab. Infos im Internet unter www.kleinwindanlagen.de.



Bahn frei für Kleinstkraftwerke

Blockheizkraftwerke in Mehrfamilienhäusern rechnen sich wirtschaftlich, wenn die Bewohner den Strom selbst nutzen und cleverere Verträge abschließen. Sie sparen dann hohe Kosten für die Nutzung des örtlichen Stromnetzes (rund sechs Cent je Kilowattstunde), Steuern und Abgaben.

Das neue Modell ist verblüffend einfach: Die Mieter schließen sich zu einer Gemeinschaft zusammen und erzeugen den Strom in einem Blockheizkraftwerk, das ihnen ihr Vermieter zur Verfügung stellt. Dazu gründen sie eine Gemeinschaft bürgerlichen Rechts (GbR). Das Blockheizkraftwerk im Keller erzeugt drei Viertel des benötigten Stroms. Überschüssige Elektrizität fließt ins öffentliche Netz. Der Clou dabei ist, dass rechtlich gesehen jeder Mieter seinen Strom selbst erzeugt. Deshalb muss er weder Stromsteuer noch Konzessionsabgabe zahlen. Dieses Modell eignet sich auch für Eigentümergemeinschaften. Auch gewerbliche Contractoren dürfen Partner werden. Wehrt sich der eine oder andere Mieter oder Eigentümer dagegen, können sich problemlos auch die übrigen zusammenschließen. Das funktioniert auch in der Praxis in bereits über 20 Mietobjekten.

Zum Beispiel Chemnitz

Als die Mieter von zwei Wohnhäusern mit einem eigenen BHKW ans Netz wollten, sperrte sich zunächst der örtliche Stromversorger (Envia Verteilnetz). Er verlangte, dass sich jeder Mieter einzeln an das öffentliche Netz anzuschließen habe, da es sich um keine Eigenversorgung nach § 110 des Energiewirtschaftsgesetzes handle.

Energyconsult hilft

Die Ingenieurfirma Energyconsult bietet bundesweit einen umfassenden Service für Mieter-KWK an.

Energy consulting

Christian Meyer, Dipl. Ing. (FH),
Mitglied im Bund der Energieverbraucher
Stegenbachstr. 13, 79232 March
Tel: 07665 947 54 53
info@energy-consulting-meyer.de

EnergyConsulting hat daraufhin mit Unterstützung der Firma Senertec und den Elektrizitätswerken Schönau ein Missbrauchsverfahren bei der Bundesnetzagentur eingeleitet. Die Bundesnetzagentur hat mit einer inzwischen rechtskräftigen Entscheidung der hauseigenen Stromversorgung aus kleinen Blockheizkraftwerken den Weg geebnet (Aktenzeichen BK6-06-071, im Internet abrufbar). Damit ist es möglich, dass sich die Mieter mit Strom vorrangig „selbst versorgen“.

Vorteile für die Umwelt

Weil die Mieter überschüssigen Strom ins öffentliche Netz einspeisen, reduzieren sie CO₂-Emissionen nicht nur für den eigenen Bedarf, sondern auch noch für andere Verbraucher.

Vor allem aber rechnet sich die Versorgung durch hauseigene Kleinstkraftwerke für den Hauseigentümer als „Investor“ und auch für die Mieter. Im vorliegenden Fall hat der Eigentümer die Blockheizkraftwerke den Mietergemeinschaften gegen Entgelt zur Nutzung überlassen. Die Mieter bezahlen dennoch für den Strom aus den Blockheizkraftwerken deutlich weniger, als wenn sie ihre Elektrizität aus dem öffentlichen Netz vom lokalen Stromversorger beziehen.

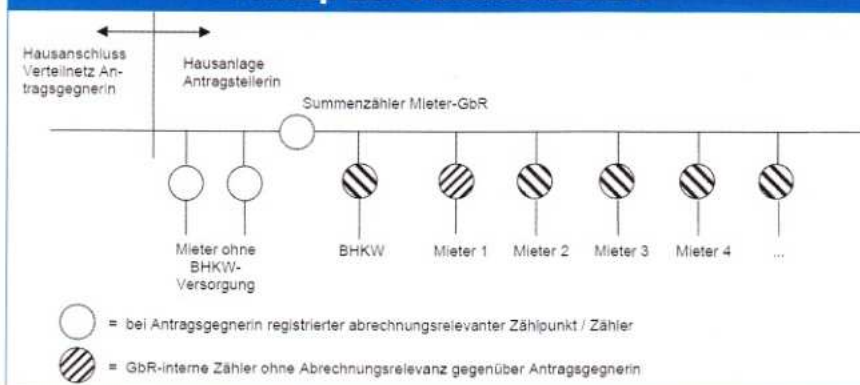
Vorteil für den Vermieter

Die Investition in das Blockheizkraftwerk rentiert sich für den Hauseigentümer: Er bekommt von seinen Mietern mehr Geld für den Strom als vom örtlichen Stromnetzbetreiber für die Einspeisung ins Netz. Derzeit liegt die Einspeisevergütung bei rund 10,5 Cent/kWh brutto. Zwei weitere Vorteile: Entspricht die Gebäudehülle dem Neubaulustand nach EnEV (Energieeinsparverordnung), verringert ein Blockheizkraftwerk den Primär-Energie-Faktor so stark, dass der Weg zum Beispiel frei ist für einen Zuschuss durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau bis zu maximal 8.750 Euro pro Wohneinheit. Die verbesserte Primärenergiebilanz katapultiert das Gebäude im bedarfsorientierten Gebäudepass nach vorne. Jede andere Sanierungsmaßnahme, die zu diesem Effekt führt, würde deutlich mehr kosten.

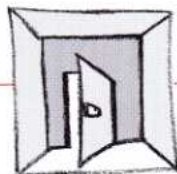
Fazit

Trotz aller wirtschaftlichen und technischen Vorteile scheitern Blockheizkraftwerke meist an den schwierigen rechtlichen Fragen und an der Blockade der örtlichen Netzbetreiber. Durch die Entscheidung der Bundesnetzagentur und maßgeschneiderten Betreibermodellen eröffnen sich völlig neue Perspektiven für eine eigene Versorgung mit Strom und Wärme.

Prinzip des Summenzählers



Quelle: Beschluss der Netzagentur



Delegiertenwahl

Termin: 31. Dezember 2007
Verein bittet um Vorschläge

Im kommenden Jahr tagt turnusmäßig die Hauptversammlung des Bundes der Energieverbraucher. Delegierte vertreten dort die Vereinsmitglieder.

Zur Wahl stehen Vereinsmitglieder, die bis **31. Dezember 2007** als Delegierte vorgeschlagen werden. In der Vereinssatzung heißt es dazu in § 6, Abs. 3:

„Vorschläge für die Wahl können von allen Mitgliedern bis zum Ende des der Hauptversammlung vorhergehenden Jahres schriftlich beim Vorstand eingereicht werden“.

Vorschläge werden per E-Mail (info@energieverbraucher.de) oder schriftlich an die Adresse der Geschäftsstelle des Vereins erbeten.

Neues Angebot: Energieverbrauch im Blick

Den eigenen Energieverbrauch online auswerten und nachverfolgen: Das ermöglicht die Internetplattform Energiesparkonto (http://esk.sec2-server.de/index.php?portal_id=energienetz). Für Mitglieder des Bund der Energieverbraucher ist die Auswertung kostenlos. Dafür muss man folgendes Passwort angehen: GTPM-1PEX

Petition: Im Namen der Verbraucher

Der Bund der Energieverbraucher e. V. hat eine öffentliche Petition an den Deutschen Bundestag gerichtet. Er will damit erreichen, dass die Energieverbraucher in Deutschland die Rechte erhalten, die ihnen nach EU-Recht bereits seit 1. Juli 2004 zustehen. Zu den Forderungen gehören,

- dass Haushaltskunden das Recht auf Stromversorgung zu angemessenen, einfach vergleichbaren und transparenten Preisen erlangen,

- dass schutzbedürftige Kunden künftig einen angemessenen Schutz vor Versorgungssperren genießen,
- dass Haushaltskunden transparente, einfache und kostengünstige Verfahren zur Behandlung ihrer Beschwerden erhalten.

Der Bund der Energieverbraucher fordert den Bundestag dazu auf, dieses Versäumnis unverzüglich nachzuholen und entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Protestresolution: Zwei Quadratmeter Post für „Angie“



Der Vorsitzende des Bundes der Energieverbraucher, Dr. Aribert Peters, hat am 12. September 2007 im Bundeskanzleramt eine Protestresolution übergeben. Darin fordert der Verein von der Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), das räuberische Verhalten der Energiekonzerne schleunigst zu beenden. „Verschärfen Sie das Kartellrecht, entflechten Sie die Energiekonzerne und treiben Sie den Ausbau erneuerbarer Energien noch schneller und intensiver voran“, heißt es in der Resolution. Der Verein erinnerte Angela Merkel an ihren Amtseid, in dem sie geschworen hatte, Schaden vom Deutschen Volk zu wenden und Gerechtigkeit gegenüber jedermann zu üben.

„Lassen Sie diesen Wortlaut auch gegenüber den übervorteilten Energieverbrauchern wahrhaft werden“, mahnt der Verein.

1.300 Verbraucher haben die Resolution unterzeichnet. Die Unterschriften auf den Karten auf dem Pflaster zeigen je eine Original-Unterschrift. Alle Unterschriften gemeinsam belegten eine Fläche von zwei mal zwei Metern.

Top-of-mind: Mit Energiethemen befasste Organisationen/Institutionen mit besonders guter Pressearbeit und Kommunikation

(offen, ohne Antwortvorgaben gefragt; nur Nennhäufigkeiten über 3% dargestellt)



Quelle: com X Institut

Basis: 102 Journalisten; Angaben in % der Befragten

Top-of-mind

Der Bund der Energieverbraucher ist die mit Energiethemen befasste Einzelinstitution, die Journalisten am häufigsten nennen. Der Verbraucherverein liegt damit noch vor Greenpeace, dem Bund für Umwelt- und Naturschutz, der International Energy Agency (IEA) und dem Bundesumweltministerium. Alle Verbände der Energiewirtschaft zusammen liegen mit zwölf Prozent nur knapp vor dem Bund der Energieverbraucher. Anders als der Verein verfügen die übrigen Organisationen jedoch über Gesamtbudgets von mehreren Millionen Euro sowie über eigene Presseabteilungen.



Energietelefon

Alle Mitglieder können sich in Energiefragen telefonisch von Experten beraten lassen:

Allgemeine Energiefragen, Heizung, Dämmung

Mo. 20.00 - 21.00 040/39 02 93 9 Michael Hell

Hausgeräte, Energiesparlampen, Passivhäuser

Mo. 19.00 - 21.00 052 31/39 07 47 Klaus Michael

Hausgeräte – Probleme und Reparatur

Mo. 19.00 - 21.00 02224/92 27 0 Oliver Stens
(nur für Mitglieder – keine TV-/Hifi-Geräte)

Flüssiggas – Technische Fragen

Do. 20.00 - 21.00 026 44/808 174 (nur für Mitglieder)

Rechtsberatung – direkt vom zugelassenen Anwalt

Tgl. 08.00 - 20.00 0900/1867 800 702 1,99 Euro/Min.

Flüssiggas-Anwaltshotline

Mo 10.00 - 12.00 0900/123 33 80 1,86 Euro/Min.
Di - Fr 16.00 - 18.00

Umzug: meine neue Adresse

Zeitschriftensendungen werden selbst bei Nachsendeantrag von der Post nicht weitergeschickt!

Name _____

Straße _____

Plz, Ort _____

Telefon _____

Meine neue Bankverbindung lautet:

Konto _____ BLZ _____

Kreditinstitut _____

Informationsgutschein

Bitte schicken Sie mir Informationen über:

(Bitte 2,90 Euro Rückporto beilegen, bei Mehrfachnennung fünf Euro)

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Bund der Energieverbraucher e.V. | <input type="checkbox"/> Fördermittelübersicht |
| <input type="checkbox"/> Preis-Protest | <input type="checkbox"/> Schönaauer Energiespartipps |
| <input type="checkbox"/> Flüssiggas | <input type="checkbox"/> Liste sparsamer Hausgeräte |
| <input type="checkbox"/> Vor-Ort-Beratung | <input type="checkbox"/> Liste sparsamer Büro- und Fernsehgeräte |
| <input type="checkbox"/> BHKW-Infos | |

Von Stiftung Warentest empfohlen



Abenteuer Energieeinsparen

DVD oder VHS

19,90 Euro

(für Vereinsmitglieder 15 Euro)

zuzüglich drei Euro Versandkosten

So helfen wir Ihnen

Strom

Prüfung Ihrer Jahresabrechnung

Ist Ihre Jahresabrechnung rechnerisch korrekt? Wir rechnen genau nach. Zählerstände und Höhe der Preise werden nicht geprüft. Senden Sie uns Ihre Jahresabrechnung und teilen Sie uns mit, welche Abschlagszahlungen Sie geleistet haben. Nur für Mitglieder 20 Euro.

Wer kann Sie günstig mit Strom versorgen?

Wir sagen Ihnen, welcher Anbieter für Sie in Frage kommt. Senden Sie uns Ihre letzte Stromrechnung oder sagen Sie uns, wie viel Strom (Kilowattstunden) Sie im letzten Jahr verbraucht haben. Für Mitglieder einmal jährlich kostenlos, für Nichtmitglieder 10 Euro.

Erdgas

Verbrauchsdiagramm

Wollen Sie wissen, ob Sie am Ende nachzahlen müssen oder etwas zurück bekommen? Dann senden Sie uns Ihre letzte Gasrechnung. Wir berechnen Ihnen daraus den voraussichtlichen Gasverbrauch für jeden Zeitpunkt des laufenden Jahres. Für Mitglieder 10 Euro, für Nichtmitglieder 20 Euro.

Prüfung Ihrer Jahresabrechnung

Ist Ihre Jahresabrechnung rechnerisch korrekt? Wir rechnen genau nach. Zählerstände und Höhe der Preise werden nicht geprüft. Senden Sie uns Ihre aktuelle Abrechnung, die vorletzte Abrechnung (bei Abschlagsberechnungen) und die Abrechnung aus der die akzeptierten Preise hervorgehen. Nur für Mitglieder 20 Euro.

Flüssiggas

Wollen Sie aus Ihrem Flüssiggasvertrag heraus?

Unser Rechtsanwalt prüft Ihren Vertrag. Schicken Sie uns eine Kopie Ihres Liefervertrags und eine eidesstattliche Versicherung, dass die lange Laufzeit nicht auf Ihren Wunsch zustande gekommen ist – Muster im Infopaket Flüssiggas, bei uns anfordern oder unter energieverbraucher.de, Seite 333. Für Mitglieder 25 Euro, für Nichtmitglieder 50 Euro.

Preisklausel ungültig?

Unser Rechtsanwalt prüft Ihre Preisgleitklausel. Schicken Sie uns eine Kopie Ihres Liefervertrags. Für Mitglieder 50 Euro, für Nichtmitglieder 100 Euro.

Heizkostenabrechnung

Ist Ihre Abrechnung richtig?

Unser Gutachten sagt es Ihnen. Schicken Sie uns die Heizkostenabrechnung Ihres Vermieters, Größe der Wohnung/Haus in Quadratmetern, möglichst Tarifinformationen Ihres Gas-/Fernwärmeversorgers, Baujahr des Gebäudes. Für Mitglieder kostenfrei, für Nichtmitglieder 50 Euro.

Solarstrom-Einspeiseverträge

Werden Ihre Interessen als Solarstrom-Erzeuger im Einspeisevertrag fair berücksichtigt? Wir lassen Ihren Vertrag von einer Rechtsanwältin überprüfen. Schicken Sie uns den Einspeisevertrag. Nur für Mitglieder – eine Prüfung jährlich kostenfrei.

Einsenden an: Bund der Energieverbraucher e.V., Frankfurter Str. 1, 53572 Unkel, Fax 02 22 4 - 10 32 1

service@energieverbraucher.de · www.energieverbraucher.de



Vor-Ort-Beratung

Die Bundesregierung fördert seit Juli 1998 die ausführliche Energiediagnose von Wohngebäuden, die vor 1984 gebaut wurden. Der Förderzuschuss beträgt für Ein- und Zweifamilienhäuser 175 Euro, für Drei- und Mehrfamilienhäuser 250 Euro. Darüber hinaus gehende Kosten trägt der Eigentümer. Die Diagnose deckt erfahrungsgemäß Einsparmöglichkeiten von mehreren hundert Euro auf, die bisher ungenutzt blieben.

Die folgende Liste führt Berater auf, die eine Vor-Ort-Beratung durchführen.

Nähere Informationen erhalten Sie gegen Einsendung von 2,50 Euro in Briefmarken.

- Die Liste soll Rat suchenden Verbrauchern bei der Suche nach geeigneten Energie-Beratungsingenieuren helfen.
- Ohne Anspruch auf Vollständigkeit.
- Ohne Gewährleistung durch den Bund der Energieverbraucher.
- Wird vierteljährlich aktualisiert.
- Alle Berater der Liste sind Mitglied im Bund der Energieverbraucher.
- Probleme bitte dem Bund der Energieverbraucher mitteilen.
- Vergleichen Sie die Beratungskosten verschiedener Berater, da es große Unterschiede gibt.
- Alle Berater beantworten einfache Fragen von Mitgliedern kostenlos.
- Das RKW, Düsseldorf Str. 40, 65760 Eschborn, Tel. 06196-4952810, e-mail: tech@rkw.de, versendet kostenlos regionale Beraterlisten.
- Eine bundesweite Liste mit Beratern gibt es im Internet unter www.rkw.de/ebf-vorw.htm oder unter www.bafa.de

Leitzone 00000 • **09456 Annaberg-Buchholz** Ingenieurbüro Hanspeter Weber, Geyersdorfer Hauptstr. 23, Tel.: 03733/542832

Leitzone 10000 • **10178 Berlin** SDU Architekten, Franco Dubbers, Planung, Bauleitung, Gebäude-Energieberatung, Rosenthaler Str. 51, Tel.: 030/28099390 • **10829 Berlin (Schöneberg)** AZIMUT, Andreas Heinrichs, Hohenfriedbergstr. 27, Tel.: 030/7877460 • **13437 Berlin** Ing.-Büro für Energieberatung, Dipl.-Ing. Peter Fedkenhauer, Triftstr. 3D, Tel.: 030/84721161

Leitzone 20000 • **20259 Hamburg** Thomas Nickel, Energieberatung, Fachingenieure Hochbau, Architektur, Bausanierung, Planckstr. 7a, Tel.: 040/497645 • **21035 Hamburg** Friedrichsen Architekten, Dipl.-Ing. Mike Friedrichsen, Fanny-Lewald-Ring 53A, Tel.: 040/28784044 • **22147 Hamburg** sparWatt, Nienhagener Str. 168, 040/6047877 • **22339 Hamburg** Ökoplan, B. Schwarzfeld, Hummelsbütteler Weg 36, Tel.: 040/5394143 • **22765 Hamburg** H.-M. Hell, Behring Str. 23, Tel.: 040/3902939 • **24306 Plön** Architekt Rainer Marcus Birkner, Knivsberggring 49, Tel.: 04522/593722 • **24629 Kisdorf/ Kisdorfer Wohld** Dipl.-Ing. Carsten Heidrich, EnergieSystem, Ing.-Büro für Gebäudetechnik, Segeberger Str. 71a, Tel.: 04194/9881883 • **25337 Elmshorn** Dipl.-Ing. Max-Peter Hell, Effiziente Energie, Hans-Böckler-Str. 13, Tel.: 04121/450852 • **26316 Varel** TARA Ing.-Büro, Susanne Korhammer, Lange Str. 6, Tel.: 04451/81331 • **26382 Wilhelmshaven** IBP Bauplan Ing. ges. mbH, André Mantay, Ebertstr. 110, Tel.: 04421/926411 • **27283 Verden/Aller** Dipl.-Ing. Ralf Spleet, Ing.-Büro für Haustechnik, Rosenweg 19, Tel.: 04231/930301

Leitzone 30000 • **30161 Hannover** Eva Ibrügger, Büro Planen mit Energie, Gretchenstr. 31, Tel.: 0511/1623175 • **30952 Ronnenberg** Energieberatung Lau & Partner, Andreas Lau, Schiffweg 24, Tel.: 0511/435350 • **31061 Alfeld** Dipl.-Ing. Hans-Dieter Efkes (VDI), Eimer Weg 7, Tel.: 05181/25848 • **31863 Cappelbrügge** Dipl.-Ing. Architekt Boris Schwitalski, Steinweg 8, Tel.: 05156/ 785252 • **33613 Bielefeld** Sachverständigenbüro Hans Westfeld, Niederbrodthagen 12, Tel.: 0521/7808833 • **34128 Kassel** Energieberatung Dipl.-Ing. Eva Koch, Lambertweg 24, Tel.: 0561/7667626 • **35614 Asslar** Matthias Muchel, Loher Str. 6, Tel.: 06441/679030 • **35686 Dillenburg** Dietermann Energieberatung, Ing.-Büro f. Gebäudeanalyse u. Thermografie, Kellersgraben 2, Tel.: 02771/850486 • **38104 Braunschweig** Friese & Röver, Ökologische Haustechnik, Thomas Röver, Alte Dorfstr. 15, Tel.: 0531/7012480 • **38518 Gifhorn** Hartwig Höfers, Ringstr. 31, Tel.: 05371/53440

Leitzone 40000 • **46244 Kirchhellen** Emschermann-s Doppel-Ö-Haus GmbH, Auf der Kämpe 8, Tel.: 0178/3086906 • **47877 Willich** Dipl.-Ing. Rainer Schneider, Jupiterstr. 36, Tel.: 02154/205203 • **49124 Georgsmarienhütte** Energieberatung Seeber, Dipl.-Ing. Dietmar Seeber, Falkenstr. 6, Tel.: 05401/363637 • **49143 Bissendorf** Dipl.-Ing. Chr. Seebold, Architektur + Umwelt, Neue Str. 6, Tel.: 05402/984185

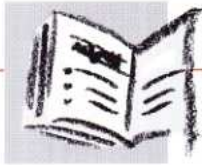
Leitzone 50000 • **51069 Köln** Ing.-Büro Wagner, Dipl.-Ing. Lothar Wagner, Schiffweg 2a, Tel.: 0221/6809774 • **51702 Bergneustadt** NWE Ingenieurbüro für Energietechnik, Kölner Str. 178, Tel.: 02261/949464 • **52134 Herzogenrath** Dipl.-Bio. Jürgen Dreschers, Haus-Heyden-Str. 83, Tel.: 02407/550593 • **53225 Bonn** Pro Tellus, Hans-Jürgen Kalb, Neustr. 116, Tel.: 0228/464219 • **53489 Sinzig-Westum** Ingenieurbüro für Energie/Wärme Bauphysik, Dipl.-Ing. (FH) Holger Schomer, unabhängiger Energieberater, Krehelheimer Str. 16, Tel.: 02642/904660 • **53567 Asbach** Ingenieurbüro Jüngling, Müllerstr. 10, Tel.: 02683/949232 • **53721 Siegburg** Dipl.-Ing. Thomas Zwingmann, Gartenstr. 27, Tel.: 02241/258420 • **54516 Wittlich** ANDRE Konzepte, Büro für Energieberatung, Dipl.-Ing. Bernhard Andre, Eifelstr. 23, Tel.: 06571/954622 • **55545 Bad Kreuznach** Ing.-Büro Rainer Winkels, Bretzenheimer Str. 19, Tel.: 0671/44002 • **56070 Koblenz** Dipl.-Ing. Christfried Hausdorf, Kaiser-Otto-Str. 13, Tel.: 0261/9835998 • **56477 Rennerod** NWE Ingenieurbüro für Energietechnik, Alter Bahnhof, Tel.: 02664/ 99789-10 • **57537 Mittelhof** Hermann-Josef Schmidt, Kirchweg 1, Tel.: 02742/ 4788 • **59073 Hamm** Dipl.-Ing. R. + D. Sarkander, An der Heckenrose 7, Tel.: 02381/61821 • **59457 Werl** Marc Fliesenberg, Energieberatung – Modernisierungsplanung, Walburgisstr. 11, Tel.: 0172/2316671

Leitzone 60000 • **63924 Kleinherbach** ADS-Architekturbüro, Dipl.-Ing. Jürgen Kubitz, Im Schloßpark 6, Tel.: 09371/97950 • **65375 Oestrich-Winkel** Dipl.-Ing. Adolf Schreiner, Hauptstr. 2, Tel.: 06723/9175-0 • **65510 Idstein** NWE Ingenieurbüro für Energietechnik, Black & Decker Str. 28, Tel.: 06126/9577-60 • **65527 Niedernhausen** Dipl.-Ing. Uwe Kaska, Bertholt-Brecht-Str. 7, Tel.: 06127/ 993870 • **66280 Sulzbach** Dipl.-Ing. P. Wünsch, Ingenieurbüro EzET, Schlachthofstr. 11a, Tel.: 06897/ 7789312 • **67146 Deidesheim** Dipl.-Ing. Wolfgang Müller (TH), Ingenieurbüro Solartechnik und Energieberatung, Kirschgartenstr. 13, Tel.: 06326/962996

Leitzone 70000 • **70193 Stuttgart** Energiebüro Fröhner, Gaußstr. 39, Tel.: 0711/6363585 • **72074 Tübingen** SDU Architekten, Sigel Dubbers Unger, Planung, Bauleitung, Gebäude-Energieberatung, Eichhaldenstr. 33, Tel.: 07071/ 8884118 • **74523 Schwäbisch-Hall** Dipl.-Ing. Gerhard Wiederholl, Bretzinger Steige 11, Tel.: 0791/41240 • **74589 Satteldorf** ehp-postner, Dipl.-Ing. Manfred Postner, Hackwiesenweg 28, Tel.: 07951/961539 • **76189 Karlsruhe** Martin Lazar, freier Architekt-Energieberatung, Salmenstr. 22, Tel.: 0721/377896 • **76227 Karlsruhe** Hinrich Reyelts, Dipl.-Ing. Architekt, Strählerweg 117, Tel.: 0721/9415868 • **78120 Furtwangen** Ingenieurbüro A. Schwarz, Vogt-Dufner-Str. 29, Tel.: 07723/7040 • **78224 Singen** Ing.-Büro Rainer Behn, Görresstr. 20, Tel.: 07731/94033 • **79541 Lörrach** Delzer-Kybernetik GmbH, Tüllinger Str. 90, Tel.: 07621/95770

Leitzone 80000 • **80639 München** Dipl.-Ing. M. Eng. Hans Jürgen Ulrich, Bauingenieur- und Sachverständigenbüro, Kriemhildenstr. 38, Tel.: 089/17117426 • **81375 München** Ingenieurbüro Wolfgang Bauer, Energieberatung, Batzerstr. 8, Tel.: 089/74009977 • **82229 Seefeld** Dipl.-Ing. W. Klöckner, Ing.-Büro, An den Meisterviesen 3, Tel.: 08152/7113 • **85598 Baldham** INVESTIMO GmbH, Bauing. Wolfgang Huber, Heubergstr. 3, Tel.: 08106/997444 • **86152 Augsburg** Planungsbüro Strobel für Haustechnik + Bauphysik, Klinkertorplatz 1, Tel.: 0821/452312 • **86159 Augsburg** H.D. Pluszynski, Reisinger Str. 23, Tel.: 0821/ 576177 • **89520 Heidenheim** Karl Reyher, Knupfertal 36, Tel.: 07321/64569

Leitzone 90000 • **91504 Ansbach** IGA, Ing. Gesellschaft Ansbach, Rothenburger Str. 48, Tel.: 0981/4880060 • **95447 Bayreuth** Dr. Michael Schmitt, Energ-ent AG, Ludwig-Thoma-Str. 36a, Tel.: 0921/ 50708450 • **96450 Coburg** GEKO Gebäude- und Energiekonzepte, Dipl.-Ing. Jörg Wicklein, Am Schießstand 42 B, Tel.: 09561/90290 • **96479 Weitraamsdorf** GEKO-Energieberatung, Dipl.-Ing. (FH) Martin Pfränger, Gersbach 3, Tel.: 09561/ 420644 • **97225 Zelligen** H. Endrich, Billingshäuser Str. 51, Tel.: 09364/9319 • **97877 Wertheim** Pro Therm, Dipl.-Phys. Dr. Armin Schwab, Bildweg 9, Tel.: 09342/23469



Energiesparen fürs Bücherregal

Grenzen der Privatisierung: Wann ist des Guten zu viel?

Bericht an den Club of Rome, Ernst Ulrich von Weizsäcker.
Hirzel Verlag Stuttgart, 2006, ISBN 3-7776-1444-0, 29 Euro

Energiesicherheit – Die neue Vermessung der Welt

Sascha Müller-Kraenner, Verlag Antje Kunstmann,
München 2007, ISBN 978-3-88897-470-0, 19,90 Euro

Jahrbuch erneuerbare Energien 2007

Frithjof Staß, Hrsg. von Stiftung Energieforschung
Baden-Württemberg, Verlag Biebertstein, Radebeul,
ISBN 978-3-927656-18-5, 24,95 Euro

Ressourceneffizienz – Der neue Reichtum der Städte

Impulse für eine zukunftsfähige Kommune,
Oscar Reutter (Hrsg.) Oekom Verlag München 2007,
ISBN 3865810853, 24,90 Euro

Wir privatisieren uns zu Tode

– Wie uns der Staat an die Wirtschaft verkauft

Rüdiger Liedtke, Eichborn-Verlag, Frankfurt am Main, 2007,
ISBN 978-3-8218-5677-3, 16,95 Euro

Grundlagen und Rahmenbedingungen, Preise, Preisvergleiche, Kosten und Lieferverträge

Handbuch und Loseblattsammlung, 27. Aktualisierung,
Interessenverein der Energieverbraucher, WEN Consulting,
Berlin, Grundwerk 35 Euro, je Aktualisierung 17,12 Euro,
Telefon 030 - 44 61 585

Veranstaltungen

DEUBAU 2008

MESSE ESSEN GmbH, 8. bis 12. Januar 2008

Klimaschutz und Energieeffizienz

– Kommunale Strategien und Lösungsansätze
Deutsche Städte- und Gemeindebund, 11. Januar 2008, Bonn

15. Handelsblatt Jahrestagung Energiewirtschaft 2008

22. bis 24. Januar 2008 Berlin

BHKW-Grundlagenseminar

BHKW-Consult /BHKW-Infozentrum-Rastatt
29. bis 30. Januar 2008, Berlin

10. Symposium für Energieinnovation

Graz University of Technology, 13. bis 15. Februar 2008
Graz, Österreich

2. Internationales Anwenderforum

„Energetische Sanierung von Gebäuden“

OTTI Energiekolleg, 14. bis 15. Februar 2008
Bad Staffelstein

E-World Energy & Water 2008

E-world energy & water GmbH
19. bis 21. Februar 2008, Essen

MEGAMAN® CO₂-Champions



Natürlich gutes Licht!

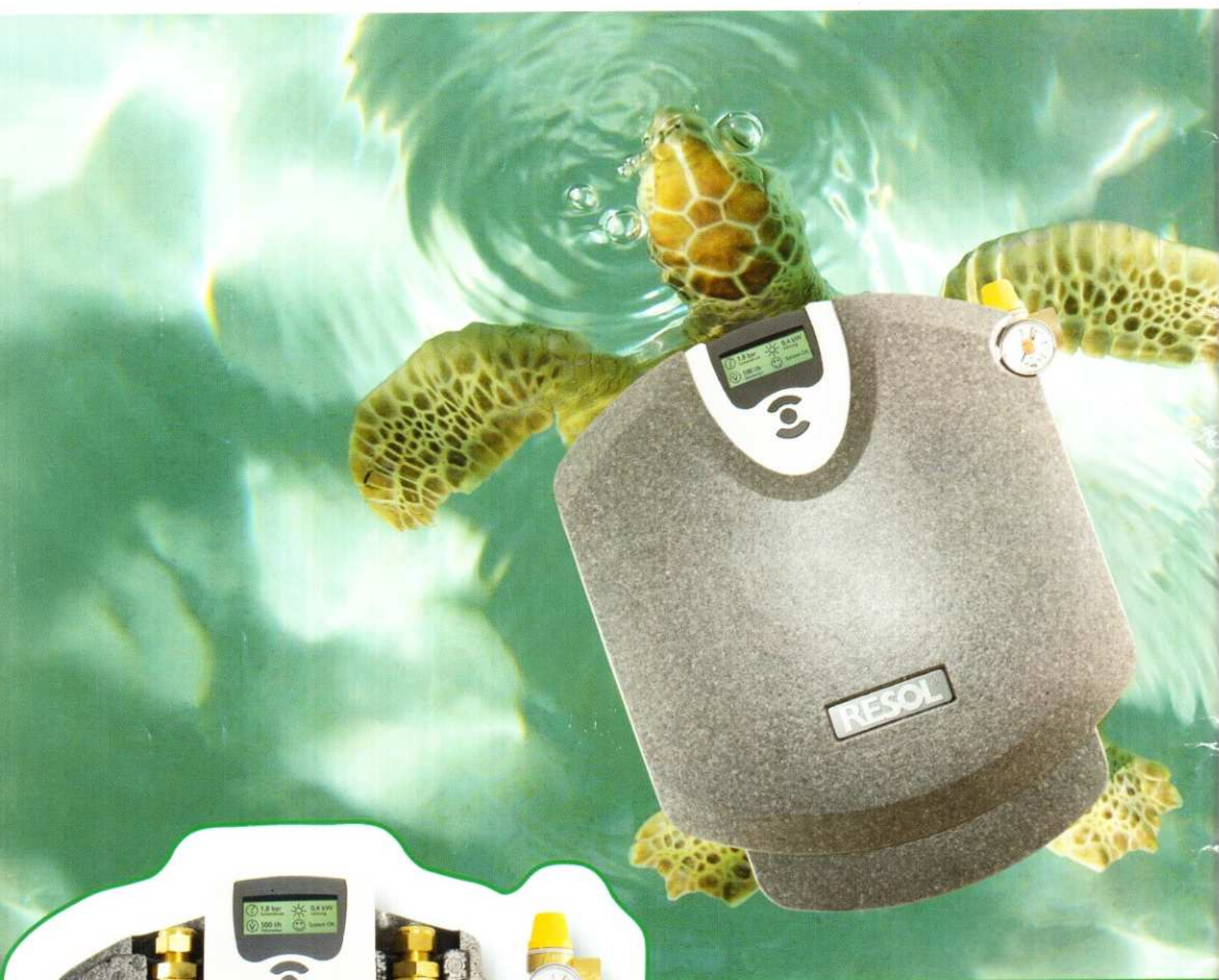
MEGAMAN EnergieSparLampen
mit dem größten ESL Angebot Europas!
Jetzt Katalog 2007/2008 anfordern.
(Schutzgebühr € 5.-)

MEGAMAN - IDV GmbH
Birkenweiherstr. 2 • D-63505 Langenselbold
Tel.: 06184/9319-0 • Fax: 931919
info@megaman.de

www.megaman.de

Entdecken Sie die neue Spezies
unter den Solarstationen

RESOL®



FlowCon D

- Ultraschnelle und hochpräzise digitale Sensoren für Temperatur, Druck und Volumenstrom
- Integrierter Regler **DeltaSol® D**
- Sicherheitsgruppe mit Sicherheitsventil und Manometer
- Hochwertige Dämmschale zur Minimierung des Wärmeverlustes
- RESOL VBus®
- Füll- und Spüleinheit (optional)
- Geringer Installationsaufwand

www.resol.de